

Bezugspreis:

Mittelsich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll und Voll' mit 'Erdkunde und Ringarten'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 13. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

115 Opfer der Grubenkatastrophe.

Reichs- und Landtag nehmen an der Untersuchung teil.

Die Bergbauunfälle im Oberbergamtsbezirk Dortmund sind nicht nur der Größe des Gebietes entsprechend die zahlreichsten...

Table with 3 columns: Year (1918, 1917, 1921), Deaths in Prussia, Deaths in Dortmund.

Im letzten Jahre sind die Ruhrbergbau-Krankheiten und Unfallziffern erheblich gestiegen. Es liegt nahe, diese Erscheinung in Verbindung zu bringen...

Der Reichstag hat einen Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion sofort angenommen. Die Kommunisten hätten die Einsetzung eines Untersuchungskommissionen beantragt...

Dieses entsetzliche Unglück muß Veranlassung geben, die Lage der Bergarbeiter im Reichstag gründlich zu besprechen.

Ueber die Ursachen, die die furchtbare Katastrophe auf der Zeche 'Minister Stein' bei Dortmund zur Folge hatten...

Das Preussische Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Auf der Zeche 'Minister Stein' in Dortmund hat sich am Mittwoch, den 11. Februar nachts gegen 3 Uhr eine folgenschwere Explosion ereignet.

Die Namen der vier Abgeordneten, die gemäß einem Beschluß in der Reichstags-Sitzung vom Donnerstag an der Untersuchung des schweren Grubenunfalls bei Dortmund...

Der Verlauf der Rettungsarbeiten.

115 Leichen geborgen. — Ein Rettungsmann tödlich verunglückt. Die Rettungsarbeiten haben sich in den Abendstunden bedeutend schwieriger gestaltet.

lich langwierigen Verlauf, vor allem, weil die noch nicht geborgenen Leichen hinter starken Bruchmassen liegen...

Bei fünf Rettungsteuten ist der Zustand bedenklich. Ein Rettungsmann ist gestorben.

Gegen sieben Uhr abends sind noch nicht alle bisher geborgenen Leichen identifiziert, und dabei wachsen die erschütternden Reihen der Toten noch immer.



Karte zu dem Bergwerksunglück bei Dortmund.

Andere scheinen betäubt und eingeschlagen zu sein. Bis jetzt sind 115 Tote zutage gefördert worden.

Die Ursachen der Explosion sind immer noch ungeklärt. Weder die Verwaltung, noch das Oberbergamt, noch die Rettungsmannschaften können bestimmte Angaben machen.

Sozialdemokratische Hilfspenden.

Der Parteivorstand hat dem sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Dortmund davon Kenntnis gegeben, daß ihm von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion...

Durch eine irrtümliche Umstellung ist in der gestrigen Abendausgabe bei der Aufzählung der Grubenkatastrophen die Zeche Roni Cenis als ein französischer Bergwerksbetrieb aufgeführt.

Weitere Nachrichten auf der 3. Seite.

Bürgerblocksturm.

Was Luther's Versprechungen nachfolgt.

Von Wilhelm Reil.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hat in seiner Programmrede vom 19. Januar eine 'sozialgerechte Besteuerung' und eine 'den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten im Rahmen des Möglichen tragende Aufwertung' versprochen.

Das Auftreten der Spitzenverbände berührt in erster Linie die Gläubiger privater Schuldner, also die Besitzer von Hypotheken, Industrieobligationen, Schuldverschreibungen und ähnlichen Schuldtiteln...

Aus dem ganzen Steuerprogramm ergibt sich nicht, welche Mittel für die Aufwertung bereitgestellt und wie sie gewonnen werden sollen. Das Programm spricht nur von Ermäßigungen...

Gibt hiernach das Steuerprogramm den Reichsgläubigern zu vermehrter Besorgnis Anlaß, so hat die breite Masse der Steuerpflichtigen nicht weniger Anlaß, ihm ihre volle kritische Aufmerksamkeit zu widmen.

Die zweite Steuer, die sich mit einer 'sozialgerechten Besteuerung' auch nicht entfernt verhält, ist die Lohnsteuer in ihrer derzeitigen Gestalt.

... sie in der Vorkriegszeit zu fragen war. Und zwar bei einem geringeren Realeinkommen! Dabei verzieht sich das Verhältnis der Belastung der verschiedenen Lohn- und Gehaltsstufen unter dem bisher üblichen System der Ermäßigungen immer mehr zugunsten der hohen und zugunsten der niedrigen Löhne und Gehälter. Auch die geplante soziale „Großtat“ der weiteren Schonung kinderreicher Familien, die im Prinzip zu begrüßen ist, führt unter dem bestehenden System zu geradezu grotesken Ergebnissen. Ein höherer Beamter mit einem Jahreseinkommen von 8000 M. und sechs Kindern würde steuerfrei bleiben, ein niedriger Beamter mit 2400 M. Jahreseinkommen und drei Kindern hätte circa 100 M., ein Arbeiter mit 40 M. Wochenverdienst und zwei Kindern 91 M. Steuern zu zahlen! Dazu kommt die Umsatzsteuer, die um so drückender wirkt, je kleiner das Einkommen ist. Dazu kommt ferner, was das Allerschlimmste ist, daß auch der Arbeiter, der infolge Krankheit, Erwerbsunfähigkeit oder Ungunst der Witterung (Bauarbeiter, Landarbeiter) wochen- und monatlang ohne Einkommen ist, während des übrigen Teils des Jahres seine Wohnsteuer entsprechend seinem Lohn in voller Höhe zu zahlen hat. Der steuerfreie Einkommensteil kommt gerade diesen Schonungsbedürftigsten nicht zugute. Auch ohne das Versprechen einer „sozial gerechten Besteuerung“ gegeben zu haben, hätte sich die Regierung sagen müssen, daß diese Zustände nicht bestehen bleiben können. Es hätte nicht einmal viel Kopfschütteln erfordert, sozial gerechte Vorschläge zu machen. Zahlreiche Anregungen und Fingerzeige sind gegeben worden.

Aber die „sozial gerechte Besteuerung“ gibt so, wie der Bürgerblock sie auffaßt. An der Umsatzsteuer darf nicht gerüttelt werden, weil sie die ergiebigste Steuer ist und für den durch ihre Ermäßigung oder Aufhebung entstehenden Ausfall nach Meinung der Rechtsregierung kein Ersatz zu beschaffen wäre. Die Lohnsteuer darf nicht im Sinne des sozialdemokratischen Antrages gemindert werden, weil daraus ein Ausfall von 600 Millionen entstünde, die die Rechtsregierung gleichfalls nicht anders zu gewinnen weiß. Bei der Zuwendung an die großen Herren des Ruhrgebiets spielte ein Betrag von 600 oder 700 Millionen keine Rolle.

Der deutsche Großbesitz kann mit den „sozial gerechten Steuerplänen“ des Bürgerblocks sehr zufrieden sein. Sprach doch ein deutschnationaler Abgeordneter sofort nach den Mitteilungen des Herrn Poppe von den „durchaus erfreulichen Ausblicken“, die sie eröffnen. Die zahlreichen Steuerminderungen, die beabsichtigt sind, kommen fast ausschließlich den großen Einkommen und dem Besitz zugute. Während bei der Einkommensteuer der niedrigste Satz von 10 Proz. unverändert bestehen bleiben soll, wird für die Meseinkommen die Herabsetzung des Höchstsatzes von 60 auf 35 Proz. vorgeschlagen. Bei der Vermögenssteuer soll die kleine Progression, die von 1/2 pro Tausend bei 50 000 M. auf 1/4 pro Tausend bei den allergrößten Vermögen ansteigt, gestrichen werden. Ueber den Begriff des steuerbaren Einkommens und die Bewertung des Vermögens, auf die sehr viel ankommt, ist noch nichts bekannt. Auch über der Belastung der Körperschaften, bei denen die zugehörigen Abschreibungen von größter Bedeutung sind, schwebt noch völliges Dunkel. Eine Progression scheint hier nicht geplant zu sein. Dagegen ist mitgeteilt worden, daß die bisherige Borausbelastung des Kapitalertrags weggelassen und die zu Recht bestehende Vermögenszuwachssteuer unerhoben bleiben soll. Zur Erleichterung der Fusionierungen und der Gründung von Schachtelgesellschaften sollen die Kapitalverkehrssteuern ermäßigt werden. Bei der Erbschaftsteuer scheint es sich um die Anbringung eines Schenkungssteuersatzes zu handeln. Der Steuersatz für das Kindeserbe soll bei den allergrößten Erbanfällen, die alle Tubeljahr vorkommen, erhöht werden, was aber möglicher-

weise durch die Bewertungsvoorschriften wieder ausgeglichen wird.

Ganz in derselben Richtung der „sozial gerechten“ Fürsorge für das Privatkapital liegt der Plan der steuerlichen Belastung aller Staats- und Gemeindebetriebe, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, wahrscheinlich auch Reichsbetriebe der Besteuerung der Länder und Gemeinden unterliegen sollen, wird wohl die Postverwaltung in Posen und ihre Gewerbesteuer zu zahlen haben. Das paßt ganz vortrefflich zu dem weiteren Plan, die den Ländern und Gemeinden zuzuführenden Anteile an den Reichssteuern weitgehend zu beschneiden. Die „sozial gerechte Besteuerung“ zeitigt gar wunderbare Blüten.

Natürlich sind es „großzügige volkswirtschaftliche Ermäßigungen“, die dieser „sozial gerechten Besteuerung“ zugrundeliegen. Es gilt, die „Produktion zu fördern“ und die „Kapitalbildung“ zu erleichtern. Wann wird endlich den Finanzsachmännern des Bürgerblocks die Einsicht aufdämmern, daß zur Förderung der Produktion eine gesunde und leistungsfähige Arbeiterschaft gehört, und daß der wichtigste Teil des Volkvermögens die menschliche Arbeitskraft ist?

Wo bleibt die Denkschrift?

Parlamentarische Furcht — oder Furcht vor der Wahrheit?

Die Denkschrift der Regierung über den 700-Millionen-Scandal ist immer noch nicht erschienen. Die Herren von der Bürgerblockregierung nehmen sich Zeit. Das Parlament kann warten. Budgetrecht des Reichstags — nur eine Formalität für sie.

Hat die Regierung Furcht vor der Verantwortung? Meint sie, Zeitgewinn sei nützlich, um die Wahrheit weniger wahr und hart zu machen?

Der 700-Millionen-Scandal ist groß. Der Scandal der Verlegung des Budgetrechts des Reichstags ist größer. Der Scandal der Mißachtung des Parlaments durch die Bürgerblockregierung ist am größten.

Ein abgeschlagener Versuch.

Sozialdemokratischer Erfolg gegen Bürgerblockpläne.

Die Absicht, eine Herabsetzung der Vermögenssteuer für 1925 auf die Hälfte durch den Steueranschluß vorzunehmen zu lassen unter Umgehung des Plenums des Reichstags ist von den Rechtsparteien und dem Finanzministerium aufgegeben worden.

Die Sitzung des Steuerausschusses, die sich heute mit dieser Absicht befaßt, ist abgefaßt worden. Der energische Protest der sozialdemokratischen Fraktion hat die ehrenwerte Absicht der Bürgerblocker vereitelt.

Preussische Regierungsbildung.

Marx — die schwere Gefahr für die deutsche Politik.

Marx' unpolitische Natur ist eine schwere Gefahr für die deutsche Politik. So steht es zu lesen in der „Pommerschen Tagespost“, dem Organ der Deutschnationalen in Pommern, wo bekanntlich die ganz reinen Germanen wohnen, mit denen ein zweiklassiger Rheinische aus Köln nicht konkurrieren kann. Herr Marx und dem Zentrum sagt das edle Organ des Königreichs Schlangenschönungen folgende Gemeinheiten:

„Das Zentrum hat es in dieser Hinsicht an einer gewissen Großzügigkeit bisher nicht fehlen lassen. Warum denn ein paar lumpiger moralischer Borurteile willen die Freundschaft mit der SPD. aufgeben? Man könnte doch im Schatten dieser Reigung so manches schöne Pößchen mit Zentrumsjüngern besetzen — vorausgesetzt natürlich, daß die Sozis es einem abliehen. Denn die Freunde waren für sich selbst nicht gerade eben

sehr bescheiden. Immerhin ergatterte man doch noch kürzerem oder längerem hin- und hergefeilsche so manche Sinecure, die man ohne die roten Brüder jedenfalls nicht bekommen hätte. Mandatmal gab's auch einen kleinen Reipfall. Man empfiehlt einen Herrn Hüfle, der aber dann leider, nachdem er sich zuvor noch etwas geziert hat, ins Ritzchen „abberufen“ werden muß. Oder der Herr Abgeordnete Lange-Hegermann legt da plötzlich eine Geschäftsauffassung an den Tag, die mit Christlicher Moral nicht so ganz vereinbar zu sein scheint. Aber was tut's? Daß diese beiden Edelknaben schließlich nur die gelährigen Schüler der Sozi-Freunde sind, und daß die Korruption im Zentrum nur eine Folge allzu vertraulichen postischen Umganges mit der jüdisch-sozialistischen Clique ist — was macht das schon aus? Große Geister geniert so etwas nicht!“

Das alles, weil das Zentrum in Preußen nicht für die Auslieferung der preussischen Verwaltung an die alten Konserverativen aus Ostbaltien ist. Natürlich fehlt auch nicht die Verdächtigung, daß das Zentrum, getrieben von der Kurie, eine antinationale Politik betreibt.

Das Zentrum ist in der Regierung mit einer Partei, deren Organe solche Schmutzereien verbreiten. Ungeheure Nachbarschaft.

Die unerhörte Provokation.

Die „Deutsche Zeitung“ lobt in der Erwartung, daß Benno Severing preussischer Innenminister bleiben könnte. Sie läßt sich „von einem alten Verwaltungsbeamten“ schreiben:

„Die Neuernennung Severings ist für die gesamte pflichttätige und erfahrene Beamtenschaft eine unerhörte Provokation!“

Der Grund für die „unerhörte Provokation“ ist in folgenden Ausführungen des „alten Verwaltungsbeamten“ zu suchen:

„Die alten Beamten der preussischen Verwaltung, die ihre Examen bestanden und im allmählichen Aufrücken eine oft recht langsame Laufbahn gemacht haben, haben es sich gefallen lassen müssen, daß mehr und mehr Herren ohne systematische Vorbildung auf Grund politischer Erwägungen in ihre Karriere eintraten, ihnen zum Teil trotz sehr viel jüngerer Lebensalters vorgezogen sind und ihnen gerade die begehrtesten Stellen der Verwaltungslaufbahn fortgenommen haben.“

Severing hat kein Examen gemacht. Severing hat die Doktorarbeit nicht durchgemacht! Ein Mann-Minister, der nicht Benno Borusse ist — unerhörte Provokation!

So verstehen die deutschnationalen Bureaukraten das parlamentarische System! Wie hieß es doch in der Wahlbroschüre der Deutschnationalen: Hirtseifer — Futtertruppenjäger, Wirth — Futtertruppenjäger.

Rechtsregierung und Rheinland.

Nationale Regierungskünste.

Köln, 12. Februar. (Rth.) In einem „Nationalen Regierungskünste“ überschriebenen Artikel in der „Rheinischen Zeitung“ wendet sich der Reichstagsabgeordnete Benno Sollmann, der frühere Reichsminister des Innern, gegen die Art und Weise, wie die Rechtsregierung die besetzten Gebiete behandelt. Vor allen Dingen kritisiert Sollmann die Tatsache, daß die Regierung ein so wichtiges Ministerium wie das für die besetzten Gebiete durch den Reichsjustizminister nebenher verwaltet lasse, und noch dazu von einem Herrn, der vor Uebernahme seines Amtes von seinem Posten als Oberlandesgerichtspräsident wegen seines hohen Alters schon in den Ruhestand getreten war. Die Rechtsregierung der nationalen Kraft habe ferner als „Reichskommissar für Rhein und Ruhr“ einen Volksparteiler, der durch seine in rheinischen Blättern veröffentlichten Kampfsätze gegen die Sozialdemokratie der Bevölkerung an Rhein und Ruhr eine offene Kriegserklärung zugestellt habe und somit in Wirklichkeit ein Reichskommissar gegen Rhein und Ruhr sei. Das besetzte Gebiet habe wachsende Sorge, nicht nur wegen des Aus-

Schaufenster und Anschauung.

Von Paul Gutmann.

Berlin hat seinen Jahrmarkt. Um die fehlende Kaufkraft zu beleben, wurde ein Kummel inszeniert, der unter der Devise „Einst und jetzt“ das verödete Straßenbild beleben soll. Um das Publikum zu gewinnen, muß man ihm schmeicheln. Man versucht daher, ihm zu zeigen, wie herrlich die Gegenwart im Vergleich zu einer altmodischen, scheinbar verrotteten Vergangenheit ist, wie lächerlich unsere Vorfahren sich gekleidet haben, und wie vollkommen die Welt von heute ist. Der Bahn aller Zeitalter dient dazu, das heutige auf Kosten des früheren zu verherrlichen.

Mit allerdings raffinierten Mitteln wird der Beweis geführt, daß es gegenwärtig eine Lust zu leben ist. Großmutter quälte sich mit Reifrock und Krinoline, die Entlein verhüllt ihre feuchten Reize nur noch mit durchsichtigen Spitzen. Großmutter trug eine unsäglich komische Brille, die Entlein hält ein vierreihiges Monotel vor das feste Auge. Das Spielzeug der Kinder war einfach und anspruchslos, heute laufen sie dem Grammophon und dem Radioapparat ihre tiefen Geheimnisse ab. Die Kramatte des Gents ist heute ein schnippisches Knötchen, der steife Biedermeier trug eine Rei Stola. Und die komischen Fernrohre und Operngläser! Zum Krücken, wie die Regenschirme von Anno Lobad aussehen!

Beränglich für die wenigen kritischen Betrachter wird die Sache, wenn das künstlerische Gebiet gestreift wird. Urgroßmutter's Stube mit den feinen, durchdachten Jermöbeln, den schönen alten Vasen und Bildern schlägt, um in der Sprache der Menge zu reden, glatt knock out das konfektionierte Gegenüber von heute. Ebenso ist es mitunter gefährlich, die Gegenstände alten Hausfleisches mit der Fabrikware von heute zu vergleichen. Da hapert die Sache bereits. Hier hat die Gegenüberstellung von einst und jetzt ihre Schattenseiten. Gewiß ist die Nähmaschine von heute besser als die vor fünfzig Jahren. Aber wenn braucht das bewiesen zu werden?

Dieser Anschauungsunterricht ist ein kindliches Vergnügen. Die Zeitlich-Gebert-Romantik ist eine rührselige Unterstützung für den Appell an das Portemonnaie der selbstbewussten Zeitgenossen. Der Aufwand eines zum Teil sehr künstlerischen Theaters wird zum Beweis einer Sache veran, die nur dem Gedankenlosen bewiesen zu werden braucht. Bedenklich hingegen, weil zum unerwünschten Denken anregend, sind ein paar Schaufenster, die den Sieg der Maschine zeigen. Vor ihnen stehen nur wenig Reugierige, denn hier gibt es keine belebten Robepuppen zu bestaunen. Von hier löst dem Nachdenklichen eine andere Sprache entgegen. Hier lernt er, wenn er aufmerksam ist, eine Anschauung, die wichtiger ist als das Vergnügen der Menge. Der Weber, der an jenem primitiven Bestuhl dort sitzt, arbeitet stehzahn Stunden, ohne seinen Hunger stillen zu können. Seine Kinder verreckten auf verkauftem Stroh, um den Reichen ihren romantischen Luxus zu ermöglichen. Schwindlucht und

Lypnas waren bevorzugte Produkte jener so rührselig heiteren Vergangenheit. Hinter den Arbeitsstätten stand der Gendarm mit aufgeschlagenem Bajonett. Sinnvoll wäre diese Schau, wenn sie beweisen würde, daß hinter der leichten, freien Umhüllung der Gegenwart freiere Gefühle Platz haben, als hinter der Licht- und Luft-scheuen Westentallen, den Krinolinen und Zwangstorlets jener von freier dynastischer Zensur und den muffigsten Borurteilen beherrschten Vergangenheit. Wenn sie den langen Weg und die erbitterten Kämpfe um ein menschenwürdiges Dasein veranschaulichen würde, die erforderlich waren, um das technische Uebergewicht der Gegenwart zu ermöglichen.

Lumières Erfindung!

Am 13. Februar 1895, heute vor 30 Jahren, meldeten zwei französische Gelehrte, die Brüder Louis und August Lumière aus Lyon, in Paris ein Patent auf einen Apparat an, mit dessen Hilfe es ohne erhebliche Mühe möglich war, auf einem schmalen Streifen Zelluloid, der mit einer lichtempfindlichen Schicht überzogen ist, „Reihenabnahmen“ herzustellen, 15 in jeder Sekunde, von diesen positiven Abzüge zu nehmen und mittels einer Bogenlampe auf einen weißen Schirm in jeder gewünschten Bildgröße zu projizieren.

Um dies erreichen zu können, ein Ziel, um das bereits seit mehr als einem Menschenalter viele bedeutende Köpfe der verschiedensten Kulturstaaten mit mehr oder weniger Erfolg gerungen hatten, verließen die Gebrüder Lumière ihrem Bildbände eine ab-schließende Bewegung; auf verhältnismäßig längere Ruhestellungen, in denen „die“ Film, wie man damals in Deutschland sagte, beschliet oder durchleuchtet wurde, erfolgte in einem kürzeren Sekundenbruchteil ein schnelles Weiterrollen des Zelluloidstreifens, der durch eine zwischen Filmstreifen und Objektiv rotierende Verhüllungs-scheibe abgedeckt wurde. Diese Bewegung des Bildbändes in zufrieden-stellender Weise zu bewerkstelligen, war die größte Schwierigkeit, und der „Greifer“, den die Gebrüder Lumière in gemeinsamer Arbeit mit dem Pariser Ingenieur Jules Carpentier für diesen Zweck erfanden, bildet das Wesentlichste und das Zukunftsbestimmende an ihrer Apparatur.

Ein voller Erfolg krönte die mühevolle und sorgfältige Arbeit der beiden bekannten Photochemiker, von denen der eine, der bedeutendere Louis Lumière, noch heute lebt. Ihr Apparat bewältigte die ihm zugeordnete Arbeit in ebenso zuverlässiger wie laubender und präziser Weise. Die verhältnismäßig schlichte Art seines Bauwes, die Sicherheit seines Funktionierens, die Einfachheit seiner Benutzung und Bedienung wirkten verblüffend. Diesen geistreichen, dabei aber verhältnismäßig einfachen kleinen Apparat, der diese Wunder schuf, taufen die Gebrüder Lumière „Cinematograph“ (von cinema — Bewegung). Dieser Name sollte bald in allen Ländern populär werden.

Die erste Vorführung des Lumière'schen Kinematographen fand am 22. März 1895 in der Gesellschaft zur Hebung der nationalen Industrie zu Paris statt. Ein einziger Filmstreifen wurde vorgeführt, der die Arbeiter von Lumière beim Verlassen der Fabrik in Lyon-Monplaisir darstellte. Die zweite Vorführung erfolgte am 10. Juni 1895 in Lyon. Die ersten allgemeinen öffentlichen Vor-

führungen begannen am 28. Dezember 1895 im Kellerlokal des Grand Café in Paris. Diese Vorführung war kurz und die Gazeis denkbar einfach; Fabrikfabrik der Lumière-Brüder, ein fahrender Eisenbahnzug, Bahn bei Tisch, Wellengang am Meer, der beglückte Rosenprenger um. Nichtsdestoweniger hatte die Vorführung großen Erfolg, denn es war wirkliches Leben, was man auf der Filmwand sah, aber niemand hätte ahnen können, was für eine Zukunft dieser Erfindung beschieden war.

Wer hätte sich damals träumen lassen, daß 30 Jahre später in der ganzen Welt mehr als 60 000 Kinosäle existieren, und daß die Filmindustrie mit den ihr investierten Kapitalien an dritter Stelle aller Industrien der Welt steht?

Alfred Bruant ist in Paris gestorben. Der neuen Generation war der Name des 74-jährigen schon fremd geworden. Aber einst hallten die Pariser Straßen von ihm wider. Er war der Sänger des Pariser Pflasters. Freilich kein Hofdichter, sondern ein König des Kabarets. Das französische Chamion hat eine ganz andere Bedeutung, als der deutsche Brettlclafon, der ihm nachahmt. Sein Witz, seine Schärfe, seine Frechheit sind unübertrefflich. Dabei ist er volkstümlich, schöpft in der Sprache des Volkes immer neu und hat in seinem Refrain eine zündende, resumierende und nuancierende Kraft ohne Gleichen. Der moderne Meister dieser alten Form war Bruant. Dichter und Sänger zugleich, sang er das Lied der Straße. Die Straße war ihm das Symbol des modernen Schicksals: Hier ist Elend und Not, Elend und Glanz, Heroismus und Verbrechen. Er gab all diesem die prägnante Form; urwüchsig und schlofferlich war seine Sprache, in ihr war der Schrei, der Sommer, die Empörung derer von unten. Und so wurde aus dem Bänkelsänger ein Repräsentant der Romanosen, bei dessen Versen die vornehmen Damen in der Zuhörer'schaft Schreden und süßen Kiesel zugleich empfanden. Bruant hat Schule gemacht. Seine Nachfahren suchen ihn in allem zu überbieten, aber keiner hat seine Wucht.

Beitritt der Vereinigten Staaten zur Berner Übereinkunft? Dem Senat und Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ist im Januar ein Gesetzentwurf zur Eräumung des Urheber-schutzes zugegangen. Paragraph 68 ermächtigt den Präsidenten, den Anschluß der Vereinigten Staaten an die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst zu vollziehen. Bei Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfs soll das jetzige Copyright-Gesetz außer Kraft treten, und damit würde auch der bähliche Copyright-Bermerk in deutschen Büchern fortfallen. Der Antrag lautet auf Inkrafttreten des neuen Entwurfs am 1. Juni 1925. Wird er angenommen, so würde das auch im wesentlichen die Wünsche der deutschen Verleger-Schaft erfüllen.

Im Celling-Theater ist die Premiere von Hauptmanns „Andi ob di“ auf Dienstag, den 17., verschoben. Bis kalte wird „Wiß Do“ gespielt.

Bekämpfung der Nachahmung in London. Der englische Innenminister läßt eine energische Aktion gegen das englische Nachleben an. Die Zollbeamten sollen die Ermächtigung erhalten, in die Räume der Nachahmer ohne weiteres einzudringen. Jeder Klub, der gewohnheitsmäßig nach 1 Uhr nachts noch offen ist, soll als Nachklub registriert und entsprechend behandelt werden.

bleibens der Räumung der Ruhr, des Niederrheins und der Kölner Zone, sondern auch wegen der Tatsache, daß die Deutschnationalen der Situation mit völliger Hilflosigkeit gegenüberstehen. Der Artikel schließt: „Und in solcher Lage nebenamtliche Betreuung der Rheinlande durch einen greifen Herrn und ein mit Aufbruch bedrohtes Ministerium! Wenn das deutschnationale Volk ist, sind wir froh, daß uns das Verständnis für diese Art nationalen Opfermenschen fehlt.“

Ende der Nationalsozialisten.

Rücktritt der Reichsführer Lüdendorff, Graefe, Straffer.

München, 12. Februar. (M.) General Lüdendorff gibt eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß er zusammen mit v. Graefe und Straffer die Reichsführerschaft der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands“ niederlegt. In seinem Verhältnis zu den völkischen Verbänden, deren Schirmherr er sei, trete keine Änderung ein. Aus der Erklärung geht hervor, daß die Nationalsozialistische Freiheitspartei in ihrer jetzigen Form zu existieren aufgehört hat.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Eine falsche Meldung.

Die „Völkische Zeitung“ hat in ihrer Morgennummer vom 11. Februar behauptet, daß der Reichspräsident Ebert vor mehreren Monaten seinen Entschluß bekanntgegeben habe, eine neue Kandidatur nicht wieder anzunehmen und daß deshalb die republikanischen Parteien sich bei der kommenden Reichspräsidentenwahl auf Marx als gemeinsamen Kandidaten einigen würden.

Hierzu wird uns aus dem sozialdemokratischen Parteivorstand mitgeteilt, daß über die kommende Wahl des Reichspräsidenten bisher nur unbedeutende Vorbesprechungen stattgefunden haben, daß in diesen eine Einigung auf einen neuen Kandidaten nicht stattgefunden hat, wie auch von der behaupteten angeblichen Erklärung des Reichspräsidenten Ebert nichts bekannt ist.

Das Ende des Personalabbaus.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Gesetzentwurf über eine zweite Änderung der Personalabbauregung, der den Reichsrat und den Reichstag bereits früher beschäftigt hat, aber infolge Auflösung des Reichstags nicht erledigt wurde, ist nunmehr dem Reichsrat in wesentlich erweiterter Fassung vorgelegt worden. Die Beschlüsse des Beamtenausschusses des Reichstags sind in ihn eingearbeitet worden. Außerdem soll der Abbau, der in einigen Reichsverwaltungen, wie z. B. namentlich bei der Finanzverwaltung notwendig werden dürfte, in Zukunft nur auf Grund eines speziellen Reichsgesetzes erfolgen dürfen, worin das Recht der betreffenden Verwaltungen zum Abbau ausdrücklich festgestellt wird. Wie der Referent des Ausschusses, Ministerialdirektor Sachs betonte,

wird damit der Abbau vollständig aufgegeben.

Von besonderer Wichtigkeit in der Regierungsvorlage war die Neuordnung der Pensionstürzungen. In der Personalabbauregung, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen wurde, war die Pensionstürzung ausgehehrt worden auf solche Fälle, in denen Einkommen aus Privatvermögen vorlag. In der jetzigen Vorlage wird lediglich das Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung, also das Arbeitseinkommen bei der Pensionstürzung berücksichtigt.

Demgegenüber hat der Reichsratsausschuß beschlossen, daß Artikel 10 der Personalabbauregung vollständig außer Kraft gesetzt werden soll, also die ganze Pensionstürzung fortfällt, weil sie nach Ansicht des Reichsratsausschusses einen Eingriff in wohlerworbene Rechte und einen Verstoß gegen Treu und Glauben bedeutet. Einzelnen unliebhaften Fällen, die bei pensionierten Beamten vorkommen könnten, müsse man auf anderem Wege beikommen. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß sich die Reichsregierung vorbehalten, in der Frage der Pensionstürzung eine eigene Vorlage an den Reichstag gelangen zu lassen.

Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf nach den Ausschlußbeschlüssen an.

Ein Privatbrief.

Was Töpfer an Rosen schrieb.

Im preussischen Untersuchungsausschuß kam gestern auch ein Brief des früheren Unterstaatssekretärs Töpfer vom Auswärtigen Amt an den Grafen von Rosen in Holland zur Verlesung, in dem Mitteilungen über freundschaftliche Beziehungen Barmats zu sozialdemokratischen Führern, besonders zum Reichspräsidenten gemacht werden.

Es handelt sich bei diesem Schreiben augenscheinlich um einen Privatbrief des Unterstaatssekretärs, nicht um ein amtliches Schriftstück. Die Behauptungen sind, soweit der Reichspräsident in Frage kommt, offensichtlich unrichtig und beruhen wahrscheinlich auf Vermutungen des Briefschreibers, die der tatsächlichen Unterlage entsprechen. Durch sie wird nichts an der ungewissen Erklärung des Reichspräsidenten geändert, daß er Barmat nicht öfter als zweimal gesehen habe und daß von „freundschaftlichen“ Beziehungen nicht die Rede sein könne. Die Aussagen Heilmanns haben diese Erklärungen zudem noch unterstrichen durch die Mitteilung der Einzelheiten, weswegen sowohl Ebert wie Barmat einer Begegnung ausgewichen sind.

In Verleumdungen suchen die Kommunisten — allerdings bisher erfolglos — den Deutschnationalen Konkurrenz zu machen. Die „Käte Fahne“ ist auf dem Tiefstand auch in dieser Beziehung angelangt. Sie stellt die Behauptung auf, der Genosse Kuttner stehe im Begriff, sich ins Ausland zu begeben, um dort sein „Expartes“ zu verzerren.

Das Geschreibsel ist seit gedruckt, um auch ja nicht übersehen zu werden. Es ist selbstverständlich lächerlich. Dem Genossen Kuttner stehen nicht moskowitzische Dollarsendungen zur Verfügung. Und die Rolle eines Jwan Kow und Ruth Fischer in Wien zu spielen, hat er begreiflicherweise keine Lust.

Christhaft den Schwanz zu widerlegen, dagegen sträubt sich die Feder!

Die Rheinlandkommission hat weitere Erleichterungen der Sicherungsvorschriften für die Bekämpfung erlassen, die den Werken, Werken und der Presse Erleichterungen bringen.

Die Rückgabe beschlagnahmten deutschen Eigentums wird nun auch im nordamerikanischen Repräsentantenhaus durch einen Antrag des demokratischen Abg. James gefördert.

Amerika und die Kriegsverbrechen. Der Senatsausschuß für Außenpolitik hat die Botschaft des Kongresses angewiesen, eine unparteiische Zusammenstellung des Tatsachenmaterials zur Frage der Urachen des Weltkrieges vorzubereiten.

Zum Grubenunglück.

Weitere Einzelheiten.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Entfesselte mütende Elemente haben in der vergangenen Nacht wieder einmal die Ohnmacht des Menschentums gegen brutale Naturgewalt gezeigt. . . . Blickt man zurück auf die großen Unglücksfälle, die den Bergbau des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks seit Ende des vorigen Jahrhunderts betroffen haben, so muß man feststellen, daß die Schlagwetterexplosion auf „Minister Stein“ am Mittwoch die zweitschwerste Grubenkatastrophe in Deutschland ist; denn selbst die Explosion auf „Mont Cenis“ und „Lothringen“ erforderten weniger Opfer. Nur die Zeche „Kobbob“ mit 340 Toten steht erster Stelle dieser traurigen Statistik. Die technische Ursache des Grubenunglücks steht noch nicht fest. In der Bergarbeiterschaft wird die Ansicht vertreten, daß das hier berüchtigte Antreibsystem, das Höchstleistungen aus der schlechtbezahlten Arbeiterkraft herauspressen will, die direkte Ursache der Katastrophe ist. Die Zeche „Minister Stein“ gehört zur Selsentirchener Bergwerks-Gesellschaft, wo das Treibersystem bei der Bergarbeiterschaft besonders berücksichtigt ist. Auch die Arbeiterpresse vertritt diese Auffassung. Im Zusammenhang mit dem Ruhrhilfe-Standal und den geschickten Lohnverhandlungen im Bergbau befinden sich die Bergarbeiter in hochgradiger Erregung. Alles das vergrößert die Auswirkungen der Dortmunder Katastrophe auf die sehr gespannte Lage im Bergbau. Das Unglück wird von den Kommunisten natürlich agitatorisch ausgenutzt. Verschiedentlich durchzogen am Donnerstag Gruppen von 30 bis 40 Kommunisten, die Internationalen singend, die Straßen. Ueber die Katastrophe werden jetzt grauenvolle Einzelheiten bekannt. 19 Verschüttete müssen noch mehrere Stunden gelebt haben. An einer Wand der Unglücksstelle stand mit Kreide geschrieben:

„Wir 19 sind noch am Leben. 1 Uhr nachts.“

Einer der ausgehenden Toten hatte mit Kreide an seinen Hut geschrieben: „Bis 11 Uhr nachts habe ich noch gelebt.“ Die Wehrzahl der Toten ist kurzbar verlost. Eine Anzahl der Erschlagenen trägt allerlei Brandwunden. Das Gesicht dieser Toten zeigt das Kennzeichen für den Erstickungstod. Die bisher geborgenen 100 Verunglückten sind in dem Walsraum der Zeche aufgebahrt. Herzzerrende Szenen spielen sich hier ab. Viele Frauen wurden ohnmächtig von der Unglücksstelle getragen. Ein junges Mädchen, das ihren Bruder verloren hat, wurde gestiftet. Eine einzige Familie verlor den Vater und fünf weitere Mitglieder. Zahlreiche der Toten sind verheiratet. Die Rettungsarbeiten gestalten sich außerordentlich schwierig.

In Dortmund sieht man überall die Fahnen auf Halbmast. Der ganze Stadt hat sich nach der ersten Erregung eine tiefe allgemeine Niedergeschlagenheit bemächtigt.

Wie Bergleute und Rettungsmannschaften erzählten, sind bereits am Abend des 10. Februar an den gleichen Stellen, wo das Unglück passierte, kleinere Schlagwetter beobachtet worden, die durch Funken einer Maschine zur Entzündung gebracht worden seien. Das gleiche wurde gestern morgen beobachtet, doch nahm niemand an, daß ein größeres Unglück zu erwarten sei.

Das Beleid des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des großen Grubenunglücks bei Dortmund an den Oberberghauptmann in Dortmund folgendes Beleidstelegramm gerichtet: „Die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Zeche „Minister Stein“ hat mich tief erschüttert. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der an ihrer Arbeitstätte getöteten Bergleute die Versicherung meiner herzlichsten Anteilnahme auszuspresen und auch der Direktion des Selsentirchener Bergwerksvereins sowie den Bergarbeiterverbänden mein Beileid zu übermitteln. Als Beitrag zur Verhinderung von Notständen in den betroffenen Bergarbeiterfamilien habe ich Ihnen aus meinem Dispositionsfonds den Betrag von 50000 Mark überwiesen.“

Herr Klinghammer.

Genosse Höring hat an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses des Landtages in Sachen Staatsbank, Herrn Dr. Leidig, folgenden Brief gerichtet, der für die Beurteilung des Herrn Klinghammer von großem Interesse ist:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir ist von Bekannten die Aussage des Kriminaloberinspektors Klinghammer, soweit sie meine Person betrifft, vorgelesen. Herr Klinghammer hat den Vorgang völlig falsch dargestellt. Tatsächlich hat sich derselbe wie folgt abgespielt:

Der damalige Kriminalkommissar Klinghammer hat in dienstlicher Angelegenheit in Magdeburg in Gegenwart eines Dezernenten mit mir verhandelt. Daß seine Tätigkeit meine Bewunderung oder gar Anerkennung gefunden hätte, entspricht nicht den Tatsachen, denn sie lag im Rahmen des polizeilich Üblichen. Daß ich damals mit Herr Klinghammer über seine Beförderung gesprochen haben soll, ist gleichfalls unzutreffend.

Einige Zeit — es mochten etwa 14 Tage vergangen sein — nach dem Erscheinen Klinghammers in Magdeburg wartete Klinghammer auf dem Potsdamer Bahnhof und hing mich ab, als ich von Magdeburg kam. Ich glaubte erst, er wollte mir in derselben Angelegenheit etwas mitteilen, wegen der er in Magdeburg war. Das war aber nicht der Fall. Er bot mir Entschuldigung, daß er mich in einer persönlichen Sache aufsuche, denn er bitte mich, beim Herrn Minister des Innern vorstellig zu werden, daß er bei der Grünen Polizei (Schutzpolizei), und zwar als Major eingestellt werde. Ich habe Herrn Klinghammer darauf aufmerksam gemacht, daß der Herr Minister des Innern die Sache doch sehr komisch finden wird, wenn ich mich für ihn, der doch beim Berliner Polizeipräsidium tätig ist, einsetzen würde. Herr Klinghammer antwortete, daß nur ich als persönlicher Bekannter des Herrn Ministers dieses machen könnte, denn mit keinem anderen, besonders nicht mit den Berliner Herren, sei es ihm zu sprechen möglich. Vom Polizeipräsidium würde er durch den reaktionären Vertreter Herrn Moll, der ja beim Kapp-Putsch noch so glücklich vorbeigekommen sei, ferngehalten. Der Oberregierungsrat Hoppe als Chef der Kriminalpolizei sei gleichfalls reaktionär bis auf die Knochen, und daß diese Herren ihm, der er Demokrat und Republikaner sei, hinderlich sein werden, sei doch ganz selbstverständlich. Er legte mir dann in längerer Rede klar, daß in Berlin alles, auch der Herr Minister, von Reaktionären umgeben sei. Kein Republikaner könne an sie heran, und aus diesem Grunde bitte er nochmals um meine Vermittlung.

Ich fragte ihn über sein Dienstverhältnis, ob das unerträglich wäre, daß er sich von seinem Platz fortwünsche. Er setzte mir auseinander, daß dieses nicht der Fall sei. Ministerialdirektor Dr. Falk sei ein sehr wohlwollender Vorgesetzter, der gleichfalls auf dem Boden der Republik stünde. Ich wies ihn darauf hin, daß er doch Herrn Dr. Falk als Fürsprecher nehmen sollte, worauf er halb entrüstet sagte: „Ja, Herr Falk ist genau so schlecht bei allen diesen Reaktionären angeschrieben wie ich und seine Befürwortung würde mir nichts nützen, denn auch Herr Dr. Falk

wird schließlich an den Herrn Minister unmittelbar herankommen. Ich glaube aber auch kaum, daß er mich empfehlen wird, weil wir so gut zusammen arbeiten.“

Er ließ sich dann sehr eingehend über Herrn Dr. Falk aus, den er sehr lobte, und betonte immer wieder, daß er als Republikaner unter den reaktionären Elementen vom Schlage der Röll, Hoppe und einiger Herren aus dem Ministerium des Innern, die er namentlich bezeichnete, nicht vorwärts kommen werde, wenn nicht ich seine Liebernahme und Beförderung befürworte.

Ich bin bereit, nach dem 22. d. M. als Zeuge vor dem Ausschuß, falls erforderlich, mündlich auszusagen.

Hochachtungsvoll

Höring, Oberpräsident der Provinz Sachsen.“

Die Bemühungen des „Republikaners und Demokraten“ Klinghammer um die Protektion des Genossen Höring, durch den er sich zur Beförderung empfehlen lassen wollte, sind angesichts seiner Haltung im Untersuchungsausschuß eine genügende Charakteristik.

Eine Hausfuchung.

Bei dem Justizrat Werthauer wurde gestern vormittag eine einstündige Hausfuchung vorgenommen. Die Hausfuchung wird in Zusammenhang gebracht mit dem Fall Kuttner. Werthauer war der Notar Kuttners.

Die „Deutsche Tageszeitung“ drückt sich.

Die „Deutsche Tageszeitung“ drückt im Parlamentsbericht einen Teil der Erklärung des Genossen Robert Schmidt, die er im Reichstag am 11. Februar abgegeben hat, ab. Der Vorwurf, daß sie die Berichtigung, die ihr R. Schmidt zusandte, nicht brachte, suchte sie abzuweisen mit der Begründung, daß die Berichtigung nicht dem Preßgesetz entsprach. Von einem anständigen Blatt hätte man immerhin erwarten können, daß es dann wenigstens den nach ihrer Meinung sachlichen Inhalt der Zuschrift wiedergegeben hätte.

In der Erwiderung geht die „Deutsche Tageszeitung“ auf die Feststellungen, die von dem Genossen Schmidt in seiner Erklärung enthalten sind, nicht ein. Das muß um so mehr Erstaunen erregen, als die „Deutsche Tageszeitung“ sich in ihrer ersten Notiz auf den Inhalt des Reichswirtschaftsministeriums beruft. War diese Angabe richtig, dann mußte es ein Leichtes sein, ihre Beschuldigung unter einwandfreien Beweis zu stellen. Das geschieht nicht. Damit bleibt bestehen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ eine unerhörte Verleumdung verbreitet hat.

Richtigstellungen.

In der Sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses am Donnerstag vormittag hatte Genosse Bissell auf das Schärfste gegen die Behauptungen Klinghammers protestiert, wonach Fälschungen von Ein- und Ausfuhrscheinen von z. T. hohen Beamten des Wirtschaftsministeriums begangen worden wären. Genosse Bissell erklärte ausdrücklich, daß er weder damals noch heute Grund gehabt habe, an der Integrität seiner ehemaligen Beamten zu zweifeln. Der von uns benutzte parlamentarische Bericht in der Mittwoch-Abendausgabe gab diese Feststellung in mißverständlicher Form wieder; sie sei deshalb hiermit wiederholt.

Des weiteren hat die Notwendigkeit, aus Raumgründen den endlosen Ausschußbericht in unserer Donnerstag-Morgenausgabe erheblich zu kürzen, zur Weglassung einer Stelle geführt, die wir auf besonderen Wunsch nachtragen wollen: Der demokratische Abgeordnete Kutsche hat durch eine Frage an den Zeugen Davidsohn festgestellt lassen, daß Davidsohn nicht der Gewährsmann der Angriffe gewesen ist, die die Berliner „Volkszeitung“ gegen Barmat im Januar 1920 richtete. Die „Volkszeitung“ habe lediglich Zuschriften Davidsohns zu demselben Thema Aufnahme gewährt. Wir können es dem Chefredakteur der „Volkszeitung“ nachfühlen, daß er auf diese Feststellung besonderen Wert legte.

Der Beschluß von Grenoble.

Weitere Unterstützung Herriots.

Paris, 12. Februar. (W.B.) Die Resolutionskommission des sozialistischen Parteilages in Grenoble hat heute nachmittag den Text der Resolution angenommen, die von der Unterkommission ausgearbeitet worden war.

Die Resolution stellt fest, daß die Taktik, die der Kongreß am 1. Juni und der Nationalrat am 1. November festgelegt haben, schon jetzt zum Teil den erwarteten Erfolg gehabt habe, der auch gestärkt habe, den Wahlsieg vom 11. Mai zu befestigen. Es sei dem Kabinett Herriot gelungen, die internationale Passivierung einzuleiten und daß schon jetzt bedeutende Fortschritte zu verzeichnen seien. Der Parteitag beauftrage die Kammerfraktion, der Regierung ihren Beistand zu ziehen, jedoch unter der Bedingung, daß die Regierung eine demokratische und sozialreformatorische Tätigkeit entfaltet. Zu diesem Zweck müsse die Kammerfraktion den Fortbestand der jetzigen Regierung sichern, d. h. es müßten Bemühungen unternommen werden, um die Schwierigkeiten aller Art, die durch die Reaktion und den Bolschewismus herbeigeführt werden, zu beseitigen. Die Kammerfraktion müsse ihre Tätigkeit im Einverständnis mit der Regierung und den linksstehenden Parteigruppen bestimmen, aber darauf bedacht sein, daß die notwendige Führungsnahme in keiner Weise die Form eines ständigen und organischen Systems annehme. So großen Wert die Partei auch auf die Unterstützungspolitik lege, so würde sie doch gezwungen sein, der Regierung ihre Unterstützung zu entziehen, wenn diese sich in ernsten Widerspruch mit den Ansichten des Parteikongresses setze, namentlich hinsichtlich der Fragen, die sich aus den Frieden, die internationale Ordnung oder auf nationale Frage von grundlegender Bedeutung bezögen. Das geplante Reformwerk müsse in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden, damit die Arbeiter für ihren Beistand eine Befriedigung erlangten. Die Kammerfraktion; sie wird aufgefordert, bei allen Gelegenheiten, die sich ihr von ihr eine Abstimmung verlangt werde, die im Widerspruch mit den Grundätzen der Partei stehe. Der Kongreß setze Vertrauen in die politische Klugheit und in die sozialistische Bewusstseinsbildung der raktion; sie wird aufgefordert, bei allen Gelegenheiten, die sich ihr bieten, die sozialistischen Grundätze zum Ausdruck zu bringen. Der Kongreß wünsche damit nicht, die Unterstützungspolitik abzuschwächen, sondern im Gegenteil, sie zu verstärken. In dem Augenblick, in dem der Kongreß sich entscheide, diese Politik ernstlich fortzusetzen, erkläre er gleichzeitig, daß eine derartige Haltung ihn nicht verpflichte, an einer Regierungsmehrheit teilzunehmen, sondern daß diese Verpflichtung einzig und allein von dem Willen der Sozialistischen Partei und von dem Urteil abhängt, das sie unter außerordentlichen Umständen fällen könnte. Daburch, daß die Partei die Unterstützungspolitik betreibe, nehme sie nicht endgültig eine Taktik an, noch verzichte sie auf ihre traditionelle Stellung als Klassenpartei. Solange die Unterstützungspolitik betrieben werde, wolle sich die Partei in keiner Weise durch irgendeine weitergehende politische Konstellation aufhängen lassen, noch in eine solche als ein wesentliches Element einreten. Die bestimmende Regel für die Aktion sei für heute und für immer: das Interesse der Arbeiter, die die Partei vertritt.

Die Teuerung in der Schweiz. Schweizer Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften haben gegen neue Ertragssteuern um 6 Rappen für das Ailo Brotstief eingelegt und vom Bundesrat Aufhebung des Getreidedemonopols verlangt.

Gewerkschaftsbewegung

Aus der Gewerkschaftsinternationale.

Ueber die Beschlüsse der letzten Ausschussung des IGB. entnehmen wir den Presseberichten noch folgendes:

Antikriegspropaganda: Der vom Vorstand unterbreitete Plan für die Antikriegspropaganda im Jahre 1925 wird gutgeheißen. Es wird beschlossen, in diesem Jahre keinen Antikriegstag zu organisieren, statt dessen aber bei der Feier des 1. Mai den Friedensgedanken ganz besonders in den Vordergrund zu stellen. Anlässlich der eont. stattfindenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes soll gleichzeitig und am gleichen Ort eine Konferenz des IGB. abgehalten werden.

Nacharbeit in Bädereien: In Hinsicht auf die zweite Befugnis der Nacharbeit, die Nacharbeit in Bädereien auf der nächsten Arbeitssitzung wurden alle Delegierten aufgefordert, ihr Möglichstes zu tun, um die Versuche der Unternehmer, die Konvention durch Zusatzanträge zu entkräften und so die Nacharbeit in den Kleinbetrieben aufrechtzuerhalten, zu vereiteln.

Bildungsabteilung: Der Bericht über die Wirksamkeit der Arbeiterbildungsabteilung des IGB. wird genehmigt. Angekündigt des guten Erfolgs der im letzten Jahre organisierten internationalen Sommerferien wird die Abhaltung von zwei Sommerferien (in Schweden und der Tschechoslowakei) im Jahre 1925 gutgeheißen.

Ein- und Auswanderung: Der IGB. wird sich eingehend mit dieser Frage befassen und hat bereits an alle angeschlossenen und nicht angeschlossenen Landeszentralen drei Fragebogen gesandt. Es wird beschlossen, das eingehende Material in systematischer Weise zu bearbeiten und einer später abzuhaltenden Konferenz zu unterbreiten.

Die Beziehungen des IGB. zu den Genossenschaften: Da die von der internationalen Genossenschaftskonferenz in Genf im Jahre 1924 angenommenen Beschlüsse, denen zufolge eine Zusammenarbeit mit dem IGB. auch Zusammenarbeit mit den übrigen Internationalen bedeutet, dem IGB. noch nicht offiziell mitgeteilt worden sind, und in Hinsicht auf die Abwicklung aller Anträge einer gemeinsamen Konferenz des IGB. und der Genossenschaftsinternationale wird beschlossen, eine abmildernde Haltung einzunehmen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze.

Mit Zustimmung der Reichsregierung sind durch Erlass des Preussischen Ministers für Volkswirtschaft mit Wirkung vom 9. Februar an für das preussische Staatsgebiet neue Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge festgesetzt worden. Die Orte werden wie bisher in 4 Ortsklassen, das gesamte Gebiet in 3 Wirtschaftsgebiete eingeteilt. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beträgt im Wirtschaftsgebiet I (Mitte) die tägliche Unterstützungssatz für Personen über 21 Jahre in Ortsklasse A 135 Rpf., als Familienzuschläge kommen hierzu für den Ehegatten 50, für die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 35 Rpf. hinzu. Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung in Ortsklasse A keineswegs übersteigen: im Wirtschaftsgebiet I (Osten) 285 Rpf., im Wirtschaftsgebiet II 325 Rpf., im Wirtschaftsgebiet III (Westen) 360 Rpf.

Der Buchdruckertarif in Berlin abgelehnt.

Bei der Abstimmung über den Manteltarif für das Reich sind von 8944 wählenden Stimmen 3217 für Annahme und 5726 für Ablehnung des Tarifs abgegeben worden. 23 Stimmen waren unglücklich. An der Abstimmung beteiligten sich etwa 70 Proz. der Schlichtung. Durch dieses Abstimmungsergebnis ist der Manteltarif für das Buchdruckgewerbe in der Reichshauptstadt abgelehnt worden.

Verhandlungen im Bankgewerbe.

Die Aussprache über die Lage im Bankgewerbe am 12. Februar zwischen den Parteien des Reichsmanteltarifvertrages führte zu folgendem Ergebnis: Die Verhandlungen über die Erneuerung des Reichsmanteltarifvertrages sollen etwa am 20. Februar 1925 zwischen den Parteien beginnen. Anschließend daran sollen die Verhandlungen zwischen den Verbänden über die Regelung der Gehälter stattfinden. Dabei werden auch die Organisationen ihre Forderungen auf Uebergang zur Lohnzahlung unter Genehmigung einer Uebergangsbefehle stellen. Etwasige Schlichtungsverhandlungen sollen in der ersten Märzwoche stattfinden.

Eine Fälschung der „Roten Fahne“.

Mit Bezug auf unsere Notiz im gestrigen Abendblatt, „In eigener Sache“ überschrieben, teilte uns die Fachstelle Berlin des Zimmererverbandes mit, daß sie mit dem Angriff gegen den „Vorwärts“ nichts zu tun hat. Es handelt sich

also — wie aus der ganzen Aufmachung hervorgeht — tatsächlich um eine eigene Leistung der „Roten Fahne“, unter dem Deckmantel des Zimmererverbandes und mit Mißbrauch seines Namens.

Welchen Anlaß hatte das Blatt, dem „Vorwärts“ zu unterstellen, er wolle den Berliner Bauunternehmern Anweisungen geben für ihr Verhalten gegen die Arbeiter bei den nächsten Lohnverhandlungen? In unserer Mittwochsmorgenausgabe brachten wir die aus Berlin datierte Meldung, daß das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch für das Baugewerbe vom 23. Januar für allgemein verbindlich erklärt hat. In dieser Meldung fehlte die Angabe, daß es sich um den Schiedspruch für das Baugewerbe in Rheinland-Westfalen handelt. In der Abendausgabe des „Vorwärts“ am Mittwoch wurde auf diese Lücke hingewiesen und sie ergänzt. Das hielt die „Rote Fahne“ nicht ab, in ihrer Donnerstagnummer den „Vorwärts“ unter der Flagge des Zimmererverbandes zu verdächtigen. Das gehört so mit zu ihrem Handwerk.

Den Zimmererverband zählt sie offenbar zu den Organisationen, die bereits der Diktator der KPD. unterstehen, so daß man sich dessen Namensmißbrauch ohne weiteres gefaßt zu können glaubt. Trotzdem bleibt es eine Fälschung des Volkswirtschaftsblattes, die hier festgestellt werden muß.

Kiasfo des Freien Eisenbahnerverbandes.

Man schreibt uns: In Nr. 34 der „Roten Fahne“ wird dem „D.E.B.-Bureaukraten“ der Vorwurf der Sabotage gemacht, weil sie die bevorstehende Schließung einer Anzahl Werkstätten nicht verhindert. Besonders ist der F.E.B. erhoht darüber, daß der von der K.P.D.-Fraktion im Reichstag eingebrachte Antrag abgelehnt wurde. Mag sich der F.E.B. also mit seinen Freunden auseinandersetzen, denn sie glauben sie selbst nicht an einen praktischen Erfolg. Nur aus rein agitatorischen Zwecken wurde dieser Antrag eingebracht. Warum verschweigt man, daß es den so geschmähten D.E.B.-Bureaukraten gelungen ist, sieben zur Schließung vorgesehene Werkstätten weiterbestehen zu lassen? Das sind Erfolge auf gewerkschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete, ihr Porzellanrequisitäre! Der Verleger der Berliner Bezirksbetriebsräte und des F.E.B. ist der wiederholte Beweis für die Dummheit und Ohnmächtigkeit des kommunistischen Betriebsrats und der F.E.B.-Leitung. Treffend führte Schieming in der Belegschaftsversammlung (Berlin I) am 28. Januar aus, daß die eingeleitete Abwehraktion verpufft sei, weil die Betriebsräte im Reich glänzend verlagert haben, d. h. die übergroße Mehrheit im Reich hat von dem kommunistischen Theater genug und will nichts mehr davon wissen.

Gibt man zu, nicht mehr kämpfen zu können (im Kleiderhandel kämpft es sich leichter und angenehmer), dann herunter vom Piedestal und die Liquidierung des F.E.B. Der D.E.B. wird auch weiterhin versuchen, bei der vorgesehene Schließung der Werkstätten Milderungen durchzubringen. Wir empfehlen dem F.E.B. nachfolgende Tatsachen zu prüfen und an seine wild herumlaufenden früheren Mitglieder weiterzugeben: Des Volkswirtschaftsblattes für Eisenbahnen in Sowjetrußland bringt zum Ausdruck, daß sehr viele alte und junge Angestellte und Arbeiter entlassen werden müssen. Die Gesamtzahl der Eisenbahner erreichte im Durchschnitt des Jahres 1920/21 1.288.000, im Jahre 1921/22 849.000 (also Abbau), im Jahre 1922/23 830.000 (Abbau), was einen Rückgang von 398.000 oder 32,4 Proz. bedeutet. Der Abbau selbst ist noch nicht abgeschlossen. So geschähen im „kommunistischen“ Sowjetrußland. Burden dort auch Generationen eingeleitet? Auf die Notiz „Eisenbahner rüsten zum Kampf“ („Rote Fahne“ Nr. 35) einzugehen, ist verfrüht. Betont sie aber, daß die Inspiratoren schlecht beraten wurden bezüglich der Forderung von 6 Pf. Lohnerhöhung. Wo sitzen diese Inspiratoren? In der Verwaltung oder in den Kreisen der einzelnen Tarifkontrahenten? Heraus mit der Antwort. Empörend muß es in den Kreisen der organisierten Eisenbahner wirken, die gerade und auch bestimmten Zwecken dienende Behauptung aufzustellen, daß der Achtfundentag nur für die körperlich und geistig schwer arbeitenden Eisenbahner gefordert sei. Wahrscheinlich will der F.E.B. die jetzt in der Entwicklung stehende Bewegung genau so sabotieren, wie die auf des Meßers Schneide gestandene Lohnbewegung vor Weihnachten. Die Veröffentlichung des auf nicht ganz einwandfreie Art ermittelten Rundschreibens bezüglich Abbaumassnahmen sollte den Saboteuren noch im Gedächtnis sein.

Also, lieber F.E.B., die Bohrversuche stoßen vorläufig noch auf Granit. Abwarten.

Neue Verhandlungen der Werftarbeiter.

Hamburg, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Zentral-Beiratskommission veröffentlicht zu der Bewegung auf den Schiffswerften ein Rundschreiben über den Stand der Bewegung nach den Verhandlungen, die am 10. Februar in Berlin mit den Arbeitgebern unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums stattfanden. Der Vorschlag des Hamburger Schlichters wurde nicht für verbindlich erklärt. Es wurde vielmehr vereinbart, daß die Parteien am 17. Februar erneut im Reichsarbeitsministerium zusammenzutreten, um die

kritischen Fragen zu regeln. Wenn es hierbei zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht kommt, soll durch den Reichsarbeitsminister sofort ein Schlichtungsverfahren eingeleitet werden. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, die Neuregelung der Löhne rückwirkend vom 2. Februar ab gelten zu lassen. Die Arbeitnehmer erklärten sich demgegenüber bereit, es bis zum Abschluß des Verfahrens bei der bisherigen Arbeitszeitregelung zu belassen.

Auch in Leipzig fallen die Moskauer ab.

Leipzig, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Eine schwere Wahl-niederlage haben die Moskauer Gewerkschaftsstrategen in der Generalforsammlung des Holzarbeiterverbandes am Mittwoch erlitten. Die Vorschlagsliste der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung für die Ortsverwaltung siegte mit 1094 gegen 226 kommunistische Stimmen. Mit ähnlichen Stimmverhältnissen wurden sechs Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als Delegierte gewählt. Für den Verbandstag der Holzarbeiter und den Gewerkschaftskongress wurden ebenfalls nur Anhänger der Amsterdamer Richtung aufgestellt. Auch bei den Komiteewahlen, die in den Bezirken und Branchen der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes des Leipzig stattfanden, wurde trotz des Rügen- und Verleumdungsfluges der Kommunisten ein glänzender Erfolg errungen. In 10 Bezirken sind nur Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gewählt worden. In den übrigen Bezirken haben die Kommunisten nur wenige Siege erlitten.

Um die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Essen, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiterorganisation und der Zechenverband haben den Schiedspruch für die Ueberarbeitszeit im Bergbau abgelehnt.

Zur Erwerbslosenunterstützung der Seeleute.

Die Hamburger Bürgerchaft nahm einen von den Demokraten und Sozialdemokraten gestellten Antrag an, in dem der Senat ersucht wird, dafür einzutreten, daß die Erwerbslosenfürsorge für Seeleute der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge angegliedert und auf die Hochseefahrt ausgedehnt wird.

Lohnkonflikt in Dänemark.

Kopenhagen, 12. Februar. (Nrb.) Die Verhandlungen zwischen der dänischen Arbeitervereinigung und den Gewerkschaften über ein neues Lohnabkommen sind gescheitert. Eine gemeinsame Sitzung der beiderseitigen Spitzen dauerte fünf Stunden und ergab kein Ergebnis. Man erwartet den Eingriff des staatlichen Vergleichsmannes, da Streiks für die nächste Zeit angekündigt sind.

Die polnischen Arbeiter in Frankreich.

Warschau, 12. Februar. Die Zahl der polnischen Arbeiter in Frankreich wird gegenwärtig auf 510.000 geschätzt. In einigen Departements machen die polnischen Arbeiter ein Drittel der Bevölkerung aus. In verschiedenen Industriezentren 88 Proz. der Arbeiter, und zwar hauptsächlich im Bergbau. Im veranagerten Ruhr haben die polnischen Arbeiter 300 Millionen Franken nach Polen geschickt.

Massenflucht aus Mussoliniens.

Genf, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Schweizer Presse meldet, daß im Laufe des Jahres 1924 mehr als 7000 italienische Arbeiter nach der Schweiz ausgewandert sind. Die meisten von ihnen sind politische Flüchtlinge. Daher versucht Mussolini, vom Schweizer Bundesrat ihre Ausweisung zu erlangen.

Wahrung, Metallarbeiter! — Die Fabrikarbeiter der Firma E. D. Weiler, Dainersdorf, befinden sich seit Montag im Streik. Der Betrieb ist unter allen Umständen zu meiden.

Königs, Ammerer! — Verbotskennzeichen, besetzt! Wenn für Mann die Bezirkskommunisten in den nächsten Tagen. Es gilt Stellung zu nehmen! Ist den Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Genf, Freitag, abends 7 Uhr: Bezirk 17 bei Rogow, Berlin, Barnimstraße 13, Bezirk 18 bei Hind. Spundau, Felschauer Str. 5. Am Sonntag, den 14. Februar, abends 7 Uhr: Bezirk 2 bei Müde, Hirschauer Str. 17, Bezirk 3 bei Aachries, Grotzauer Wiese, Ecke Hirschauer Str. 10 bei Markt, Weidmühl. 11. Bezirk 11 bei Hirschauer, Göttinger Str. 8, Bezirk 12 bei Reichenburg, Kanenstr. 6, und Bezirk 20 bei Richter, Steinhilber Str. 2.

Am Sonntag, den 15. Februar, vorm. 10 Uhr: Bezirk 26 bei Witz, Schöneberg, Moritz-Arther-Str. 6. **Am Montag, den 16. Februar, abends 7 Uhr:** Bezirk 20 bei Rofuhn, Reichenburg, Ecke Honaustraße. **Zentralverband der Ammerer, Zählstelle:** Berlin und Umgebung.

Beiratmitglied für Politik: Graf Reuter; **Wirtschaft:** Arthur Osterhaus; **Gewerkschaftsbewegung:** Reich, Götter; **Kultur:** A. A. Böhler; **Politik und Konflikte:** Fritz Karhöf; **Wissenschaft:** Ed. Glöck; **Sammlung in Berlin:** Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. **Druck:** Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Post Sinar u. Co. Berlin. **Abdruck:** in „Eintracht“ 2. März 2. Beilagen und „Ueberlieferung und Wissen“.

HERMANN

Tietz

Verkauf nur soweit Vorrat

BILLIGE

Lebensmittel

Mengenabgabe vorher kein

Frisches Fleisch	Wurstwaren	Kolonialwaren	Käse
<p>Schweinelieschen Pfund 85 Pf.</p> <p>Schweineschulterblatt ohne Beilage Pfund 86 Pf.</p> <p>Schweineschinken Pfund 90 Pf.</p> <p>Kalbskamm Pfund 64 Pf., -keule Pfund 76 Pf.</p> <p>Hammelfleisch (Dicke Rippe) Pfund 66 Pf.</p> <p>Hammelrücken Pfund 74 Pf.</p> <p>Kassler mild gepökelt Pfund 1⁰⁰</p>	<p>Leberwurst Pfund 65 Pf.</p> <p>Rotwurst Pfund 65 Pf.</p> <p>Fleischwurst Pfund 85 Pf.</p> <p>Hausm.-Leberw. Pfund 1⁰⁰</p> <p>Berl. Mettwurst Pfund 95 Pf.</p> <p>Knoblauchw. Pfund 1⁰⁵</p> <p>Mettwurst Pfund 1²⁰</p> <p>Salamiwurst Pfund 1⁴⁵</p> <p>Teewurst Pfund 1⁵⁰</p> <p>Speck Pfund 1³⁵</p>	<p>Schnittwudel Pfund 27 Pf.</p> <p>Eierbandnudeln 38 Pf.</p> <p>Ital. Spaghetti Pfund 40 Pf.</p> <p>Weisse Bohnen Pfund 22 Pf.</p> <p>Hartgriss Pfund 30 Pf.</p> <p>Linsen Pfund 28 Pf.</p> <p>Kalif. Backobst Pfund 65 Pf.</p> <p>Kalif. Aprikosen Pfund 1⁵⁰</p> <p>Kalif. Pflaumen Pfund 45 Pf.</p> <p>Kalif. Pflirsiche Pfund 75 Pf.</p>	<p>Harzerkäse Kiste 95 Pf.</p> <p>Romatour in Glas, Stück 24 Pf.</p> <p>Quadrat-Käse Pfund 34 Pf.</p> <p>Tilsiter Käse Pfund 68 Pf.</p> <p>Schweizer Pfund 1¹⁰</p> <p>Schweizer bay. Pfund 1⁴⁰</p> <p>Alg. Limburg Pfund 90 Pf.</p> <p>Edamer Käse Pfund 95 Pf.</p> <p>Margarine Pfund 60 Pf.</p> <p>Molk.-Butter Pfund 98 Pf.</p>
Wild-Geffügel	Fische, Räucherwaren	Diverse Konfitüren	Kohlrabi
<p>Hasen getrocknet Pfund 95 Pf.</p> <p>Gänse gefroren Pfund 78 Pf.</p> <p>Gänsestückenl. Pfund 60 Pf.</p> <p>Gänsekeulen gefr. Pfund 1²⁰</p> <p>Gänseklein gefr. Pfund 1³⁰</p> <p>Gänsebrust K. Pfund 1³⁰</p> <p>Suppenhühner Pfund 1⁴⁵</p> <p>Brathühner Pfund 1⁵⁰</p>	<p>Rotbars Pfund 35 Pf.</p> <p>Seelachs ohne Kopf, im Ganzen, Pfund 28 Pf.</p> <p>Herings gr. große, Pfund 25 Pf.</p> <p>Kabeljau ohne Kopf, im Ganzen, Pfund 30 Pf.</p> <p>Frisch. Zander Pfund 80 Pf.</p> <p>Makrelbücklinge Pfund 35 Pf.</p> <p>Sprotten Pfund 35 Pf.</p> <p>Kieler Bücklinge Pfund 50 Pf.</p> <p>Bundaale Bund 200 g 80 Pf.</p>	<p>Apfelmur 65 Pf.</p> <p>Karotten 40 Pf.</p> <p>Spinat 55 Pf.</p> <p>Aprikosen-Konf. 2 Pfund-Eimer 1¹⁵</p> <p>Johannis-Ge'ee 2 Pfund-Eimer 1¹⁵</p> <p>Zitronen Dutzend 32 Pf.</p> <p>Mandarinen Pfund 28 Pf.</p> <p>Apfelsinen Dutzend 50 Pf.</p> <p>Feigen Pfund 25 Pf.</p> <p>Blutapfelsinen Dts. 65 Pf.</p> <p>Kochbirnen Pfund 10 Pf.</p> <p>Möhren Pfund 4 Pf.</p> <p>Weisskohl Pfund 3 Pf.</p>	<p>Kohlrabi 50 Pf.</p> <p>Gem.-Erbsen 45 Pf.</p> <p>Junge Erbsen 55 Pf.</p>

Deutscher Weinbrand

„Manegold“

1/2 Fl. 10 Fl.

3³⁰ 32⁰⁰

Besonders billig! Weine vom Fass

Roter Johannisbeerwein voll und stark, Liter **90 Pf.**

1922^{er} Wormeldinger 80 Pf.

1922^{er} Wönniger 1²⁰ Pf.

1921^{er} St. Martin 1³⁰ Pf.

1921^{er} Edigerer Elzberger 2⁵⁰ Pf.

1922^{er} Montagne 90 Pf.

1922^{er} Dürkheimer Rotwein 1⁴⁰ Pf.

1921^{er} Haut-Clous 2²⁵ Pf.

1921^{er} Chateau-Pourcand 2⁵⁰ Pf.

Deutscher Weinbrand

„Adler-Silber“

1/2 Fl. 10 Fl.

3⁹⁰ 37⁰⁰

Freitag u. Sonnabend Schlusstage der zweiten Weissen Woche

Städtische Werke und kommunale Wohlfahrtspflege.

Lange Reden bei den Stadtverordneten.

Nachdem zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung der Vorsitzende Genosse Hoff der Opfer des furchtbaren Grubenunglücks bei Bochum gedacht hatte, verabschiedete die Versammlung endlich die Dienstordnung für die Angestellten der Bezirks- und Facharbeitsnachweise. Die Umstellung des Kapitals der Berliner Straßenbahngesellschaft und des Grundkapitals der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke L. G. rief eine große kommunalpolitische Debatte hervor. Herr von Egnern von der Deutschen Volkspartei ließ deutlich erkennen, daß zwischen den Mitgliedern seiner Fraktion, die als Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften sitzen, und der Fraktion selbst tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Aufsichtsräte müßten wohl oder übel in ihren Ämtern (wenigstens bis zu einem gewissen Grade) praktische Arbeit leisten, sehen sich dabei aber der Opposition der Fraktion gegenüber. Von Egnern forderte mit einer geradezu unangenehmen Arroganz, daß Neuanschaffungen und ähnliches nicht von den Beratern selbst, sondern aus dem Stadtsäckel oder noch lieber aus Anleihemitteln gemacht werden. Die Hereinnahme von Privatkapital in die städtischen Betriebe ist das Ziel der Volkspartei; erreicht man das auch nicht so ohne weiteres, so müssen wenigstens alle Gelegenheiten herhalten, um den Beratern Schwierigkeiten zu bereiten. Von unserer Fraktion sagte Genosse Reuter Herrn von Egnern, daß er danach strebe, die Ueberschüsse der städtischen Betriebe dazu zu benutzen, um der Steuerzahler seiner Partei entgegenzukommen. Die Debatte zeigte wieder einmal, daß nur die Sozialdemokraten entschieden, mit vollem Bewußtsein und bis zu allen Konsequenzen für die städtischen Betriebe eintreten. Dann wurde die am vorigen Donnerstag ausgelegte Abstimmung über die Anträge der Deutschnationalen, die Berliner Brennstoffgesellschaft betreffend, vorgenommen. Sodann wurde eine neue Sitzung für die städtische Wohlfahrtspflege beraten. Soweit die Debatte von der Kommunistin Rosenthal bestritten wurde, kam eigentlich von einer parlamentarischen Diskussion nicht gesprochen werden. Die Rede der Schimpf Worte floß ununterbrochen auf die Stadtverordneten her nieder und ließ sich auch durch das Klingeln des Vorstehers nicht aufhalten. Das starke Redebedürfnis der Stadtverordneten führte schließlich zur Vertagung der Abstimmung über die Sitzung. Im ganzen eine Sitzung, in der nicht gerade viel positive Arbeit geleistet wurde.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten eröffnete der Vorsitzende Genosse Hoff mit einem Hinweis auf die furchtbare Katastrophe, die die Fache „Minister Stein“ betroffen hat. Nicht weniger als 14 Bergleute haben in Ausübung ihrer Arbeit den Tod gefunden. (Zurück bei den Kommunisten: Ermordet vom Kapitalismus!) Lebend bleibt stehen wir an der Bahre dieser Männer. Wir sind keine gelesene Körperschaft, die für die Verhinderung künftiger Unglücksfälle etwas tun kann; wir können nur den Angehörigen unser Beileid ausdrücken, die heute händeringend nach ihrem Ernteherrn suchen. Als Stadtverordnete wollen wir ihnen diesen Ausdruck unserer Teilnahme mit dem Zusatz übermitteln, daß es gelingen möge, recht viele der Eingekerkerten noch lebend ans Tageslicht zu bringen. (Die Versammlung hörte die Worte des Vorsitzenden stehend an.) Zur Beratung kam zunächst der wiederholt in die Ausschussprüfung verwickelte

Entwurf einer Dienstordnung für die Angestellten der Bezirksarbeitsnachweise und der Facharbeitsnachweise des Landesarbeitsamtes. Nach nochmaliger gründlicher Verhandlung hat sich die große Ausschussmehrheit den Vorschlägen unserer Genossen insoweit angeschlossen, als statt des behabaren Ausdrucks „in Stellen von besonderer Bedeutung“ in der Ergänzung des Gruppenplans für die Einzeilung der nichtständigen Angestellten in Vergütungsgruppe VI gefaßt werden soll „Prüfer und Ermittler mit gründlichen Fachkenntnissen und selbständigen Ermittlerleistungen“, und in Vergütungsgruppe VII „Expediten der Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittler, die neben gründlichen vielseitigen Fachkenntnissen auf dem Gebiete des Kr-

beitsnachweises bzw. der Erwerbslosenfürsorge selbständige Leistungen aufweisen“. Ferner soll nach dem Ausschussantrage der Magistrat ersucht werden, bezüglich der Beamten und Festangestellten, die als Prüfer, Ermittler und Arbeitsvermittler tätig sind, eine Veränderung der Befoldungsordnung dahin vorzunehmen, daß sie den Tarifangestellten in der Eingruppierung nach der Dienstordnung für die Angestellten der Arbeitsnachweise gleichgestellt werden. — Für die Annahme dieser Ausschussvorschläge trat Genosse Jatau lebhaft ein; seine letzten Bedenken räumte eine Erklärung des Stadtsäckels lange beseitigt. Auch die Kommunisten ließen durch Gehlmann ihre Zustimmung erklären. Dem Verlangen der Deutschnationalen, daß es sich in Gruppe VII um Facharbeitsvermittler handeln solle, wurde durch Annahme einer entsprechenden von ihnen beantragten Resolution entgegengekommen; die Dienstordnung fand in der nunmehrigen Fassung eine große Mehrheit.

Zu umfangreichen Erörterungen führte dann die zweite Beratung der Vorlagen betreffend die

Umstellung des Kapitals der Werke.

nämlich der Berliner Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H., der Berliner Städtische Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke-Aktien-Gesellschaft und betreffend die Goldmarkteröffnungsbilanz der Charlottenburger Wasserwerke-G. m. b. H. Das Kapital der Straßenbahn-G. m. b. H. soll auf 15, das der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke-G. m. b. H. auf je 15, 15 und 8 Millionen Goldmark festgelegt werden. Der Haushaltsausschuss hat die Herabsetzung des Kapitals der Straßenbahn-G. m. b. H. auf 10 Millionen empfohlen; die Demokraten beantragten, es bei 15 Millionen zu belassen. Der Führer der D.V.P. v. Egnern vertrat einen Antrag, der darauf hinausläuft, das Kapital bei der Straßenbahn, bei den Gas- und Elektrizitätswerken um 8, bei den Wasserwerken um 3 Millionen zu kürzen. Er verwies diese städtischen Betriebe auf Anleihen bzw. auf die Räumereinfälle. Auch im Interesse der Konsumenten läge es letzten Endes, das Gesellschaftskapital so niedrig wie möglich zu halten. Treffend erwiderte ihm der Kamerader, daß diese Ausführungen heute lediglich theoretischen Wert hätten; sie würden richtig sein, wenn die Stadt wieder Anleihen aufnehmen könne, was zurzeit gar nicht oder nicht genügend durchführbar sei. Die Frage sei, in welchem Umfange für Erneuerungen Geld ausgegeben werden müsse; bei den Elektrizitätswerken sei es in diesem Punkte besonders dringlich. Ob man das Kapital auf 15, 10 oder 8 Millionen normiere, sei eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Dem Konsumenteninteresse werde damit auch gedient, wenn man in diesem Punkte nicht so ängstlich sei. — Michajels (Dem.) war höchst erstaunt, von dem Vertreter der wohl am meisten kapitalistisch eingestellten Partei der Versammlung eine so flammende Rede gegen die Vorteile einer kapitalistischen Wirtschaft zu hören. Den von der Stadt doch nicht aus Liebesmüt geschlossenen Gesellschaften müßte sonst Betriebskapital gegeben werden, daß sie damit arbeiten und leben können. Mit dem frommen, heute nicht realisierbaren Wünschen des Herrn v. Egnern sei heute nichts anzufangen. — Fabian (Dnat.) polemisierte gegen v. Egnern. — Stoll (Komm.) brachte nach den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie den Antrag ein, die sämtlichen Gesellschaften zum frühestmöglichen Termine zu liquidieren und in städtische Regie zu übernehmen. — Gen. Reuter reagierte mit den

theoretischen Ausführungen des Herrn v. Egnern

ab, die darauf hinausliefen, daß diese städtischen Unternehmungen unter keinen Umständen so fundiert werden dürften, daß sie auf eigenen Füßen stehen könnten. Auch der letzte Wennig ihrer Ueberschüsse solle dem Stadthaushalt dienlich gemacht werden, damit man auf diesem Wege unangenehme Steuervorlagen vermeiden könne. Das sei das eigentliche Ziel des Vortrages der D.V.P. In Wirklichkeit denke Herr v. Egnern, wenn er auch das Konsumenteninteresse mit heranziehe, gar nicht an Tarifermäßigungen. Denn hohe Tarife bedeuteten weniger an Steuerzahlung. Um Anleihen aufzunehmen, müsse man die Möglichkeit dazu haben und dazu die Sicherheit, daß nicht Verzinsung und Amortisation teuer zu stehen kommen als die Befreiung der Erneuerungen aus laufenden Einnahmen. Zu einem gewissen Teile werde man ja um Anleihen nicht herumkommen, aber man habe keinen Anlaß, die Belastung von 2 1/2 Milliarden unnötig zu vermehren, sondern solle sich lieber mit den verfügbaren Mitteln

erleichtern. Jedenfalls sei der jetzige Moment der allerungeeignetste zu einem derartigen Vorgehen, wie es der D.V.P. beliebt, denn man habe aus den normalen Verhältnissen der Gegenwart die Konsequenzen zu ziehen. So knapp dürfe man die Gesellschaften nicht halten, daß ihnen die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit ganz genommen wird. (Beifall.) In der Abstimmung fiel der Antrag Stoll-Darr gegen die Stimmen der Kommunisten; auch die Anträge der D.V.P., für welche auch die Kommunisten stimmten, erlangten nur eine schwache Mehrheit, ebenso der Antrag der Demokraten, die Straßenbahn-G. m. b. H. betreffend. Das Kapital für diese wurde auf 10, das der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke-L. G. auf 15, 15 und 6 Millionen Goldmark festgelegt. — Die aus der vorigen Sitzung rückständigen Abstimmungen zum Antrage der Deutschnationalen wegen der Berliner Brennstoff-Gesellschaft hatten folgendes Ergebnis: Der Antrag, ihr sofort die Befugnis zum Betrieb an Private zu erteilen, fiel mit 111 gegen 91 Stimmen; mit noch größerer Mehrheit wurde der zweite Antrag abgelehnt, der verlangte, daß unverzüglich nachgeprüft werden sollte, ob die Notwendigkeit des Fortbestehens der Einrichtung überhaupt noch gegeben sei. Hierauf trat die Versammlung in die zweite Beratung der

neuen Sitzung für die Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin.

Den Hauptstreitpunkt bildete die Zusammenlegung der zentralen Wohlfahrtsdeputation, die nach dem Willen der Ausschussmehrheit aus 3 Magistratsmitgliedern, 2 Bezirksamtsmitgliedern, 17 Stadtverordneten und 7 Bürgerdeputierten bestehen soll, von denen sechs Vertreter der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege sein sollen. Nach der Magistratsvorlage sollten diese sechs vom Magistrat gewählt werden; nach dem Ausschussvorschlag würden sie von der Versammlung zu wählen sein. Mit größter Lebhaftigkeit setzte sich Dr. Salge (S.) für die Beseitigung des letzteren Ausschussvorschlags ein, ebenso Dr. Kaud von der D.V.P.; Frau Rosenthal (Komm.) verworf die ganze freie Wohlfahrtspflege. Genossin Lodenhagen hielt dafür, daß auch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege trotz Dr. Salge politisch orientiert sind; sie trieben in gewisser Beziehung sogar bewußt Politik. Diese Verbände könnten ruhig mitarbeiten, aber die bezüglichen Vorläufe müßten an die Verammlung kommen und diese nach dem Verhältniswahlsystem die Wahl vollziehen. Uebrigens könne von einer freien Wohlfahrtspflege kaum noch gesprochen werden; die Rinderhorte und Rindergärten dieser Verbände wären ohne die städtische Subvention längst nicht mehr. Metten (Dem.): Die Demokraten stimmen für den Ausschuss und lehnen alle Amendements ab. Büroverwalter Dr. Scholtz behauptet, daß in der Zentralarbeitsgemeinschaft durchaus sachlich und ohne Politik gearbeitet werde. Genossin Lodenhagen verwarf auch dem Bürgermeister gegenüber dabei, daß auch in den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege politische Einflüsse wirksam seien; bei der Beratung des Jugendwohlfahrtsgesetzes habe man das mit zu deutlich gemerkt. Nachdem auch noch die Wirtschaftspartei durch Müller-Frauen ihre Gegnerschaft gegen den sozialdemokratischen Standpunkt bezüglich der Wahl der Vertreter der freien Wohlfahrtspflege hatte erklären lassen, war diese annähernd zweistündige Debatte um 1/10 Uhr endlich zum Abschluß gelangt. Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Vorlagen trat um 1/10 Uhr der Schluß der Sitzung ein.

Wie kam es?

Selbstmord, Unglücksfall oder Verbrechen?

Ein unaußgeklärter Todesfall beschäftigt schon wieder die Kriminalpolizei. Auf dem Grundstück Schönhauser Allee 67, einem großen Industriegrundstück, wurde Donnerstagsmorgen um 8 Uhr die 45 Jahre alte Förstnerin Martha Ziomba in ihrer Wohnung an Erbgeloch des zweiten Obergeschosses erschossen oder ihrem Tode aufgefunden.

Der Förstner Ziomba verließ um 7 1/2 Uhr die Wohnung, um die Heizung des Grundstücks zu besorgen. Seine Frau blieb noch zurück. Um 8 Uhr kam der Nachwächter nach der Förstnerwohnung, um nach Beendigung seines Dienstes dort die Waffen abzuliefern. Er übergab Frau Ziomba die Pistole im Kustorraum. Die Waffe wird stets in der Förstnerwohnung an einer bestimmten Stelle aufgehängt und abends dem Wächter wieder ausgehändigt. Bald nach dem Weggang des Wächters, 10 Minuten nach 8 Uhr, kam Ziomba in die Wohnung zurück und fand seine Frau in der Küche neben dem Tisch in einer großen Blutlache ausgebreitet auf dem Rücken tot daliegen. Sie hatte eine Verletzung am Kopfe. Ein Arzt der Rettungswache erkannte die Kopfverletzung als eine

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegeler.

Aber eines Tages zerbrach die Vergangenheit diese Kiesel, und die wohlverwahrten Erinnerungen stürzten hinaus. Rein, nicht stürmisch kamen sie, still, beinahe lautlos tasteten sie eifrig an Elisabeths Herz und hielten eine kurze Spanne seinen Schlag auf. Es war, als wenn am helllichten Tage, draußen jauchzten die Kinder, der Kirschbaum streute seine weißen Blütenblätter durchs offene Fenster, die Sonne bligte auf Messing und Silber, in den feinen japanischen Löffeln rauchte der Tee, und die beiden Elisabeth wie ihr Gast, bückten lächelnd in ein Zeitungsblatt... es war, als wenn in des Lebens lächelndstem Augenblick ein Loter einträte, ein längst verschollener, und mit drohendem Blick Elisabeth zwänge, seine und Ryseds Hand mit der ihren zu einem Schicksalsring zu vereinigen. Der wirkliche Vorgang aber war ganz harmloser Natur.

Zufällig hatte Rysed außer einigen Berliner Blättern auch die Nummer einer Zeitung seines Heimatstädtchens aus der Tasche gezogen. Vergnügt lasen die beiden die Annoncen darin und fanden alle bekannte Namen wieder. Da stieß ihr Blick unten auf der Seite auf einen Namen: Erich Schmudt, genannt von Hellborn, Privatförster in Ruprechtsau. Es handelte sich um eine Holzangelegenheit. Ryseds Finger glitt zuerst darauf und zuckte zurück. Ihrer beider Augen kreuzten sich und gingen, als kennten sie sich nicht, still aneinander vorbei, und jeder stellte fest, daß der andere nicht gewagt hatte, dem Blick standzuhalten.

Rysed ergriff eine andere Zeitung und sagte nach einem Räuspern: „Ich muß doch mal sehen, was heute abend gegeben wird.“

Nach einigen Augenblicken faltete er die Zeitung wieder zusammen: „Ich kann nichts Gefechtes finden.“

„Ich kann ohnehin heute abend nicht ausgehen. Mein Mann will mir etwas diktieren.“

„Kann er sich dazu nicht eine Tippmamsell nehmen?“

„Warum? Ich bin ja froh, wenn ich ihm helfen kann.“

„Eine schöne Hilfe, die jede untergeordnete Person leisten kann.“

„Das wissen Sie ja nicht. Sie sollten meinem Mann lieber dankbar sein, daß er mir erlaubt, ihn so oft allein zu lassen.“

„Ich bin ihm auch dankbar. — Ich bewundere ihn geradezu.“

„Ich sehe Sie nicht so oft allein ausgehen — mit einem Freund.“

„Lieber Herr Rysed, mein Mann kennt mich. Aber Sie kennen mich offenbar recht wenig.“

„Kennen! Man kennt sich ja selbst nicht. Wie sollte man einen anderen kennen? Koch dazu eine Frau.“

„Wenn Sie in diesem Ton fortfahren, werde ich wohl zum letztenmal mit Ihnen ausgegangen sein. Sie dürfen meine Freundschaft nicht auf eine zu harte Probe stellen.“

„Soll das eine Verabschiedung sein?“

„Was es sein soll, hängt ganz von Ihrem Benehmen ab. Nun seien Sie mal vernünftig und lassen den ungebärdigen Jungen tüchtig bei den Ohren.“

„Ich kann nicht!“ erwiderte er plötzlich ausbrechend. „Ich will's auch nicht mehr. So lange man neben Ihnen hertrabt wie ein getreuer Pudel, ist alles schön und gut. Aber ich bin keine Hundennatur. Auch meine Freundschaft darf man nicht auf eine zu harte Probe stellen.“

Angst, Traurigkeit rannen plötzlich wie durch zerprungene Wände in Elisabeths Herz. Aber dann sagte sie sich wieder und streckte ihm mit einem Lächeln die Hand entgegen.

„Hören Sie — ich habe meinen Mann, den ich lieb habe, ich habe meine Kinder, und doch fühle ich mich nicht reich genug, daß der Verlust unserer Freundschaft mir nicht weh täte. Und Sie — sind Sie mit menschlichen Beziehungen so reich gesegnet, um unser Freundschaft leichtsinnig aufs Spiel zu setzen?“

„Es gibt keine Freundschaft zwischen Mann und Frau! Ich bin gestern die halbe Nacht durch den Tiergarten gelaufen. Die Bäume rauschten. Die Kastanienbäume — erinnern Sie sich an unsere Kastanienbäume? — hoben ihre weißen Blüten wie Liebesfäden aus dem Dunkel. Neben dem Mond stand jener einsame große Stern. Die Luft war so weich, so weich... wie damals! Erinnern Sie sich, Elisabeth?“

„Ich erinnere mich nicht.“, verfezte sie hart. „Für mich gibt's keine Vergangenheit.“

„O wirklich? Welch eine Blasphemie! Ich sage Ihnen, es gibt nichts als Vergangenheit und Zukunft. Die beiden sind verkettet durch ein unlösbares Band. Was ist die Zeit? Das Maß unseres Gefühls. Ein Jahr, zehn Jahre bedeuten nichts — bedeuten gestern, wenn unser Gefühl es so will. Elisabeth.“

„Das alles mag sein. Aber ich — ich will nicht. Ich will an die Vergangenheit nicht erinnert sein, verstehen Sie! Ich will nicht!“

Er atmete tief, als fage er mollig diese in Erregung bebende Stimme in sich ein. Die Leidenschaft hatte alle

Schatten seiner Züge vertieft, das ganze Blut schien aus dem blaffen Gesicht in die Rippen zusammengedrückt. Seine Haltung war die eines hingebenden Glückes und verriet doch lauernde Geilpantheit, und das funkelnde Schwarz seiner Augen strahlte eine wilde Herausforderung aus.

„Sagen Sie noch einmal: ich will nicht!“ flüsterte er.

„Warum?“

„Es klingt so berauschend. Es gibt keinen süßeren Kampfruf als dies: Ich will nicht! einer Frau.“

„Als hätte eine plumpe Hand alle lieblichen Bilder der Zukunft ausgelöscht, wurde es einen Augenblick dunkel in Elisabeth. Aber rasch blühte sie wieder auf und sah Rysed gelassen an:

„Also, wenn Sie nicht anders wollen, dann erinnern Sie mich. Sprechen Sie von der Vergangenheit! — Ich höre.“

„Sie haben eine Art...“ murmelte er.

„Wie denn? Ich sage Ihnen, daß ich nicht erinnert sein möchte. Das fassen Sie als eine Lodung auf. Ich tue Ihnen den Willen. Nun scheinen Sie beleidigt. Ist es nicht so?“

„Wahr! Wahr! Aber eine Frau lügt nie abgründlicher als wenn sie die Wahrheit sagt.“

„Könnte ich ihm doch die Wahrheit sagen! durchfuhr es sie. Könnte ich ihm sagen, daß ich ihm alles Glück, alle Liebe... meiner Schwester wünsche. Und sie suchte noch klug und zart andeutenden Worten.

Währenddem hing sein Blick an dem unter den letzten Lächeln halb beschatteten Stücken ihres Haares, an der weichen Rundung ihrer Wangen. Es war noch etwas anderes als Begierde, was dieser Anblick erregte. Es war die Vorstellung einer unjagbar süßen, einer fast unentdeckten Unschuld, die in ihm erweckt wurde und die das Gefühl seiner eigenen Zerissenheit noch steigerte. Aber unbewußt gegen diese Empfindung sich wehrend, erhob er die alte Anklage gegen sie, pochte auf das Recht des unbefriedigten Gläubigers, in dieser Verwechslung des herrlichen Mannes, der in seinem leidenschaftlichen Verlangen zugleich sein Recht sieht.

„Die Vergangenheit scheint sich doch nicht wegestamptieren zu lassen, Frau Hoff. Wir werden wohl von ihr sprechen müssen. Ob wir wollen oder nicht. Die Vergangenheit will es. — Gestern war alles mit so unsinniger Gewalt wieder lebendig in mir. Und heute — eben stoßen wir auf ihn, den dritten im Bunde. Zufall sagen Sie. Aber der Zufall ist eine Karte, die manchmal entscheidet. Sprechen wir von ihm! Hellborn-Schmudt, wie er sich jetzt wieder zu nennen scheint. Haben Sie je wieder von ihm gehört?“

(Fortsetzung folgt.)

Schuld und. Weil man ein Verbrechen nicht für ausgeschlossen hielt, wurde die Kommission benachrichtigt. Die Ermittlungen ergaben zunächst, daß ein Selbstmord ausgeschlossen erscheine. Ob es sich um ein Verbrechen handelt, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Wahrscheinlich aber liegt ein Unglücksfall vor. Als man die Leiche etwas anhub, fand man unter ihr auch das Futteral der Pistole. Frau Klomba hat wahrscheinlich, während sie noch damit beschäftigt war, sich das Haar zu machen — Haarwuscheln und Lockenwickler lagen noch auf dem Tische — die Pistole die ihr der Wächter übergeben hatte, aus dem Futteral herausgenommen und daran unvorsichtig herumhandelt. Es ist trotzdem nicht ausgeschlossen, daß auch ein Verbrechen vorliegt. Die Kommission hat auch noch der Richtung alle Maßnahmen getroffen. Die Leiche wurde zur Obduktion beschlagnahmt.

Der große Coup.

Ein raffiniertes Betrugsmanöver aus der Inflationzeit.

Mit außerordentlichem Schaffsin hat der Bankangestellte Max Unger einen großen Aktienbetrag durchgeführt. Unger hatte sich vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte wegen seiner Straftat, die seinerzeit großes Aufsehen erregt hat, zu verantworten. Der Angeklagte ist der echte Typus der Inflation- und Spekulationsblitzzeit.

Solange das Spekulationsfieber währte, lebte er auf höchstem Fuße. Die Mittel dazu gewährten ihm Aktien, die er als Bankangestellter von seinen Eltern und Freunden zur besten Verwertung überantwortet erhalten hatte. Teils wurden diese Werte leichtsinnig verpfändet, teils aber auch verrentet. Durch sein großzügiges Döken war er in den Ruf gekommen, ein reicher Mann zu sein. Daher trat, als es zum Abbau kam, ihn auch in erster Reihe das Los der Kündigung. Dadurch geriet er in eine arge Bedrängnis, weil er gewärtigen mußte, beim Ausscheiden aus dem Bankhaus seinen Auftraggebern Rechenschaft über die Aktien zu geben. Er beschloß nun, einen großen Schlag zu machen, und den führte er mit seltenem Raffinement aus. Zunächst beschaffte er seine Fiktion vor. Dazu beschaffte er sich die Personalien eines anderen Bankangestellten namens Otto Rehs und ließ sich dann unter dessen Namen einen Auslandspaß ausstellen, der mit seiner eigenen Photographie versehen war. Er wußte aus seiner Tätigkeit in der Depotabteilung, daß ein Major D. aus Elberfeld ein großes Aktiendepot bei der Bank hatte, unter dem sich für 1,2 Millionen Elberfelder Farbakten befanden. Aus der Registratorin erwarb er schließlich einen Briefbogen des Majors und ließ sich nach diesem Muster in einer kleinen Druckerei 50 Bogen nachmachen. Mit einer Schreibmaschine der Bank gab er den Auftrag, das Aktienpaß zu verkaufen und 120.000 Mark telegraphisch auf das Konto des „Grundstückmatters“ Otto Rehs in Elberfeld bei dem dortigen Bankhaus Heydt zu überweisen. Ehe er den Brief herausgab, nahm er einen Tag Urlaub, fuhr mit dem Nachtzug nach Elberfeld und richtete bei dem dortigen Bankhaus ein Konto auf den Namen Otto Rehs ein. Dann kehrte er zurück und wartete ab, bis der gefällige Auftrag richtig ausgeführt war. Nun nahm er seine Entlassung, angeblich, um eine neue Stellung in Dresden anzunehmen, fuhr aber nach Elberfeld zurück, erhielt den Betrag, fuhr nach Köln und wechselte sich dessen ein. Er fühlte sich so sicher, daß er es wagte, nochmals nach Berlin zurückzuführen, und erst dann schickte er nach Paris. Zunächst ließ er sich standesgemäß ein, kaufte sich einen großen Schrankkoffer, in dem später neun neue Anzüge, seidene Unterwäsche und 23 neue seidene Kravatten gefunden wurden. So ausgerüstet begab er sich zur Erholung nach Biarritz, wo er häufig das Kasino besuchte und in kurzer Zeit 5400 Goldmark verpielte. Dem Berliner Kriminalkommissar Treutin gelang es aber durch einen Trick, den Debitorkonten nach Paris zu lokalisieren und durch glückliche Zusammenarbeit mit französischen Kriminalisten ihn bereits in Orleans aus dem Biarritz-Expreß heraus zu verhaften und den völlig übermüdeten zu einem Geständnis zu bringen. Er hatte schon alles vorbereitet, um von Marseille nach Südamerika auszuwandern. Vor Gericht war er im vollen Maße geständig. Das Gericht verurteilte Unger wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Die Unfälle im Filmmaterial-Grünewald.

Von der Deutschen Filmgewerkschaft wird uns geschrieben: „Der Unfall, der sich kürzlich im Filmmaterial-Grünewald, Brunowald, zugetragen hat, veranlaßt uns, dieses Atelier etwas näher in Augenschein zu nehmen. Die Trianon-Filmgesellschaft hat durch die bekannte Geldangelegenheit der Wohnstätten G. m. b. H. von sich reden gemacht. Das Atelier steht wegen dieser Angelegenheit unter staatlicher Aufsicht. Trotzdem sind die Zustände dort die gleichen geblieben wie vorher, wenn nicht schlimmer geworden. Im Laufe der Zeit haben sich in diesem Atelier teils schwere, teils leichte Unfälle zugetragen. In der Zeit vom 1. Januar 1925 bis 10. Februar 1925 allein fünf. Alle diese Unfälle sind lediglich auf Uebermüdung und rücksichtslose Antreiberei gegenüber den Angestellten, sowie auf schlechtes Material zurückzuführen. Bei einem Unfall mußte erst der Verbandschrank aufgedrückt werden, da kein Schlüssel vorhanden war. In einem anderen Falle war überhaupt kein Verbandzeug vorhanden. Bei einem dritten schwereren Unglücksfall lag der Verunglückte über eine Stunde, ehe er wegtransportiert wurde. Da muß man die Frage aufwerfen: „Welches sind die Ursachen dieser häufigen Unfälle?“ Die Firma Trianon stellt mit Vorliebe ungeübte Leute auf Anfrage ein, den Facharbeiten nach dem Deutschen Filmgewerkschaft, von dem nur geübtes technisches Personal vermittelt wird, benutzt sie nur in ganz seltenen Fällen. So wurden kurz vor dem Unfall am Montag, den 2. Februar 1925, vier Bedienten, welche vom Arbeitsnachweis der Deutschen Filmgewerkschaft bezogen wurden, nach einer dreistündigen Tätigkeit wieder entlassen, weil die Firma, nach Angabe des Oberbeleuchters Schachtmeister, der 2. Sohn zu hoch wäre. Für diese vier wurden einige Berufsfremde eingestellt, die sich der Firma wesentlich billiger angeboten hatten. Es wird also nicht auf Kenntnisse Rücksicht genommen, sondern lediglich auf billige Arbeitskräfte. Die Folge davon sind dann solche Unfälle. Um trotz niedriger Löhne doch auf ihre Kosten zu kommen, versuchen nun die Angestellten durch Besten von Ueberstunden, ja sogar durch Nachtarbeit, ihre Löhne aufzubessern. Sechsendreißig Stunden hintereinander zu arbeiten, gehört nicht zu den Seltenheiten in diesem Atelier. Keiner dieses Ateliers ist Herr Straube, der in der Arbeitnehmerschaft der Filmindustrie genügend bekannt ist.

Gründung einer Freibad-Wannsee-G. m. b. H.

Das Freibad Wannsee war bis zum 31. März 1924 verpachtet. Es empfahl sich nicht, den Pachtvertrag zu verlängern, weil Verhandlungen mit dem Verband der Freibadvereine schwebten, der die Anlagen pachtweise übernehmen und auch baulich erneuern wollte. Die Verhandlungen haben sich aber in letzter Stunde zerlegt, so daß die Stadt die bauliche Erneuerung selbst in die Hand nehmen und für anderweitige Betriebsführung sorgen mußte. Nachdem die Pachtverträge bis auf unwesentliche Ergänzungen fertiggestellt sind, hat der Magistrat beschlossen, zur Verwirklichung des Freibades die Gründung einer städtischen Gesellschaft m. b. H. vorzuschlagen zu sollen. Er verfolgt mit dieser Einrichtung den Zweck, dem Freibad eine möglichst beweisliche Betriebsführung zu geben, wie sie sich bei anderen städtischen Anlagen mit Erfolg bewährt hat. — Das Stammkapital der Gesellschaft soll fünfzigtausend Reichsmark betragen. Hierbei gilt eine Reichsmark 1/100 Dollar nordamerikanischer Währung. Die Stammeinlagen sind sofort in bar einzuzahlen.

Heinrich Ritz, der Leiter des Berliner Volkstheaters und des Berliner Hamlets, bietet das Thema eines Selbstmordvortrages, den Dr. Aber Kellborn Montag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula Georgenkl. 30 (nahe Bahnhof Friedrichstraße) hält. Ritz will kein Erscheinen für den Abend zugesagt und wird selber das Wort ergreifen.

„Mein Haus ist dein Haus!“

Ein Bild aus dem Leben des neuen Heilands Häußer.

Zu welchen eigenartigen Mitteln jener in der Inflationzeit ausgetretene „Apostel“ und „neue Heiland“ Häußer griff, um sich bei seinen Anhängern in Respekt zu setzen und sich auch interessant zu machen, kann man aus einer Verhandlung vor der Berufungskammer des Landgerichts II erkennen. Es stand eine Berufung des Häußer-Anhängers Bildhauer Ludwig Rau zur Entscheidung.

Am Nachmittag des 29. Oktober 1923 zog Häußer, der gerade wegen Haftfähigkeit aus dem Gefängnis in Oldenburg entlassen worden war, mit einer Schar seiner Anhänger vor das Haus eines seiner früheren Anhänger, namens Kiel in der genossenschaftlichen Obstbaukolonie Eden bei Dranienburg und beehrte Einlaß. Im Hause war nur die Wirtschafterin Reuber anwesend, die den Einlaß verwehrt, obwohl Häußer ihn unter Drohungen laut verlangte. Einer der eifrigsten Anhänger Häußers, der Bildhauer Ludwig Rau, kletterte schließlich durch ein offenes Fenster vom Hof aus in das Haus, öffnete die Tür und gewährte Häußer und seinen Anhängern Einlaß. Rau war infolgedessen wegen Hausfriedensbruchs vom Amtsgericht Dranienburg zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Rau behauptete vor Gericht, daß er gutgläubig eingestiegen sei, denn das Haus sei sozusagen Häußer von Kiel vermacht worden. Kiel habe wiederholt gesagt: „Mein Haus ist dein Haus.“ Nach den Konsequenzen der Häußer-Lehre sei es selbstverständlich gewesen, daß das Haus damit der Häußer-Partei gehöre, denn jedermann habe Hab und Gut für die Partei zu opfern. Das Grundbuch spiele bei einer solchen Eigentumsübertragung für ihn keine Rolle. Ueber derartige materielle Dinge habe er als Häußer-Anhänger seine eigene Auffassung. Die Zeugin Reuber schilderte den Vorgang aber wesentlich anders. Kiel und sie seien schon längst aus der Häußer-Partei ausgeschieden gewesen. Als der Zug mit Häußer an der Spitze vor dem Hause erschien, habe Häußer laut geklopft und gerufen: „Helene Reuber, mache auf, der Häußer ist da!“, wobei die Anhänger den Ruf wiederholten. Sie habe geantwortet: „Kein, ich öffne nicht.“ Nach einigem Hin und Her rief Häußer: „Wenn du nicht aufmachst, schneide ich dir den Hals ab.“ Plötzlich erschien Rau, der durch das geöffnete Fenster eingedrungen war, von hinten und öffnete die Tür. Häußer stürzte wie eine wilde Bestie auf sie zu und habe sie, so befandete die Zeugin, unter den fürchterlichsten Flüchen mit den Fäusten auf den Kopf, ins Auge und in die Ohren geschlagen, habe sie gewürgt und von einer Ecke in die andere gestoßen. Häußer habe genau bemerkt, daß Kiel mit der Partei fertig war. Es sei deswegen ein Briefwechsel hin- und hergegangen, in dem kein Zweifel über ihre Abkehr gewesen sei. Schon einmal sei Häußer zurückgewiesen worden, als er das Haus besetzen und zur Parteizentrale hatte machen wollen. Kiel habe alles geupfert, so lange er an die Wahrheitsliebe und den Edelmut Häußers glaubte. Jetzt besitze er nur noch das Haus und obendrein Schulden. Der Zeuge Kiel bestätigte diese Angaben. Allerdings habe er früher gesagt: „Mein Haus ist dein Haus.“ Voraussetzung dafür war aber die engere brüderliche Gemeinschaft. Nach längerer Beweisaufnahme kam das Gericht zu einer Verurteilung der Berufung. Für Häußer wird der Vorfall noch ein gerichtliches Nachspiel in einem besonderen Strafverfahren haben.

Ein Drittel Konfekt, zwei Drittel Sand.

Den „Vertreter“ einer bekannten Konfektfabrik spielte seit 14 Jahren ein Schwindler, der jetzt endlich unschädlich gemacht wurde. In keinen Geschäften, Milch- und Gemüsehändlungen und dergleichen, an die diese Fabrik nicht unmittelbar abgibt, erschien ein Mann, der trotzdem, wie er sagte, auf Grund von guten Beziehungen, Schokoladen, Konfekten usw. in größeren Mengen anbot. Seine Preise waren erheblich billiger als die Großhändlerpreise. So kauften die Leute gern von ihm. Aber nur einmal, denn wenn sie die Kisten öffneten, so fanden sie zwar eine oder zwei Schichten der besten Fabrikate, darunter aber nur Holzwerk und Sand, der zur Erreichung des erforderlichen Gewichtes beigeigelt worden war. Alle Maßnahmen, den solchen Vertreter zu fassen, blieben erfolglos. Jetzt traf ihn ein betropener Geschäftsmann im Wartesaal 4. Klasse des Anhalter Bahnhofes und ließ ihn festnehmen. Er entpuppte sich als ein 35 Jahre alter früherer Geschäftsfreier Heinrich Müller, der sich wohnungslos in Berlin aufhielt.

Vier große und sechs kleine Teppiche. Einen reißenden Beulezug machten Eindrehler, die einer Witwe in der Königsallee einen Besuch abstatteten. Sie stiegen über das Gitter des Vorgartens, beschmierten einen großen Fensterschloß mit Seife, warfen diesen mit einem Stein ein und stiegen so in die Wohnung. Ihr Beulezug galt hauptsächlich wertvollen Teppichen. Vier große und sechs kleinere rollten sie ein und nahmen sie mit. Angehört und unerkannt sind sie entkommen.

Tragödie auf einem Münchener Maskenfest. Auf einem Münchener Maskenfest ereignete sich ein tragischer Unfall. Ein Teilnehmer, der in ardentischer Tracht als Farmer dem Fest beizuwohnte, richtete im Scherz einen Revolver, von dem er angenommen hatte, daß er entladen sei, auf eine Dame und drückte ab. Ein Schuß ging los und traf die Dame, die tödlich verletzt zusammenbrach. Die Kugel traf noch eine zweite Person, welche leicht verletzt wurde. Der Täter, ein junger Landwirt, wurde verhaftet.

Zu 308 Jahren Gefängnis verurteilt. In Nabal-Morel in Spanien wurde ein Staatsbeamter zu einer Gefängnisstrafe von 308 Jahren verurteilt. Dies Jahr stellt keinen Rekord dar, da derselbe Gerichtshof kürzlich vorlier den Bürgermeister des Ortes Lamayon wegen Amtvergehen zu einer Strafe von 396 Jahren Gefängnis verurteilte.

Better für Berlin und Umgebung. Etwas lächer. Veränderte Bewältigung mit einzelnen leichten Kopfschmerzen und leichten schmerzhaften Winden. — Für Deutschland. Hebräer etwas Müdigkeit, besonders im Westen und Norden. Einzigweilige Regen.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 13. Februar. Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30—8 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40—8.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). 6.40 Uhr abends: Handel. Fritz Langstadt: Formen der Kapitalbeteiligungen. 4. Vortrag. „Genossenschaften“. 7.30 Uhr abends: Medizin. Prof. Dr. Lewandowski: „Die körperliche Erziehung der Jugend“. 4. Vortrag. „Besondere Leibesübungen für die Schuljugend“ (Schwimmen, Laufen, Rudern). 8 Uhr abends: Landwirtschaft und Gartenbau. Abteilung Gartenbau. Dr. Ebert: „Der Obstgarten“ (I. Teil). 8.30 Uhr abends: Wagner-Abend. Dirigent: Dr. Wilhelm Buschhütter. 1. Ouvertüre zu „Lohengrin“. 2. Loges Erzählung aus „Rheingold“ (Paul Stieber-Walter, Berl. Staatsoper, Tenor). 3. Euch Lützen, aus „Lohengrin“ (Faany Cleve, Große Volksoper, Berlin, Sopran). 4. Feierlicher Zug zum Münster, aus „Lohengrin“. 5. Szene im Brautgemach, aus „Lohengrin“ (III. Akt) (Faany Cleve und Paul Stieber-Walter). 6. Trauermarsch, aus der „Götterdämmerung“. Orchester: Mitglieder des Orchesters der Großen Volksoper. Anachabend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsangabe, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterrundschau.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Anträge sind: Berlin, S. W. 62, Lindenstraße 2. Kreis an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen (Bezirksgruppe Berlin) Sonnabend, den 14. Februar, 6 Uhr, Sitzungssaal der Bezirksverordnetenversammlung, Jorkstraße 11, Vortrag des Genossen Rektor Simon, M. d. C.: Die Schulpolitische Lage. Der Vorstand: Dr. Witte.

6. Kreis. Parteikonferenzen. Übung am Freitag, den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.

7. Kreis Charlottenburg. Jeden zweiten Sonntag im Monat im Jugendheim, Rosenstr. 4, 2. 1. Etz., Sprach- und Rollenspiele der „Freien Schülervereine“. Mündlich Rollenspiele in allen Schulformen. Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine Charlottenburg. Am Sonntag, den 13. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Bismarckstr. 30, hiesigen Arbeitervereins, sind nach Karren bei der Gewerkschaft, Am Bahnhof Strand 2, zu haben.

Heute, Freitag, den 13. Februar: 10. Abt. Mündlich 8 Uhr in Schmidt's Geschäftsgebäude, Friedrichstr. 106, Lichtbildvortrag: Die Einwirkung der Röhre und ihre Anwendung im Bergbau. Ref.: Gen. Otto Roth. Genossen und Genossinnen aus anderen Abteilungen des Kreises sind eingeladen. 11. Abt. Mündlich, Gruppe Köpenick. 7 1/2 Uhr Vortrag: „Grundlagen der Ernährung“.

Morgen, Sonnabend, den 15. Februar: 12. Abt. Mündlich, 8 Uhr wichtige Funktionärskonferenz bei Quandt, Wallstraße 11. 13. Abt. Mündlich, 7 1/2 Uhr Mittelschulversammlung im Jugendheim, Friedrichstr. 106, Vortrag des Gen. Schulte über: Das deutsche Volkstheater. — Anschließend gemütliches Beisammensein mit Kassa. 14. Abt. Mündlich, Mündlich, 7 1/2 Uhr, treffen sich am Sonntag früh 10 Uhr im Jugendheim, Köpenicker Str. 10, treffen sich am Sonntag früh 10 Uhr zu einer Versammlung bei Reich, Köpenicker Str. 10, Ref.: Gen. Wilhelm G. H. G., die hiesigen Ortsgruppen zur Vorbereitung des 15. Lebensjahres.

Wichtig, Jugendgenossen und -genossinnen! Am Sonntag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr mündlich im Jugendheim, Lindenstraße 2: Nebensache von Vorkäufungen für die Frühlingstier. Jede Abteilungsgruppe muß vertreten sein.

Wichtig, Abteilungsleiter! Heute von 5—7 Uhr Abrechnung der Parteizentralen. (Abteilungsleiter!) Der Parteizentralen ist Hilfe. Der Parteizentralen soll morgen, Freitag, aus. Beistellung an dem Vortrag Kulturhistorisch. Treffpunkt: 8 Uhr in der Schule Tempelhofer Weg.

Heute, Freitag, den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr: 15. Abt. Mündlich, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Rosa und die Welt“. 16. Abt. Mündlich, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 17. Abt. Mündlich, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 18. Abt. Mündlich, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 19. Abt. Mündlich, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 20. Abt. Mündlich, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. 1. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 2. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 3. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 4. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 5. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 6. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 7. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 8. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 9. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 10. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“.

Der Arbeiterverein für Arbeiter und Arbeiterinnen. 1. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 2. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 3. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 4. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 5. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“.

Arbeitersport.

Freie Schwimmer. 1. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 2. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 3. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 4. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 5. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“.

Briefkasten der Redaktion.

1. Brief. 2. Brief. 3. Brief. 4. Brief. 5. Brief. 6. Brief. 7. Brief. 8. Brief. 9. Brief. 10. Brief. 11. Brief. 12. Brief. 13. Brief. 14. Brief. 15. Brief. 16. Brief. 17. Brief. 18. Brief. 19. Brief. 20. Brief. 21. Brief. 22. Brief. 23. Brief. 24. Brief. 25. Brief. 26. Brief. 27. Brief. 28. Brief. 29. Brief. 30. Brief. 31. Brief. 32. Brief. 33. Brief. 34. Brief. 35. Brief. 36. Brief. 37. Brief. 38. Brief. 39. Brief. 40. Brief. 41. Brief. 42. Brief. 43. Brief. 44. Brief. 45. Brief. 46. Brief. 47. Brief. 48. Brief. 49. Brief. 50. Brief. 51. Brief. 52. Brief. 53. Brief. 54. Brief. 55. Brief. 56. Brief. 57. Brief. 58. Brief. 59. Brief. 60. Brief. 61. Brief. 62. Brief. 63. Brief. 64. Brief. 65. Brief. 66. Brief. 67. Brief. 68. Brief. 69. Brief. 70. Brief. 71. Brief. 72. Brief. 73. Brief. 74. Brief. 75. Brief. 76. Brief. 77. Brief. 78. Brief. 79. Brief. 80. Brief. 81. Brief. 82. Brief. 83. Brief. 84. Brief. 85. Brief. 86. Brief. 87. Brief. 88. Brief. 89. Brief. 90. Brief. 91. Brief. 92. Brief. 93. Brief. 94. Brief. 95. Brief. 96. Brief. 97. Brief. 98. Brief. 99. Brief. 100. Brief.

Alle Programme
Unterhaltung
Bastelkreis
Abonnementsbestellung durch jeden Briefträger

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
6 Uhr: Tannhäuser
Opernhaus
am Königsplatz
5 Uhr: Fiedermaus
Schauspielhaus
7: Prinz v. Homburg
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Von morgens
bis mitternachts
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Wer weint
um Juckenack?
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr
Die heilige Johanna
So. mit nachm. 3 Uhr
Alt-Heidelberg
Kammerspiele
7 1/2 Uhr
Die Stützen
der Gesellschaft
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Frühlingserwachen
Die Komödie
Karlstadtstr. 10/11
7 1/2 Uhr
Sechs Personen
suchen
einen Autor
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Die deutschen
Kleinstädter
Fischer u. d. Theaterstr. Nr.
5 1/2 Uhr: Wir lassen
uns scheiden
Komödienhaus
6 Uhr: Heimliche
Brautfahrt
Berliner Theater
7 30 Uhr:
Anneliese v. Dersau

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die
versunk. Glocke
Deutsches Opernhaus
um Gedächtnis von
Wagners Todestag
6 Uhr: Parsifal
Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza
Neues Th. am Zoo
Täglich 8 Uhr
Wild-West-Mädel
Th. in Kommand. Str.
Täglich 8 Uhr:
Molly Weasley in
Die Frau ohne Kopf
5 1/2 Uhr: Frau Nadeshda

Residenz-Th.
Heute 8 Uhr:
Eine
galante
Nacht
Deutsch-Künstlerhaus
Tägl. 8 1/2 Uhr:
„Riquette“
Operette von Oscar Straus
Lustspielhaus
4 1/2 Uhr: Cello Taktus
3. Walter Jakob
Operettenhaus
im Schlosspark
8 1/2 Uhr:
Die verzaubte Frau
Wallner-Theater
8 Uhr:
Pellissier und Melisande

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell
Casino-Theater
Lützow-Str. 17 1/2 Uhr: 4 Uhr:
Der neue
Schlager
Graf Koks
Posse in 3 Akten
Gänzlich neu f. Berlin!
Volkstümliche Preise!

Novitäten-
Spielplan
Sonntags 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Rudow-Geländebühne
Ernst
Friedrich
spricht
im Rathaus
Dichtungen von
Toller, Mühsam,
Dehmel u. a.

**Komische
Oper**
8 Uhr
Direktion: James Klein
**Unsere
Revue:**
Das hat die Welt
noch nicht gesehn
mit über 250 Mitwirkenden
Die Sensation des
Berliner Theaterlebens!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
jeder Erwachsene 1 Kind frei
zu halben Preisen
(50 Pf. bis 6 Mk.)
Verkauf ununterbrochen!

Apollo-
Theater
8 Uhr
Revue-Posse
Das lachende Berlin
über 150 Mitwirkende,
Ganz kleine Eintrittspreise
Parkett 2,50 Mk.

Reichshagen-Theater
Abend 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Steiniger Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.
Dönhoff-Brettli:
Familien-Varieté
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

ATA
HENKEL'S SCHEUERPULVER

Ein Radiofunk ist einpassiert
Vom Engel, der den Mond poliert:
Für Ata-Sendung besten Dank,
Jetzt putzt er sich noch mal so blank!
Ata putzt alles blitzblank!

Ein Radiofunk ist einpassiert
Vom Engel, der den Mond poliert:
Für Ata-Sendung besten Dank,
Jetzt putzt er sich noch mal so blank!
Ata putzt alles blitzblank!

**METROPO
VARIETE L.**
8 Uhr
International
Varieté-
Spielplan
Mauxion,
Sarrailh, Trumpl,
Ranz, Kerschell usw.
Rafas, Bonbon, et
Kusumali, I. Oberster,
Bongev-Fier, Stamp
im Orakhandlung
Strecke, Stralauer
Str. 3, am Mollan

Neue Welt
Arnold Scholz : Hasenheide 100/114
Täglich
Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen
8 Kapellen — neue Dekorationen
30 bayer. Madl
Bergschloß-Bockbier
Jeden Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag
Großer Alpenball
Einst. Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 3 Uhr
Ant. Wochent. 7 Uhr, Sonnt. 4 Uhr
Für Sonn. bend. 14. Febr. 1928 sind
sämtliche Eintrittskarten
ausverkauft.
Vorspiel! Sonntag, Gr. Alpenball
den 18. Februar 1928

Artikel zur Bockbierfeste
Karneval- und Vereinsartikel
Tombola-Gewinne,
-Lose und -Nieten
Pohl & Weber Nachflg.
Spittelmarkt 4/5 I
Verlangen Sie Preisliste Nr. 8

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntags nachm. 3 Uhr
Elie - Sänger.
Der Gipfel des Humors!
Die Buxe der Pandara!
Volkstümliche Preise.

Kekert, Charlottenburg,
Spreestraße 34.
Prima Hafer Zfr. 11,50
Hühner-Eckfutter Zfr. 12,00
Ja Wicken Zfr. 12,50
Gerstenschrot Zfr. 15,00
Muschelkalk Pfd. 10 Pf., 5 Pfd. 46 Pf.
Hantf b. 10 Pfd. 23 Pf.
Hirse b. 10 Pfd. 32 Pf.

**6 Vorträge über
Frauenleiden**
mit etwa 100 Lichtbildern
für Frauen und Mädchen über 16 Jahre
von **Oskar Völfer**
Direktor der seit 18 Jahren bestehenden Berliner
Volks-Erziehungsanstalt, Spezialanfall für Frauen-
leiden ohne Operation
Berlin N., Invalidenstr. 130 (Stettiner Bahnhof).
Freitag, 13. Febr., Döllners-Festl., Schwedter Str. 23.
Montag, 16. Febr., Bodstrasser, Schanferstr. 64.
Dienstag, 17. Februar, Drehtische mit Berlin,
Blumenstraße 10.
Mittwoch, 18. Febr., Union-Festl., Greif-
swalder Straße 222.
Donnerst., 19. Febr., Wanders-Festl., Wandersstr. 21.
Freitag, 20. Februar, Boccassa-Säle, Weihensee,
Berliner Allee 211/13.

Warum sind so viele Frauen unterleibskrank?
Wodurch entstehen Unterleibsleiden wie Katarrhen, Blut-
Verunreinigungen, Entzündungen, Gefühlsstörungen?
Welche Ursachen haben Rückenschmerzen, Schmerzen tief im
Kreuz, sowie Schmerzen im Leib und in den Seiten?
Wodurch entstehen innerliche und äußerliche Verunreinigungen
und welche Krankheiten können daraus entstehen?
Wie entstehen Gichtleiden und welche Folgen haben
dieselben für das weibliche Geschlecht?
Wie erzielt man eine leichte und schmerzlose Entbindung?
Wie verhütet und wie heilt man Frauenleiden möglichst
ohne Operation?
Eintritt 60 Pf. bis 1 Mk. einschl. Steuer.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Nach jeder notwendigen Anzahl zählt die Anzahl mit zu den größten Heilkräften Deutschlands
für operationelle Behandlung von Frauen-
leiden. Die Behandlung von Frauenleiden erfolgt
in der Anstalt mit a. Verabreichung, b. Wärme-
Bäder, c. Massage, d. Durchdringung innerer Organe,
e. andere der Unterleibsorgane, f. Gichtleiden, g. Hämorrhoiden,
h. Mastdarmleiden, i. Vaginitis und Gonorrhoe; außer-
dem besitzt die Anstalt ein eigenes Heilgymnastie-
Institut.
Im Monat März finden dieselben Vorträge über Frauen-
leiden mit Lichtbildern aus 100 Vorträgen statt.
Sprengelstr. 10 bis 12 u. 4 bis 7, Sonnabends bis 6 Uhr.
Donnerstags und Sonntags geschlossen.

Ausschneiden! Aufheben!

**Riesenzulauf
in unseren
Dr. Scholl
Abteilungen**

und warum?
Weil wir nicht für alle Fussleiden ein Universalmittel nach der
Schablone verabfolgen, sondern jeden einzelnen Fall
wissenschaftlich und gründlich untersuchen und je
nach dem Befund das richtige Heilmittel verabfolgen.

**Dr. Scholl's
Fuß - Pflege - System**
hat für jedes Fussleiden wirksame Heilbeife, welche der
besonderen Eigenheit und dem Leidenszustand individuell
angepasst worden. Kommen Sie deshalb zu uns, wir bieten
Ihnen in unseren sämtlichen Filialen völlig

Kostenlos
und unverbindlich für Sie
Ärztliche und fachmännische Beratung.
Sprechstunden ununterbrochen von 9-7 Uhr abends.

Jerusalemstr. 32-38
Potsdamer Str. 2
Tauentzienstr. 19a
Wilmsdorfer Str. 46
Friedrichstr. 75
Ecke Jägerstr.
Königsstr. 25-29
Chausseestrasse 114-88

Stiller
Hauptvertriebsstelle und Zentraldepot für Gross-Berlin

Arbeiterbaugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin
E. G. m. b. H.
Gold-Eröffnungsbilanz am 1. April 1924

Vermögen	Schulden
Gebäude-Konto 1-6 109.000,-	Hypothekenschuld-Konto 37.843,-
Grundstück-Konto 1-6 13.100,-	Geschäftsanteil-Konto 27.025,-
Inventory 1,-	Sparfonds-Konto 19.018,-
Außenstehende 195,-	Darlehens-Konto 6.249,-
Forderungen 30.000,-	Schuldverrechnung 1.486,-
Gebäude-Konto 30.000,-	Geldentwertungsausgleich sowie
Grund und Boden ungebaut 23.600,-	Verpflichtungen aus Bankkosten-
Kassa-Konto 1.486 19	zuschüssen 66.488 10
	Reservefonds (ges.) 10.193 --
	Allgem. Ausgleichsfonds 832 00
	Sa. 196.652 19
	Sa. 196.652 19

Der Aufsichtsrat: Der Vorstand:
F. Beyersdorff, Vors., G. Dörner, P. Schifka, G. Pfeiffer.
Die Revisionskommission:
E. Miersch, H. Wolf, Fr. Zimmermann. 9/19

Gewinnauszug
5. Klasse 24. Preussisch-Südberische
(250. Preuß.) Klassen-Lotterie
5. Ziehungstag 11. Februar 1925
Ohne Gewähr Nachdruck verboten
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne
über 150 Mk. gezogen

1 Gewinn zu 50000 Mk. 6703	3 Gewinne zu 10000 Mk. 43812 138530
1 Gewinn zu 3000 Mk. 78196	7 Gewinne zu 2000 Mk. 19408 182504
200637 213100 228310 251059 254718	11 Gewinne zu 1000 Mk. 55989 94414 125157
138975 151801 151780 205327 230761 245774	279970 297342
37 Gewinne zu 500 Mk. 6107 10785 14766	10816 32414 34214 44821 45882 47281 68970
67333 71461 76732 84223 90334 91264 100289	103490 103544 107078 118799 145532 177878
152882 183553 187887 189375 189484 194104	202828 206951 220255 232387 230040 236594
238114 311006	88 Gewinne zu 300 Mk. 642 818 2255 5649
5674 5781 6349 12040 13263 18442 32970 35685	4 717 48734 49743 60876 68301 68948 73822
75658 83780 84320 90842 93376 93342 100621	102422 104680 107078 107910 108421 114223
127818 129034 135008 242490 143851 152392	155211 155440 155549 157350 162938 163385
167006 167803 169086 169220 173747 177485	181772 188468 191857 192247 196181 196594
199514 204813 204939 208173 215681 219132	224202 225321 237703 246865 251491 252740
255649 258495 265702 267962 270702 271068	272022 275355 278901 278164 282893 284390
287367 293681 294366 297885 301591 302177	307972 314797

Scotts Emulsion
(Deutsches Fabrikat)
erfreut sich seit fünf Jahrzehnten
in allen Kulturländern der Welt der
ungeheilten Anerkennung der
Herren Aerzte

Sillende Mütter
haben häufig nach einiger Zeit ein
Gefühl von Schwäche und Erschöpfung. Hier wird
oft Scott's Emulsion am Platze sein, weil sie in
vielen Fällen den Verlust gewisser Stoffe, insbe-
sondere der Phosphate, ersetzen kann. Dabei ist
sie leicht verdaulich und gut zu nehmen. Man
bestehe aber auf der echten Scott's Emulsion.

Scott's Emulsion dient zur Stärkung für Kinder
und Erwachsene und enthält den besten nor-
wegischen Lebertran in feinsten Verarbeitung
mit knochenbildenden Kalksalzen und den sehr
wirksamen Hypophosphiten.

Scott's Emulsion ist unentbehrlich als
Kräftigungsmittel bei Skrophulose, englischer
Krankheit, Diarrhoe und Lungenleiden.

Scott's Emulsion wird auch im Sommer gern
und mit bestem Erfolg genommen.

Man hüte sich vor Nachahmungen, da diese oft an
Stelle des Originalpräparates empfohlen werden.
Scott's Emulsion ist in allen Apotheken und
Drogerien zu haben.

Niederlagen
Admirals-Apotheke, 50. 2a, Admiralstr. 31-32
Apotheke Zum Bär, O. 27, Grüner Weg 94
Ober's Apotheke, No. 14, Gr. Frankfurter Str. 163
Minerva-Apotheke, Charlottenburg, Bismarckstr. 21
Schweizer-Apotheke, W. 8, Friedrichstr. 173
Victoria-Apotheke, 3 W. 8, Friedrichstr. 19
Drogerie Albert Bleichstein, Berlin, Zandorfer Str. 8
Emsler-Drogerie, Neukölln, Emsler Str. 124
Drogerie Georg Gerg, Pankow, Breite Str. 49

6. Ziehungstag 12. Februar 1925
Ohne Gewähr Nachdruck verboten
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über
150 Mk. gezogen.

1 Gewinn zu 5000 Mk. 163196	7 Gewinne zu 2000 Mk. 30391 32508 41072
104806 201240 248902 255217	9 Gewinne zu 1000 Mk. 13041 80242 125548
218781 225327 244552 251517 251941 291424	32 Gewinne zu 500 Mk. 3732 6748 27730
31033 60006 77146 82180 86390 87315 95428	107118 107973 108506 120003 133508 171021
177643 180587 185494 194724 203085 212439	215693 222330 228797 258941 274831 275080
286133 293820 301734 304447	83 Gewinne zu 300 Mk. 4677 7054 11863
13047 24096 24935 25355 25927 27155 29074	14369 44772 45183 53959 54549 55338 58523
66184 66241 78294 82189 87048 87376 87781	9024 90001 10 688 117988 115365 120199 122359
122359 126710 130994 131573 135336 138990	147753 142898 146114 149228 146277 148385
49808 150717 151858 157311 164461 166220	168381 177529 177923 180699 180059 197402
300828 205604 210240 210867 212949 216533	218372 220802 222953 224811 226874 230616
235594 238975 240020 247400 258373 258922	260201 265657 272303 274139 280029 280858
307904 309338 311062 315380	

Versagen der städtischen Erziehungspflicht.

Selbsthilfe: Kinderfreunde, Jugendschutzverband, Arbeiterwohlfahrt.

Gefährdetenfürsorge und Jugendgerichtshilfe sind die verantwortungsvollsten Zweige der Jugendfürsorge. Gerade hier aber versagt das öffentliche Erziehungsweesen. Verhütung der Gefahr ist zweifellos die beste Vorbeugung. Damit muß gerade im frühesten Kindesalter begonnen werden.

Alle Stadtbezirke haben städtische Säuglingsfürsorgestellen. Diese können im allgemeinen doch nur die Säuglinge erfassen, deren Mütter die Zeit zum Besuch dieser Stellen aufbringen können. Für die durch Erwerbsarbeit der Mütter besonders gefährdeten Säuglinge hat die Stadt Berlin von sich aus noch keine Vorkehrungen getroffen. Die vorhandenen Kruppen sind Vereinsanstaltungen, zu deren Erhaltung die Stadt erhebliche Mittel beisteuert, die aber bei weitem nicht ausreichen.

Wünschenswert ist es sich mit der Fürsorge für das Kleinkind und das Schulfkind außerhalb der Schulzeit.

Kinderkrippen und Hort

Sind in Alt-Berlin als städtische Einrichtungen überhaupt nicht vorhanden. Die Vororte machen einige rühmliche Ausnahmen, deren hervorragendste der Montessori-Kinderkrippen der Gemeinde Lankwitz ist. Die Alt-Berliner Kinderkrippen und Horte sind alle, die der Vorortgemeinden zum größten Teil entweder Einrichtungen der Kirchengemeinden, konfessioneller oder interkonfessioneller Verbände. Die Stadt steuert auch hier nur erhebliche Mittel bei (70 Prozent der Gehälter). Sie macht aber auch einen idealen Einfluss geltend. Die Gewährung der Mittel hängt von der Erfüllung bestimmter Bedingungen ab, deren Kernpunkt die Förderung ist, daß solche Anstalten keine bloßen Bewahranstalten sein sollen, sondern Erziehungsstätten. Nicht uninteressant ist es, dabei der Verhandlung über die Annahme der vom Berliner Jugendamt seinerzeit ausgearbeiteten Richtlinien zu gedenken. In dem ersten Entwurf war den Hortkindern ein Miterziehungsrecht eingeräumt. Der entsprechende Passus wurde gestrichen, auf besonders energiegelichen Einspruch des Vertreters der konfessionellen Einrichtungen, einem Pfarrer. Die Kunst, die besonders im Entwicklungsalter zumeist stark auftretende Ueberbehelligkeit (Großmamaucht der Pflegeliebe) in positives Verantwortungsgesühl umzuformen, wollte man also nicht erproben. Hier aber liegt wohl das größte Problem der Erziehung überhaupt. Jedes Kind trägt durch körperliche oder seelische Veranlagung gewisse Gefahrenquellen in sich. Beim proletarischen Kind treten die der proletarischen Lebensbedingungen hinzu. Ein besonders typischer Fall des Zusammenstoßes beider Einflüsse war der eines hochbegabten Fürsorgekindes. Er war unehelich geboren, seine Mutter bezahlte sein Leben mit dem Tode. Der Vater war unbekannt. Er war das „ausgelassene“ Kind der Stadt; als solches machte er Bekanntschaft mit den verschiedensten Pflegestellen. Niemand hatte ihn in den schweren Entwicklungsjahren freundschaftlich geleitet. Obwohl technisch hervorragend begabt, wurde er ungeliebter Arbeiter. „Liebe“ und Lebensfreude fand er in Kaschemmen, bis er durch eine strafrechtliche Verletzung vor den Jugendrichter und durch diesen mit Bewährungsfrist unter Schulaufsicht kam. Wohlmeinende Menschen nahmen sich seiner an und machten den Versuch, ihm durch die Arbeiterbewegung einen Halt zu geben. Der Achtzehnjährige fügte sich zunächst in die Jugendgruppe außerordentlich gut ein, verschlang förmlich die ihm an Stelle der bisher gelebten Schulliteratur gegebenen guten Bücher, wurde jedoch ein ruhelofer, gequälter Gräbler, Haßte in stundenlangen Ausreden, daß er nun erst recht nicht froh werden könne; seine Berbertheit steckte zu stark ab gegen all das Gute und Schöne, das man ihm zeigte. Er fiel zurück in Ausschweifungen und starb. Er ging zugrunde an der Erziehungsverwahrheit der Gemeinschaft.

Fortgeschrittene Pädagogen sind sich längst darüber einig, daß Kinderkrippen und Kinderhort das öffentliche Erziehungsweesen ergänzen müssen.

Unsere „moderne“ Stadtverwaltung sieht das nicht ein.

Als unsere Rathenfraktion vor kurzem einen Antrag einbrachte, der die Errichtung städtischer Krippen, Kinderkrippen und Horte verlangte, erklärte Herr Bürgermeister Scholz, das sei „nicht Sache der Stadt“. Die Stadt könne wohl Mittel dafür bereitstellen, die Ausführung müsse aber den Verbänden überlassen bleiben. Er selbst sei Vorstandsmitglied eines einflussreichen Vereins. Es ist nicht einzusehen, mit welchem Recht erste Beamte der Stadt ihrem Dienst Kräfte vorenthalten, die sich letzten Endes anderweitig ja doch gemeinnützig auswirken wollen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß solche Kräfte in erster Linie der Stelle gebühren, an die die Gemein-

schaft der Bürger die Persönlichkeit berief. Unvereinbar mit den gemeinnütigen Aufgaben der Stadt ist es, wenn ein Bezirksamt auf den Antrag um Bewilligung von Mitteln für die Errichtung von Kinderkrippen den Bescheid erhält, die Mittel sollen zur Verfügung gestellt werden, jedoch soll die Ausführung einem Verein übertragen werden, und zwar einem Parochialverein, der sich zurzeit um Mittel zu einem solchen Zweck bewirbt, und von dem ausführenden Beamten gleich empfohlen wird. So, ist man sich an höchster Stelle der Stadt denn nicht klar darüber, daß man auf diese Weise vielen Eltern einen Gewissenszwang auferlegt — oder auf diese Weise die Verhütung von Gefahren hintertreibt? Wir werden noch lange und hart kämpfen müssen, ehe wir

ein umfassendes öffentliches Erziehungsweesen

haben und werden noch eben so lange eine Gefährdetenfürsorge im heutigen Ausmaß haben. Wir werden aber nicht nur dafür kämpfen, sondern auch den Weg der Selbsthilfe beschreiten. Arbeiterwohlfahrt, Kinderfreunde und Jugendschutzverband sind Organe des Kampfes und der Selbsthilfe zugleich, die aufbauende und helfende Arbeit zugleich leisten. Die Jugendämter haben, wie die Wohlfahrtsförderungsstellen, einen besonderen Straßendienst zur Beobachtung beteiligter Kinder eingerichtet. Ein solcher Straßendienst besteht unter verständnisvoller Führung unseres Genossen Kiesenfeld (Schöneberg) beim Ausbruch für Arbeiterwohlfahrt bereits seit längerer Zeit. In seinem Ausbau wird ständig gearbeitet. Die Mitarbeiter sind zumeist Jugendgenossen und Jungsozialisten. (Ergänzung der Mitarbeiterkraft ist immer noch erwünscht.) Der Jugendschutzverband hat sich neuerdings zur Mitarbeit in der Jugendgerichtshilfe zur Verfügung gestellt. In diesen Zusammenwirken der Erwachsenen und der Jugend liegt die schönste Gewähr für die kulturelle Auswärtswirkung unserer Bewegung. Durch die Bereitschaft, selbst auf schwersten Gebieten mitarbeiten zu wollen, legt unsere Jugend das beste Bekenntnis zum Gemeinheitswillen ab.

Der Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt hat mit der Bearbeitung der gesamten Gefährdetenfürsorge einen besonderen Unterausschuss betraut, der sich zusammensetzt aus drei Mitgliedern der Arbeiterwohlfahrt, einem Mitglied des Jugendschutzverbandes und einem Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend und einem Mitglied der Jungsozialisten. Die erste gemeinsame Veranstaltung, die als Einführung anzusehen ist, findet am Sonnabend, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 2, Hof, 3 Treppen statt. Jugendrichter Dr. Franke wird sprechen zu dem Thema: Wie kann die Arbeiterjugend in der Jugendfürsorge und der Jugendgerichtshilfe mitarbeiten? Die Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt werden gebeten, möglichst zahlreich zu erscheinen. W. Lodenhagen.

Aus den Bezirken.

Kriegsheim

In der Bezirksversammlung am 4. Februar fand die Gutberatung statt. Für unsere Fraktion nahm Genosse Bethge Gelegenheit, das reaktionäre Treiben des Bezirksamts einer scharfen Kritik zu unterziehen. Er behandelte zunächst den Fall des Stadtrats Ferber, der durch Beschluß der Bezirksversammlung abgebaut war und vom Bezirksamt wiederrechtlich ins Amt zurückgerufen wurde. Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß wir das Gehalt für diesen Stadtrat nicht in den Etat einbringen können. Ferner wurde ein Vorkommnis erzählt, bei dem sich unsere Genossen durch das scharfe Auftreten des stellvertretenden Bürgermeisters Stadtrat Beyer drückten. Es handelte sich um den Fall des Betriebstrats Genossen Benzler, der auf Dienstvertrag angestellt und entgegen den gesetzlichen Bestimmungen abgebaut wurde. Die Stadtratsordnungen Genossen Platow und Buchitz wurden in dieser Angelegenheit eine Unterbrechung mit Dr. Beyer nach. Hierbei fragte L. Beyer zunächst, in welcher Eigenschaft Genosse Platow erscheine, und als er zur Antwort bekam „als Stadtratsordner“, lehnte Dr. Beyer in scharfer Form eine Unterbrechung mit ihm ab. Erst als Genosse Platow sich als Vorsitzender der Abbaufunktion legitimierte, ließ Dr. Beyer sich herab, mit ihm zu reden. Auf eine Beschwerde beim Bürgermeister erklärte dieser, daß er das Verhalten seines Stellvertreters billige und die Verantwortung dafür übernehme. Diese Erklärung wiederholte er in der Bezirksversammlung. Die

SPD-Fraktion verlangte darauf gesonderte Abstimmung über den Titel Personalbesoldung. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, verlagte sie dem Titel ihre Zustimmung. Den übrigen Titeln des Etats stimmten sie zu. Am Schluß der Besprechung gab Genosse Bärde für unsere Fraktion die Erklärung ab, daß der Bürgermeister und sein Stellvertreter unser Vertrauen nicht mehr besitzen. Außerdem hatten wir unsere Ansicht ausgedrückt, daß der Stadtrat Ferber abgebaut und seine Wiederernennung gesehndrigt ist. Wir sind daher nicht in der Lage, dem Etat unsere Zustimmung zu geben.

Der Etat wurde dann gegen unsere Stimmen und die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Friedrichshain

Die Prostitution im Osten, besonders in der Nähe des Schlessischen Bahnhofs, bildete den Gegenstand einer ausgiebigen Debatte in der Bezirksversammlung Friedrichshain. Der Vertreter der Bürgerlichen rief lebhaft nach der Polizei, damit diese die Gegend wenigstens bei Tage reinige, während der Kommunist die Sozialdemokraten für diese Opfer des Kapitalismus verantwortlich zu machen veruchte. (Es ist bekanntlich nichts so dumm, es findet alles sein Publikum.) Gen. Günther legte in treffenden Worten die Ursachen der überhandnehmenden Prostitution dar. Von den Vertretern des Bezirksamts wurde auf die Schwierigkeit, die Absteigequartiere zu schließen und dem Wohnungsmarkt zuzuführen, hingewiesen. Ein großer Teil der Bevölkerung habe sich in Ein-gaben an das Bezirksamt gegen das Verbot der Jugend gefährdende Treiben auf der Straße und in den Hausfluren gemeldet. Es stellte sich dabei heraus, daß die Polizei mit der Beschlagnahme von solchen Räumen die als Absteigequartiere angesehen werden können, bei der vorgelegten Behörde, dem Oberpräsidium, nicht durchdrang. Der zweite bürgerliche Redner, Dr. Faustenberg, stellte wieder einmal eine falsche Diagnose und empfahl eine ebenso zweifelhafte Behandlung wie sein kommunistischer Vorkämpfer, dem er unter Heiterkeit vorwarf, daß die Volksbegleiter in Moskau die Prostitution auch nicht abschaffen könnten. Bei der Vorberatung hatten die Kommunisten anscheinend eine Kraftprobe beabsichtigt. Sie fielen aber glänzend durch, da ihr Kandidat die erhofften deutschnationalen Stimmen nicht bekam. Genodit wurde unter Genosse Kanfer mit 39 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß der Ersatzkandidat für den disziplinärlich abgesetzten kommunistischen Stadtrat Ostrowski vom Oberpräsidenten bestätigt worden ist. Demnach ist Herr Staubefeld durch das laubhüchliche Joch gegangen oder wurde ihm von Moskau Dispens erteilt?

Der Vorschlag für die Verwaltung des Bezirks Friedrichshain stellt sich nach der eingehenden Prüfung durch den Haushaltsausschuss auf über 26 Millionen Mark gegen etwa 18 Millionen im Vorjahre. Darunter befinden sich aber erhebliche Anforderungen für dringende Neubauten, so für die Fertigstellung des im Bau weit vorgeschrittenen Krematoriums an der Dietrichmeyerstraße, ein neues Verwaltungsgebäude für das Bezirksamt und hauptsächlich für Erweiterungsarbeiten im Krankenhaus Friedrichshain. Diese sind geradezu unaufschiebbar, falls nicht im Gesundheitswesen eine Katastrophe eintreten. Genosse Klingler als Berichterstatter forderte beizugang die Zustimmung. Die Beratung des Haushalts konnte aber nicht erledigt werden, da nach der Abbau eines besetzten Stadtrats fällig war. Hierbei erklärte der schon genannte Kommunist Ostrowski, daß er am liebsten das ganze sozialistische Bezirksamt abbauen möchte. Do er aber selbst einsteht, daß seine Kraft dazu nicht ausreicht, würde er sich mit dem Abbau eines Sozialisten begnügen. Die Beratsamung folgte aber dem durch Genossen Bahling vorgebrachten Beschluß des Abbaus des Genossen Ostrowski, der ohnehin schon nahe an der Altersgrenze steht.

Jakob Wiebe †.

Einer der alten Parteigenossen, der länger als 40 Jahre der Partei im IV. Kreise mit seiner Frau angehört, und noch als topfener Blauer der Bewegung bei den letzten Reichstagswahlen mit seiner Lebensgefährtin unerschrocken angetreten, Jakob Wiebe ist durch einen Schlaganfall von uns geschieden. Nicht nur in der Partei, sondern auch in der Gewerkschaft, im Zentralverband der Angestellten, war er ein unverwundlicher Kämpfer. Seine treue Lebensgefährtin konnte sein Ableben nicht überwinden und ist inzwischen verstorben.

Jubiläum: Das Ehepaar Hermann, Frankfurter Allee 356, langjähriger „Vorwärts“-Abonnent, feierte kürzlich das Fest der Goldenen Hochzeit. — Das Fest der Silbernen Hochzeit konnte nur einigen Tagen das Ehepaar Franz Jankmann, Schöneberg Str. 48, begehen. — Am 30. jährigen Berufsjubiläum konnte am 31. Januar der Schriftleiter Georg Orth, Steinhilber Str. 26, gedenken. Der Jubilar gebührt ein besonderer Dank der Redaktion der „Vorwärts“. — Genosse Karl Jakob und Frau, Köpenicker Str. 176, feierten kürzlich das Fest der Silbernen Hochzeit. Die ganze Familie gehört der Partei seit vielen Jahren an.

Für die uns ausschließlich des Lobes unserer lieben Bräuter und Entel, Herrn

Adolf Goldberg

erwiesene Anteilnahme sagen wir auf diesem Wege unseren besten Dank.

13736

Namens der Hinterbliebenen

Walter Knechtel und Frau Frei da geb. Goldberg

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, 15. Februar, vorm. 10 Uhr im Hotel von Sachs, Linienstr. 25/26.

Branchenversammlung der Kesselschmiede u. d. Helfer.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 15. Februar, vorm. 10 Uhr, im Hotel von Sachs, Linienstr. 25/26.

Branchenversammlung der Holzwerk-, Bild- und Stahl- und Papierarbeiter aller und Arbeit erinnen.

Tagesordnung: Arbeiterschaft und die Bestrebung der Gewerkschaften.

Die Tagesordnung.

Stahlmattressen

2. Hof, Poststraße, Metallh. u. Eisen-Güter-Handlung, Berlin, Köpenicker Str. 176/177.

1925er Jung-Gänse

Suppenhühner, Puten, Poulard, Gans Enten, Styrer, Poulets, Jung Tauben

Große gespickte Hasen!

Felste Fasanen Stück 3 Mark

Braten

Wildschwein, Spießbraten

PK. 1.28 N.

G. Sisholz, Hubertushaus

Neanderstraße 2

Fernsprecher: Moritzplatz 3735 3/4

Schokoladen - Konditoren - Kakao

Kakaoöl r - Ueberzugsmasse

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Lagerbestock arbeiten. Preisliste auf Wunsch.

D. S. Diamant, Gegr. 1874

Charlottenburg, Grolmanstr. 22 an Savignypt. Teleph. Stelept 721 u. 14912

Abreißkalender 1925

Der in Tisch und Regal gebundene Kalender sollte in jeder Familie und in jedem Büro fehlen!

Preis 2 Mk. et

Zu haben in der Buchhandlung J. G. W. D. S. in der Bornstr. 10/11, Berlin, in allen Buchhandlungen, Buchhändlern und -Raffinieren sowie in allen Buchhandlungen ganz entgegen.

Ziel und für Arbeit und Gutes:

Kinderland 1925

Preis 1,25 Mark

Zu haben in der Buchhandlung J. G. W. D. S. in der Bornstr. 10/11, Berlin, in allen Buchhandlungen, Buchhändlern und -Raffinieren sowie in allen Buchhandlungen ganz entgegen.

Der gute Kapitän-Kaubak

in der besten Qualität

C. Bäcker, Berlin

Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Wöchentliche Teilzahlung Eleg. Herrenbekleidung

fertig und nach Maß zu soliden Preisen

Garantie für guten Sitz u. pa. Verarbeitung

Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl

Haßschneiderer Julius Fabian

Große Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage

Asthmatiker,

welche die weltbekannten Astmol-Asthmapräparate noch nicht kennen, haben Gelegenheit, gegen Einsendung von 20 Pfg. in Briefmarken Muster von Astmol-Asthmapulver gratis und franco zu erhalten, um dieses an sich auszuprobieren.

Man wende sich diesbezüglich an

Galenus Chem. Industrie, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Spaldierstraße 4/3

Nagelpflege-Garnituren

Kopp & Joseph

BERLIN W

in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Wöchentlicher Teilzahlung

Eleg. Herrenbekleidung

fertig und nach Maß zu soliden Preisen

Garantie für guten Sitz u. pa. Verarbeitung

Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl

Haßschneiderer Julius Fabian

Große Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage

Werbe-Woche!

Vom 6.—15. Februar

geben wir trotz unserer mässigen Preise

10% Rabatt

Damen-Herren-Garderoben

Riesenauswahl

Ueberzeugen Sie sich von unserem

Teilzahlungs-System!

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!

Konfektionshaus Silberpfennig

Müllerstrasse 182/83

am Weddingplatz, Delagradt, Reichskenderler Str.

Zwischenfall im Untersuchungsausschuß.

Kommunist Kollwitz ausgeschlossen und von der Parlamentswache abgeführt.

Der Untersuchungsausschuß des Landtags über das Kreditgebaren der Preussischen Staatsbank beschäftigte sich gestern, wie wir schon im gestrigen Abendblatt berichteten, mit der Wirkung des Bleistiftvermerks des Reichspräsidenten in Sachen Erteilung eines Dauervisums für Barmat. Nach Ansicht des Ministerialdirektors Köpfe vom Auswärtigen Amt mußte ein besonders vorsichtiger Vornamen auf Grund des Bleistiftvermerks nach einmal eine Rücksicht stellen; der Vermerk entband den Sachbearbeiter nicht von der Verpflichtung einer selbständigen Prüfung.

Der Ausschuß wendet sich der Befragung des Legationsrats von Pannwitz, der vom Jahre 1917 bis 1919 als Legationsrat der Gesandtschaft in Haag zugewiesen war, zu.

Zeuge v. Pannwitz sagt aus: Barmat trat zum erstenmal an die deutsche Gesandtschaft in Haag mit der Bitte, einen Brief an Trojki zu befördern, in dem er sich bereit erklärte, die Errichtung eines Hilfskomitees und einer Befehle für bolschewistische Zeitungen zu übernehmen. Ende 1918 hat er die Gesandtschaft, einen Brief an die ukrainische Rada zu befördern. Beides sei geschehen. Anfang 1919 unternahm Barmat mit dem holländischen Sozialdemokraten Rathjens in Sachen Gründung eines holländischen Parteiorgans eine Reise nach Berlin.

Die Gesandtschaft in Haag zeigte dem Auswärtigen Amt diese Reise der beiden Herren an und fragte in dem betreffenden Telegramm, Rathjens mache einen guten Eindruck, während Barmat gegenüber wohlwollende Zurückhaltung am Platze sei.

In einem ausführlichen Brief des Gesandten v. Rosen, der vom 24. Januar 1919 datiert, wird über Barmat gesagt, er sei ein russischer Jude und Skrupelloser Opportunist sowohl in politischer wie finanzieller Beziehung. Er hätte Geld verdient durch „glückliche Geschäfte“, die vom Generalkonsulat mit einer gewissen Steppis betrachtet würden. Barmat wolle in der Reichsfinanzlei und beim Auswärtigen Amt vorprechen.

Es ist dann beim Auswärtigen Amt offenkundig, daß die beiden Herren auf ihrer Reise nach Berlin nicht beim Auswärtigen Amt und der Reichsfinanzlei vorgeprochen haben. Später erschien dann Barmat beim Unterstaatssekretär Töpfer.

Nach einer Aktenuotiz ist er bei Töpfer eingeführt durch den Abg. Heilmann. Bei dieser Gelegenheit beschwerte sich Barmat darüber, daß die deutschen Behörden in Holland ihm immer Schwierigkeiten bereiten und bei, es möchte etwas geschehen, was ihm die Einreise erleichtere. Nach einiger Zeit gelangte ein Brief des Unterstaatssekretärs Töpfer an den Gesandten Rosen. Darin sagt Töpfer, daß er zuverlässig erhört habe, daß zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und Herrn Barmat intime Beziehungen beständen. Herr Töpfer hätte doch den Gesandten, Barmat einen Dauervisumvermerk zu erteilen. Auf diesen Brief hin erteilte die Gesandtschaft den Sichtvermerk und kam zu der Ansicht, daß eben intime Beziehungen zwischen dem Reichspräsidenten und Barmat beständen, obgleich Töpfer diese Tatsache nicht vom Reichspräsidenten persönlich wußte, sondern durch eine dritte Person gehört hatte, deren Name aus den Akten hervorgeht.

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.): Lag der Bericht des Gesandten v. Rosen in Berlin schon vor, als der Reichspräsident seine Bleistiftnotiz auf das Telegramm Barmats an Wels machte?

Zeuge: Jawohl. Das Telegramm Rathjens datiert vom 22. Januar 1919, der ausführliche Brief des Gesandten Rosen vom 24. Januar 1919. Ich weiß nicht, ob beide Schriftstücke in die Abteilung des Unterstaatssekretärs Töpfer gegangen sind. Das Schreiben Töpfers an die Gesandtschaft in Haag datiert vom 6. Mai 1919.

Vorsitzender: Die Notiz des Reichspräsidenten ist am 15. Mai ergangen.

Abg. Schwerling (S.): Wann ist Barmat das Dauervisum erteilt worden?

Zeuge: Das Datum ist mir nicht bekannt. Ich weiß nur, daß das Generalkonsulat einmal berichtete, daß es schon erteilt worden sei.

Der handschriftliche Vermerk des Reichspräsidenten auf dem Telegramm Barmats an Wels ist wahrscheinlich erfolgt, als das Visum schon erteilt war.

Som 30. Mai liegt ein Brief Barmats an Töpfer vor, in dem Barmat Töpfer seinen Dank dafür ausdrückt, daß es durch seine freundlichen Bemühungen gelungen sei, das Dauervisum zu erreichen.

Auf Fragen des Abg. Dr. Raushold (Dnat.) bezieht der Zeuge: Anfang Juli 1919 hat Abg. Heilmann dem Minister Müller-Franke um Einreiseerlaubnis für Judko Barmat und seine Frau gebeten. Weiter ist das Grenzamt Preussisch-Hergau-Borsdorf durch den Minister Hermann Müller dröhnlich angewiesen worden, dem Uebertritt von Salomon Barmat, Altman und Schmidt keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Zeuge zählt eine Anzahl Fälle auf, in denen u. a. der Reichsanwalt Bauer und der sozialdemokratische Abg. Städtler sich für Waisa eingesetzt haben.

Der Eintritt in die Nachmittagsverhandlungen des Ausschusses nimmt Vorf. Leibig Anlaß, der furchtbaren Bergwerkskatastrophe in Dortmund zu gedenken.

Es erhält darauf

Polizeipräsident Richter

das Wort, der in seinen ergänzenden Ausagen ein Bild über die Verhältnisse der verflochtenen Dade gibt. Er erklärt, als er auf Anordnung des damaligen Ministers Heine im März 1920 das Amt des Berliner Polizeipräsidenten angetreten habe, hätten auf dem Gebiete des Polizeiwesens in Berlin unerhörte Zustände geherrscht. Es habe ein außerordentlich harter Zustand von Ausländern eingetreten, so daß sämtliche Behörden, die sich mit dieser Einwanderung zu beschäftigen hatten, pölig macht- und hilflos waren. Die erste Maßnahme, die einen grundlegenden Wandel schaffen sollte, war die Polizeieinverordnungs vom 1. Mai 1920, die für die sämtlichen Ausländer die Meldepflicht einführt. Auf Grund dieser Verordnung hätten sich jetzt 50 000 Ausländer gemeldet. Nach Schätzung sei höchstens ein Drittel der in Berlin anwesenden Ausländer ohne Papiere und ohne Sichtvermerk gewesen. Der Kampf, der von allen Behörden geführt wurde und der namentlich in Berlin am heftigsten tobte, sei leider an den damaligen Verhältnissen gescheitert. Die Schwierigkeit damals die Verhältnisse legen, zeigten auch ministerielle Er-lasse. So heißt es in einem Erlass des Jahres 1922, daß Aus-weisungen nur dann erfolgen dürfen, wenn gegen die Ausländer Tatsachen vorliegen, die sie selbst als lästig erscheinen lassen. In einem weiteren Erlass vom Jahre 1923 heißt es u. a., daß es der Wunsch des Ministers sei, daß ausländische Maßnahmen zu unterbleiben haben und daß der Polizeipräsident nachdrücklich Sorge dafür tragen muß, daß die

polizeiliche Fremdenbehandlung sich den jeweiligen außenpoli-tischen Verhältnissen anpaßt, und daß alles vermieden werde, das den Anschein erwecken könnte, als ob eine fremdenfeindliche Politik verfolgt werde.

Es seien in Berlin mehr als 100 000 Ausländer anwesend gewesen, die nicht legal eingereist waren, aber trotzdem gebildet worden sind und gebildet werden müßten. Ich habe meine Aufgabe damals neben den vielen anderen Aufgaben so aufgefaßt, daß es meine Pflicht sei, jedem Hilfesuchenden zu helfen.

Abg. Koenneke (Dnat.): Durch Herrn Vizepräsidenten Koll haben wir gestern gehört, daß in verschiedenen Fällen Entscheidungen über Aufenthaltserlaubnisse für Mitglieder der Familie Barmat ohne Anhörung des Wohnungsamtes von Ihnen erfolgt sind.

Zeuge: Die Praxis in der Behandlung der Aufenthaltserfrage war ständig im Fluß. Jedenfalls war das Polizeipräsidium an die Anordnungen des Wohnungsamtes durchaus nicht gebunden.

Abg. Kollmer fragt, ob in den Befangenheiten nicht von den allerersten Seiten wegen Empfehlungen an den Polizeipräsidenten herangerufen wurde, und nicht nur von ihm nachstehender Seite.

Zeuge Richter: Es haben Personen aus allen Bevölkerungs-klassen vorgeprochen. Das hat sich aber im Laufe der Zeit geändert. Es sind auch Kommunisten sehr zahlreich erschienen. Ich habe keinen Unterschied hinsichtlich der Parteizugehörigkeit oder der sozialen Stellung gemacht, sondern die Leute nach bestem Wissen und Gewissen vorgelesen. Der Zeuge verliest ein Schreiben, das von der kommunistischen Reichslagsfraktion an ihn gerichtet wurde wegen einer Papherlängerung für den Genossen Katojama. (Heiterkeit.)

Es wird dann in die Prüfung der

Wohnungsangelegenheiten Kollmer und Barmat eingetreten.

Den Bericht über die Wohnungsangelegenheit Kollmer erstattet Abg. v. Waldthausen (Dnat.) an Hand einer Reihe von Akten, die von ihm geprüft sind. Es ergibt sich daraus, daß die Verhältnisse an sich nicht so schwierig lagen, daß sie aber schwierig geworden sind dadurch, daß Kollmer mit allen Mitteln versucht hat, seinen Standpunkt durchzubringen, was ihm auch gelungen sei.

Kollmer hat zunächst im Hause Kanefstraße 22 gewohnt. Das Haus gehörte ihm, er hatte aber nicht die Wohngenehmigung. Deshalb habe die Wohnungsbehörde den deutschen Staatsangehörigen Schweizer in die Wohnung Kollmers in der Kanefstraße eingewiesen.

Kollmers Anwälte machen geltend, daß Kollmer, bona fide gehandelt habe und schon zwei Jahre in der Wohnung sitze. Das Zentralwohnungsamt entschied schließlich im Grunewald zugunsten Kollmers.

Vorf. Dr. Leibig teilt ergänzend mit: Aus den Akten ergibt sich, daß Kollmer behauptet, der damalige Referent des Wohnungsamtes Wilmersdorf, Meng, habe ihm aus Rache wegen früherer Differenzen Schwierigkeiten bereitet. Kollmer wandte sich an das Zentra lwohnungsamt, nachdem er gegen Meng ein Disziplinarverfahren veranlaßt hatte. An diesbezüglichen Akten liegt vor ein Bescheid vom 12. November 1922: Die Entscheidung wird bis zur Erledigung der Disziplinarbeschwerde gegen Dr. Meng aus-gesetzt. Das Bezirksamt wird angewiesen, von jeder Zwangsmah-nahme gegen Kollmer abzusehen, insbesondere ihn im ungestörten Besitz seiner Wohnung zu lassen. Ein dritter Bescheid geht dahin, Kollmer endgültig die Wohnung zu belassen. Darüber ist ein Kon-fликт zwischen dem Magistrat Berlin und dem Wohnungsamt Wilmersdorf entstanden. Vom Zentralwohnungsamt ist schließlich ohne Anwesenheit eines Vertreters des Bezirks-amtes Wilmersdorf verhandelt und beschlossen worden, Herrn Kollmer in der Wohnung zu lassen. Dieses Vorgehen des Zentral-wohnungsamtes war unberechtigt.

Kollmers Dauervisum.

Berichterstatter v. Waldthausen gibt die Qualifikationsberichte dem Ausschuß zur Kenntnis. Der eine ist ein Dauerausweis, ausgestellt vom Beauftragten des deutschen Gesandten bei den Regierungen Lettlands und Litauens. In diesem Dauerausweis wird der Familie Kollmers die ungehinderte Reise über alle deutschen Grenzübergangsstellen im Osten gestattet. Sie dürfen auch alle Verkehrsmittel innerhalb Deutschlands benutzen. Sämtliche Behörden werden um Beistand für die Kollmers gebeten. Von einer Durchsichtung des Gepäcks sei abzusehen, die Herren seien berechtigt, Schusswaffen zu tragen. Unterzeichnet ist dieser Dauerausweis mit dem Namen „von Horn“.

Im übrigen befinden sich bei den Qualifi-kationsberichten die dem Ausschuß schon vorgelesenen Schreiben der Parteikasse Ost und der Mitgliederber-terungsstelle.

Der Ausschuß wendet sich nunmehr der

Wohnungsangelegenheit Kollmers

zu. Als Zeuge hierfür wird zunächst Geheimrat Regierungsrat a. D. Müller vernommen, der damals Leiter des Polizeiamtes Wilmersdorf war. Er sagt aus: Im Jahre 1922 wurde zweimal ein An-trag auf Ausweisung Kollmers gestellt. Das einmal kam der Antrag von der Firma Haberling, die angab, durch Kollmer außerordentlich schwer geschädigt zu sein, und mitteilte, daß dies-bezüglich ein Strafverfahren gegen ihn schwebte. Vor Erledigung

dieses Antrags wollte ich den Ausgang des Strafverfahrens ab-warten, das dann zugunsten Kollmers endete. Der zweite Antrag auf Ausweisung Kollmers wurde vom Wohnungsamt Wil-mersdorf gestellt, weil sich Kollmer ohne den Ausweis des Wohn-ungsamtes eine Wohnung verschafft habe. Die dem Wohnungsamt habe ich stattgegeben. Die Ausweisung erfolgte auf dem üb-lichen, für diesen Zweck vorgeschriebenen Formular. Am nächsten Tage erschien der Kompanion Kollmers, Fabrikant Blau, und erludte, ich möchte die Ausweisung rückgängig machen, Kollmer, der sich mit 180 Millionen Mark an Blaus Geschäft beteiligt habe, sei für dieses Geschäft unentbehrlich. Ehe die Sache erledigt war, wurden die Akten an das neugegründete Fremdenamt abgegeben, und ich habe dann nichts mehr davon gehört. Wohl aber weiß ich, daß im Januar 1923 das Wohnungsamt die Wohn-be-willigung erteilte.

Vorf. Aktenuotiz ist, daß der Ausweisungsantrag gegen Kollmer bereits am 21. Dezember 1922 jurisd-gezogen worden ist.

Abg. Kollmer (Soz.): Ist es im allgemeinen üblich ge-wesen, daß man auf Einspruch irgendeiner Persönlichkeit hin ein Ausweisungsverfahren rückgängig macht?

Zeuge Müller: Ich habe zu Hunderten Ausweisungsbefehle erlassen, und zu Hunderten haben sich die Betroffenen an mich mit der Bitte gewendet, die Befehle zurückzunehmen oder wenigstens hinauszuzögern. In sehr vielen Fällen habe ich dann die Aufent-haltsbewilligung verlängert.

Es folgt die Anhörung des Magistratsrats Grochmann. Der Zeuge sagt aus, er sei vom Zentralwohnungsamt im September angerufen worden, daß am gleichen Tage auf Anordnung des Oberbürgermeisters eine Ausschuhung für das Wohnungsamt anberaumt worden sei, in der über die Sache ent-schieden werden sollte. Der Ausschuh habe dann auch zugunsten von Kollmer entschieden. Eine regelrechte Wohnungsbeschnei-mung sei nicht vorhanden gewesen, die Sache ist also nicht ihren regelrechten Gang gegangen.

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.) beantragt, den Berliner Oberbürger-meister Böß zu laden.

Zwischenfall: Kommunist Kollwitz wird ausgewiesen.

Es kommt dann zu einem großen Zwischenfall.

Abg. Kollwitz (Komm.) bittet, dafür zu sorgen, daß die zu ver-nehmenden Zeugen sich nicht vorher im Zuschauerraum aufhalten. Es sei genug, wenn sie sich die Komödie nachher von hier aus ansehen. (Zustimmung der Kommunisten, große Unruhe bei den übrigen Ausschuhmitgliedern.)

Der Vorf. ruft ertzt den Abg. Kollwitz zur Ordnung.

Kollwitz: Es ist doch aber weiter nichts als eine Komödie. (Er-neute Zustimmung der Kommunisten, lebhafte Entertigungsrufe bei anderen Abgeordneten.)

Der Vorf. ruft den Abg. Kollwitz zum zweitenmal zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungs-rufes aufmerksam. (Erneute große Erregung der Abgeordneten und im Zuschauerraum.)

Kollwitz (Komm.): Ich kann das nicht zurücknehmen.

Der Vorf. fordert darauf den Abg. Kollwitz mehrmals auf, dem Saal zu verlassen.

Kollwitz weigert sich entschieden und bleibt auf seinem Platze sitzen.

Der Abgeordnete hat sich eine große Erregung bemächtigt, ebenso der Zuhörer. Der Vorsitzende läßt darauf den Zuhörer-raum und die Bänke der Presse räumen. Er ruft dann nach der Parlamentswache.

Es wird nach einiger Zeit festgestellt, daß überhaupt keine Parlamentswache im Hause ist. Darauf wird der als Zeuge anwesende Polizeipräsident Richter um Inter-vention gebeten. Richter nimmt den Auftrag an und entfernt sich für einige Zeit, um telephonisch Polizei heranzu-beordern. Bald darauf erscheinen fünf Schuppolizisten, betreten den Sitzungssaal und fuhren Kollwitz hinaus. Die Kommunisten enterten sich unter höhnischen Bemerkungen.

Nach Wiederherstellung der Deffentlichkeit erteilt der Vorsitzende Dr. Leibig dem Polizeipräsidenten Richter die Anweisung, dafür Sorge zu tragen, daß morgen vormittag 10 Uhr, wo die nächste Sitzung des Ausschusses stattfinden wird, für den Ausschuh eine Parlamentswache gestellt ist.

Damit war die Sitzung beendet.

Schluß nach 6 Uhr.

Sozialdemokratie und Schutz der Arbeit

Fortsetzung der sozialpolitischen Aussprache im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern nach der von uns im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Erklärung des Präsidenten Lobe zur Grubenkatastrophe bei Dortmund die zweite Lesung des Haushalts-plans beim Reichsarbeitsministerium fort. Die zum Kapitel 7 „Sonstige soziale Maßnahmen“ vorliegenden Entschloßungen werden dem Sozialpolitischen Ausschuh übergeben.

Abg. Hody (Soz.)

begründet den Antrag, die Unterstellungen an das als Invalide ausgeschlossene nicht ruhegehaltberechtigte Betriebs- und Arbeits-personal früherer Heeres- und Marinebetriebe und die Unterstellungen für die Witwen und Waisen dieses Personals um 2 1/2 Millionen Mark zu erhöhen. Der Redner schildert die Notlage der betreffenden Arbeiter und Angehörigen. In manchen Fällen sei die Invalidenrente durchaus ungenügend. Hoffentlich würden die Herren im Arbeitsministerium Entgegenkommen zeigen.

Auf Einzelbeschwerden der Abga Frau Teusch (S.) und Schirmer-Franke (Bayr. Sp.) entgegnet Ministerialrat Reichensfeiner, daß die in einzelnen Fällen vorliegenden Härten beseitigt werden sollen.

Ministerialrat Ritter bedauert, daß infolge des Verhaltens der Länder in der Unterstuhungsfrage einheitliche Grundzüge noch nicht erzielt seien.

Zum Kapitel „Reichsversicherungsam“ bemerkt

Abg. Dr. Moses (Soz.):

Ich habe schon früher die entsehligen Folgen des Krieges und der Hungerblockade hier beleuchtet und hervorgehoben, daß wir vor allem Menschenökonomie treiben müssen. Im Felde haben wir 2 550 000 Menschen verloren, die zu den kräftigsten gehörten. Jetzt nach dem Kriege brauchen wir erst recht Sozialpolitik trotz der finanziellen Lage, und zwar erweiterte Sozialpolitik. Gesundheits-politik ist die Grundlage einer gesunden Wirtschaftspolitik. In diesem Sinne soll das Arbeitsministerium auch ein Amt Gesund-heitsministerium sein, insbesondere soll es sich die Verhütung aller Gefahren angelegen sein lassen, die der menschlichen Arbeits-kraft drohen. Es ist eine durchaus falsche Auffassung, von den Bei-

trägen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung als Lasten zu sprechen. Nur ein gesunder Arbeiter kann Tüchtiges leisten. Ich er-erkenne an, daß wir auf dem Gebiet vorbeugender Tätigkeit in den letzten Jahren manche Fortschritte gemacht haben, aber es gibt da noch sehr viel zu tun. Ohne eine gesunde Arbeiterschaft gibt es auch keine Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland. Ohne Sanierung der Arbeitskraft gibt es keine Sanierung der Wirt-schaft. Wir brauchen leistungsfähige Krankenkassen mit er-weiterter Selbstverwaltung. Die Ambulatorien der Berliner Krankenkassen erfreuen sich bei den Versicherern wachsender Belieb-lichkeit. An den Universitäten lernen unsere jungen Redizivier viel zu wenig

die sozialen Ursachen der Krankheiten

kennen. Redner kommt dann auf den Streit der Ärzte mit den Krankenkassen zu sprechen und bemerkt: Der Zeitpunkt für Ein-führung der Familienversicherung hängt von der geziel-lichen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen ab. Von sozialer Einstellung ist bei den Ärzten wenig zu merken. Die niedrigen Invalidentenzen sind eine Kultur-schande. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kampf gegen die Volksleiden, gegen Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, muß auch von der Sozialversicherung energisch betrieben werden. Die Vertrauensärzte geben manchmal Gutachten ab, die das materielle Interesse der Versicherungsanstalten mehr berücksichtigen als das Wohl der Versicherten, wobei ich zugebe, daß die ererbtenen Be-schwerden mitunter über das Ziel hinausschießen. Auch die Ange-stelltenversicherung muß verbessert werden. Der Vorstand des A.F.V. Bundes übernimmt die volle Verantwortlichkeit für das von ihm dem Arbeitsministerium unterbreitete Material. Redner verliest eine entsprechende Erklärung des A.F.V.-Bundes. (Bei-fall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hedenkamp (Dnat.) nimmt die Verzechtung gegen Normierte in Schutz. Die freie Arztwahl sei gerade im Inter-esse der Versicherten notwendig. Der Redner wendet sich gegen die von den Krankenkassen eingerichteten Ambulatorien und fuhrt einen

Antrag an, um auch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft der Ärzte zu schaffen.

Abg. Fran Aendsee (Komm.) fordert Ausdehnung der Wochenlöhne.

Beim Kapitel „Reichsarbeitsverwaltung“ bespricht

Abg. Siebel (Soz.)

die Lage des Arbeitsmarktes. Die Arbeitslosigkeit sei in den einzelnen Industrien verschieden; es komme auf eine richtige Verteilung der Arbeitsuchenden an. Deshalb müsse im Interesse der gesamten Volkswirtschaft ein Zwang bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen vorgeschrieben werden, damit jede freie Stelle angemeldet wird und jeder Arbeitsuchende verpflichtet werden kann, eine freie Stelle anzunehmen, namentlich bei öffentlichen Arbeiten. Der Widerstand der Unternehmer, die keine Einmischung in ihre Betriebe haben wollen, müsse überwunden werden. Es werde darüber gefragt, daß Arbeitgeber den Arbeitsnachweis ignorieren und sogar grundsätzlich Arbeiter nicht einstellen, die ihnen aus Arbeitsnachweis zugeführt werden. Dagegen müsse das Arbeitsministerium einschreiten. Eine allgemeine Beobachtung sei es ferner, daß von dem Abbau der Angestellten, der technischen wie der Bürobeamten und der Arbeiter in der Industrie vorwiegend die ältesten und älteren Leute getroffen worden sind. Die älteren Leute würden abgelehnt, damit an deren Stelle die jüngeren und billigeren Kräfte beschäftigt werden könnten. Die entlassenen älteren Leute länden in ihrem Jahrzehnte lang ausgeübten Beruf keine neue Stellung mehr. Redner beantragt schließlich, die Etatssumme von 15000 M. für die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt auf 50000 M. zu erhöhen.

Darum erklärt sich das Haus mit einem Vorschlag des Präsidenten Lohse auf Vertagung einverstanden.

Hierauf erhält der Abg. Solmann (Soz.) das Wort zu einer Erklärung außer der Tagesordnung, die mir an anderer Stelle wiedergeben.

Präsident Lohse stellt fest, daß diese Erklärungen jetzt allmählich ins Uferlose gehen, und daß daher der Kellertentat am Freitag sich mit dieser Frage beschäftigen wird. (Lebhafter Beifall.)

Angenommen wird ein Antrag Limberg (Soz.), wonach der ständige preussischen Sicherheitskommission und dem Betriebsrat der Zeche „Minister Stein“ vier Reichstagsabgeordnete für die Untersuchung der Bergwerkstafelstrophe beigegeben werden sollen. Bestimmt werden dafür die Abgeordneten Imbusch (Z.), Janschel (Soz.), Ziegler (Dem.) und Dr. Haebekamp (Znat.).

Als bei der Geschäftsordnungsdebatte Abg. Wunefeld (D. Sp.) das Wort nimmt, wird er von den Kommunisten mit höhnischen Zurufen empfangen. Abg. Ködel (Komm.) nennt ihn einen „verfluchten Kerl“ und wird dafür zur Ordnung gerufen. Als sich Thälmann den Zutritt zu eigen macht, wird er ebenfalls zur Ordnung gerufen. Thälmann wiederholt den Ruf und erhält einen zweiten Ordnungsruf.

Freitag, 2 Uhr: Arbeitsministerium.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Wahlvorbereitungen der belgischen Arbeiterpartei.

Die längst erwartete Regierungskrise in Belgien ist nunmehr eingetreten und die Wahlen sind nur mehr eine Frage von Wochen. Alle Parteien treffen ihre Wahlvorbereitungen, allen voran die Arbeiterpartei, deren Stärke zu den besten Hoffnungen berechtigt. Wie Genosse Batters auf dem französischen Parteitag mitteilte, hat die Partei einen Wahlfonds von einer Million belgischer Franken aufgebracht.

Im ganzen Lande sind bereits die Kandidatenauflistungen im Gange. Diese vollziehen sich in den einzelnen Wahlkreisorganisationen in sehr bemerkenswerter demokratischer Weise durch Urabstimmung aller in den Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteigruppen organisierten Mitglieder. Bei dieser Urabstimmung, die schon eine Art Vorabstimmung ist, wurden die bisherigen Abgeordneten der Partei durchwegs wieder auf die Kandidatenliste gesetzt. Vanderbelde steht an der Spitze der Parteiliste für den Wahlkreis Brüssel.

Sozialistische Propagandaarbeit in England.

Dem Parteivorstand der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei) in England lag bei seiner jüngsten Tagung eine Reihe von Verträgen vor, die sehr erfreuliche Fortschritte der Organisation und Propaganda verzeichnen.

Die Partei zählt zu Beginn des heurigen Jahres mehr als 1000 Ortsgruppen gegenüber 717 vor einem Jahre. Im letzten Jahre hat sie sich auch eine Jugendorganisation angegliedert, die jetzt 4000 Mitglieder hat. Seit kurzem hat auch die Bildung besonderer Frauengruppen begonnen, deren es bisher 58 gibt.

Das Organ der Partei, der „Red Leader“, hat zweifach die stärkste Auflage von allen sozialistischen Wochenblättern — mehr als 60000 — und nimmt immer noch an Verbreitung zu. Seine Auflage übertrifft die der sechs bekanntesten bürgerlichen politischen Wochenblätter zusammengekommen.

Die I.L.P. verfügt über eine sehr gut arbeitende Anknüpfungstelle (Information Committee), die das ganze Material für die Agitations- und Propagandaarbeit der Partei beisteht. Diese Anknüpfungstelle gibt z. B. wöchentliche Anleitungen, „Notizen“ mit statistischen Beispielen für die Redner und Agitatoren der Partei heraus, die in einer Auflage von über 2000 erscheinen.

Gegenwärtig führt die Partei eine erfolgreiche sozialistische Werbekampagne auf dem flachen Lande durch. Zugleich hat sie in London mit Hilfe eines Theaterdirektors, der ihr sein Theater kostenlos zur Verfügung stellt, mit der Veranstaltung von „Sonntagabend für das Volk“ begonnen, die unter dem Motto „Vrot und Schönheit“ künstlerische Darbietungen und politische Propaganda vereinigen. Die Idee ist außerordentlich glücklich, diese sozialistischen Werksabende weisen eine ganz besonders starke Anziehungskraft auf und allsonntäglich können hunderte keinen Einlaß finden.

Die Partei richtet jedes Jahr eine oder mehrere Sommer-schulen ein. In diesem Jahre wird die Schule in Galton Lodge, dem Schloß der Gräfin Warwick, stattfinden, das die Vorgesitzende der Partei zur Verfügung gestellt hat. Der Parteitag der I.L.P. findet, wie alljährlich, zu Ostern und zwar diesmal in Gloucester statt.

Wirtschaft

Normungsarbeit.

Die Vielgestaltigkeit des Wirtschaftslebens offenbart sich auch bei der Normungsarbeit der deutschen Industrie. Unsere Industrie ist wild gewachsen. Betriebe entstanden aus ungepflegtem Boden. Jeder einzelne kämpfte um sein Dasein. Jeder versuchte dem anderen die Lebensbedingungen zu erschweren. Werkstattegeheimnisse wurden ängstlich gehütet. Zunächst war man bemüht, alle Wünsche der Besteller und Käufer zu befriedigen. Der Käufer war der Tyrann des Betriebes. Jede einzelne Arbeit erforderte neue Einrichtungen und viel Zeit- und Materialverschwendung. Als Massenfabrikation sich durchzusetzen begann, gab man mit Bedacht den einzelnen Teilen der an sich schon so vielgestaltigen Erzeugnisse andere Abmessungen, wie die liebe Konkurrenz. Der Käufer sollte an das Werk gebunden werden. Er mußte immer wieder bei Reparaturen und oft auch bei Anschaffungen dem einzelnen Werke tributpflichtig sein. Das Verhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher lehrte sich völlig um. Jetzt wurden die Betriebe die Qualgeister der Verbraucher. Die Massenfabrikation setzte sich rücksichtslos durch. Und nun beginnt das dritte Stadium. Die Vielgestaltigkeit der Teile, die ein Saugmittel der einzelnen Werke gegen den Wettbewerb der anderen sein sollte, stellt sich als eine schwere wirtschaftliche und technische Belastung heraus, die um so lästiger wird, je härter die Verluste waren, die der Krieg der Gesamt-wirtschaft brachte.

Einzelne erleuchtete Köpfe begannen schon frühzeitig das wirtschaftsschädliche der Geheimnisträmerie und des Nebeneinanderarbeitens einzusehen. Ihre Verarbeitung für die Beseitigung des Nebeneinander erreichte zunächst nur, daß die Forderung nach wissenschaftlicher Betriebsführung und wissenschaftlicher Festigung Schlagworte wurden, die sich dann langsam in die Hirne der Beteiligten einfrachten, so daß zu dem bloßen Wort allmählich auch der Inhalt kam. Aus dieser so geschaffenen geistigen Atmosphäre wuchs endlich die Tat, der Beginn der praktischen Normungsarbeit heraus.

Vom Schlagwort zur praktischen Normung.

Ungeheure Schwierigkeiten und Widerstände aber waren zu überwinden, ehe die ersten praktischen Ergebnisse erzielt wurden. Gerade die Normung des scheinbar Einfachsten stellte sich als das Schwerste heraus. So schritt die Normungsarbeit nur langsam, sehr langsam vorwärts. Immer wieder mußte gegen Erfahrungssätze angeknüpft werden, die durch Ueberlieferung geheiligt erschienen, aber wissenschaftlicher Prüfung nicht standhalten vermochten. Auffklärungsarbeit war notwendig, um durch Repositionierung der Geister die Umgestaltung der Fertigung zu ermöglichen. Die Arbeit wuchs über die Landesgrenzen hinaus. Sie wurde dadurch noch mehr erschwert, aber ihr Rufesieft wurde und wird dadurch wesentlich erhöht.

Heute sind Normung, wissenschaftliche Betriebsführung und wissenschaftliche Fertigung keine Schlagworte mehr, sie bezeichnen den Beginn einer tatsächlichen Wandlung unserer Industrie.

Sozialistische Wirtschaftserkenntnis hat stets die Anarchie bekämpft. Sie erfordert höchste Ordnung und größte Zweckmäßigkeit zum Vorteil des Ganzen. Die Normungsarbeit, die sich allen Widerständen zum Trotz durchzusetzen beginnt, gibt ihr recht. Fast müde es an wie ein Paradoxon, daß gerade die Gegner sozialistischer Denkweise die Pioniere dieser Arbeit sein müssen.

Normung und Betriebsergebnis.

Den Wert der Normung kann auch der einzelne heute schon erkennen. Gas und Elektrizität sind in zahlreichen Wohnungen. Wären die Einzelteile, die hin und wieder zu erleben sind, nicht genormt, so könnten die unglücklichen Gas- und Elektrizitätsverbraucher zur Verzweiflung getrieben werden, wenn sie z. B. in schier endloser Wanderung von Geschäft zu Geschäft nicht die Lampenfassung erhalten können, die gerade für ihre Anlage paßt. Aber auch der Händler, der doch verdienen will, mühte sich ein Lager mit all den verschiedenen Fassungen und Formen hinlegen, von denen er nicht weiß, wann und ob er sie verkaufen wird. Während er bei einer einzigen Type vielleicht nur 10 Stück vorrätig zu halten braucht, mühte er bei 10 verschiedenen Ausführungen der gleichen Sache 10x10 = 100 Gegenstände lagern, d. h. er mühte, um die Rundschaft wirklich bedient zu können, zehnmal so viel Kapital für die Beschaffung heranzuschaffen und auch zehnmal soviel Arbeit für Lagerung, Reinigung usw. aufzuwenden, als bei vernünftiger Vereinfachung notwendig gewesen wäre.

Heute herrscht diese Anarchie noch in vielen Zweigen der Technik. Man denke an die Schreibmaschinenfabrikation. Der Käufer einer Schreibmaschine ist immer abhängig von der erzeugenden Firma. Stellt diese ihren Betrieb ein, so kann eine von ihr bezogene reparaturbedürftige Schreibmaschine nur nach großem Zeit- und Kostenaufwand wieder betriebsfähig gemacht werden. Jedes System erfordert zur Bedienung andere Handgriffe, die jedesmal von neuem gelernt werden müssen, die die automatische Beherrschung erschweren, Zeit- und Papierverschwendung mit sich bringen. Dieses eine Beispiel könnte mühelos vervielfacht werden.

Durch Normung wird die wirtschaftliche Massenfertigung gefördert. Die Einrichtungen der Fabriken können reiflos ausgenutzt, die Vorratslager auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Belastungen mit totem Kapital werden vermieden, die Verwaltungsstellen herabgesetzt. Wirtschaftlich durchgeplant, auf Normungsarbeit eingestellte Betriebe haben größere Aussicht auf dauernde Wettbewerbsfähigkeit als jene Betriebe, die im mythischen Dunkel überlebter Betriebsweise weiterwurzeln. Nur Betriebe, die auch technisch auf der Höhe sind, bieten dem Arbeiter Gewähr für die Erfüllung seiner berechtigten Lohnforderungen.

Die Schwierigkeiten der Normung.

In einem Beispiel möge schließlich noch gezeigt werden, welche ungeheure Leistung das gesamte Normungswerk, das zu seiner Vollendung noch jahrelanger angestrengter Arbeit bedarf, darstellt. Vor kurzem ist das 11. Dinbuch (Die deutsche Industrie-Normen) erschienen, das die Normung von Keilen behandelt, die im Maschinenbau zur Befestigung von Rädern auf den dazu gehörigen Wellen dienen. Es handelt sich also um ein Maschinenelement,

dessen Einfachheit kaum zu überbieten ist. Aber schon der Umfang des Buches von 108 Seiten zeigt, daß diese Einfachheit nur scheinbar ist. Der Verfasser, Kurt Hentschel, betont selbst in der Einleitung die geradezu ungläublichen Hemmungen, die der Vollendung der Keilnormung entgegenstanden. Er schreibt:

Die Normung der Keile ist ein Schulbeispiel für die geschiederten Schwierigkeiten. Alle Umstände, die eine Normungsarbeit auf das äußerste erschweren konnten, trafen hier zusammen. Interessant war die Gesamtindustrie. Jedes Werk hatte eine eigene Norm, so daß eine Fülle der aller verschiedensten Abmessungen vorhanden war. In den Bezeichnungen der Keile herrschte ein unbeschreiblicher Wirrwarr. Mehrfach bezeichnete man an einer Stelle mit dem gleichen Wort genau das Gegenteil, wie an einer anderen Stelle. Wissenschaftliche Kenntnis und Erkenntnis der Wirkungsart der verschiedenen Keilarten war nur in wenigen Köpfen vorhanden und schließlich, als diese erschwerenden Momente größtenteils überwunden waren, trat eine neue Verzögerung ein, da inzwischen die durch den Krieg zerrissenen Fäden mit dem Ausland teilweise wieder angeknüpft waren und man sich die bietende Gelegenheit einer internationalen Festlegung der Keilnormen nicht vorübergehen lassen durfte.

Diese Sätze geben einen leisen Schimmer von den hier überwindenen Schwierigkeiten, sie lassen ahnen, wieviel Energie aufgewendet werden muß, um das gesamte Werk zu vollenden. Bei den Keilen gibt es nach dem neuen Dinbuch nicht weniger als 13 besondere Keilarten und insgesamt 26 Benennungen zur Bezeichnung der hierbei in Frage kommenden Einzelheiten. Jede einzelne Bezeichnung wurde ihrem Inhalt noch genau festgelegt, so daß keine Unklarheiten mehr möglich sind. Die Dinbücher gehören schon jetzt zu dem notwendigen Rüstzeug eines jeden Technikers. Viel unnötige und daher volkswirtschaftlich schädliche Arbeit wird durch die Anwendung der Normen vermieden. Zu bedauern ist nur, daß es leider unmöglich ist, den wirtschaftlichen Nutzen der Normenarbeit auch nur annähernd statistisch zu erfassen. W. W.

Die Konzessionspolitik in Rußland.

Der bekannte bolschewistische Wirtschaftspolitiker Preobra-schenki teilt in der Sowjetpresse die Ergebnisse der dem ausländischen Kapital verliehenen Konzessionen in Industrie, Fortschritt, Handel usw. mit. Er berichtet folgendes:

Insgesamt haben wir seit Beginn unserer Konzessionspolitik etwa 1200 Konzessionsanträge erhalten. Die ungeheure Mehrheit dieser Anträge waren nicht ernst zu nehmen, soweit wir anfangs mit den Vorposten des ausländischen Kapitals zu tun hatten, die sich nur über die allgemeine Lage in der Sowjetunion informieren wollten. Zum 1. Dezember 1924 hatten wir insgesamt 60 in Betrieb befindliche Konzessionen, die sich folgendermaßen verteilten:

Forstwirtschaft	6	Konzessionen
Bergbau, Gold- und Kupferindustrie	10	„
Industrie	7	„
Verkehrswesen	5	„
Landwirtschaft	6	„
Gemischte Handelsunternehmungen	19	„
Verschiedenes	7	„
Insgesamt		60 Konzessionen

Außerdem sind gegenwärtig 48 Auslandsfirmen auf Grund des Dekrets vom 12. April 1923 zu Handelsoperationen zugelassen, obwohl diese Firmen sich hauptsächlich mit Vertretungen und nicht mit aktiven Operationen befassen.

Was die genannten 60 Konzessionen unter Teilnahme ausländischen Kapitals betrifft, so sollten in diesen Unternehmungen nach annähernder und stark reduzierter Berechnung 20 Millionen Rubel angelegt werden. In Wirklichkeit jedoch beläuft sich das in diesen Konzessionsunternehmungen angelegte Kapital vorläufig nur auf 4,4 Millionen Rubel. Die Kredite, die das ausländische Kapital den Konzessionsunternehmungen gewährten, beliefen sich im vorläufigen Jahre auf 17,6 Millionen Rubel. Der Gesamtumsatz der gemischten Gesellschaften betrug im Jahre 1924 54 Millionen.

Was die Einnahmen betrifft, die die Regierung im Jahre 1924 von allen Konzessionsunternehmungen erhielt (d. h. sämtliche Steuereingänge und Anteile, mit Ausnahme der Dividenden, die der Regierung von den gemischten Gesellschaften zustehen), so beliefen sie sich auf etwa 13 Millionen Rubel.

Zum Schluß noch eine Zahl: In sämtlichen Konzessionsunternehmungen (mit Ausnahme der im Rußland-Bereich befindlichen) sind annähernd 18 000 Arbeiter und Angestellte, darunter etwas über 200 Ausländer, beschäftigt.

Das sind die tatsächlichen Angaben über die Ergebnisse unserer Konzessionspolitik, über die wir am Anfang dieses Jahres verfügten. Es ist fraglich, ob der Initiator unserer Konzessionspolitik, ob Lenin von diesen Ergebnissen befriedigt worden wäre.

Bau von Junkers-Flugzeugen in Schweden.

In Limhamn bei Malmö ist von der schwedischen Luftverkehrs-Gesellschaft und den Junkers-Werken eine Fabrik unter der Firma „Aero-Transport“ gegründet worden, die Junkers-Flugzeuge herstellen wird. Die Leitung ist deutsch, Arbeiterkraft und Kapital sind schwedisch. Der Betrieb wird am 15. Februar aufgenommen, und man hofft, in jedem Monat zwei große Junkers-Betriebsmaschinen herstellen zu können. Später will man auch Junkers-Motoren bauen.

Frankreichs Wagonbestellungen in Deutschland.

Die seit einiger Zeit geführten Verhandlungen über die Bestellung von Eisenbahnwagen durch Deutschland, die in Ausführung der durch das Wiesbadener Abkommen und den Dames-Plan vorgelegenen Sachlieferungen erfolgen soll, scheinen sich ihrem Abschluß zu nähern. Die „Journé industrielle“ glaubt zu wissen, daß die Eisenbahngesellschaften augenblicklich gemeinsam mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Modalitäten der Zahlungen ausarbeiten, die die französische Staatstasse für die zu liefernden Eisenbahnwagen zu leisten haben würde. Sobald diese Formalitäten geregelt sein sollten, werde mit der Bestellung begonnen. Es handelt sich dabei um eine Bestellung von 3300 Wagen für die verschiedenen französischen Eisenbahngesellschaften, außerdem 770 Wagen für die Nordbahn.

Geschäftliche Mitteilungen.

Waldings-Trauben werden nunmehr in dem unüberbittlichen feinen Tafel-„Palmin“ gebacken. Man kauft in allen Kolonialwaren- und Futtermittelhandlungen ansehnlich „Palmin“ und achtet genau darauf, ob das Etikett den Namenszug „Dr. Schütz“ trägt!

Seit 40 Jahren
bewährt sind

Maggi's Suppen

Vollendete Qualität. 26 verschiedene Sorten.

Ein Würfel zu 12 Pfennig reicht für 2 Teller.



Die Maggi-Werke sind bei ihrer Gründung der Kontrolle des Direktors der Preussischen Industrie der Universität Berlin, Geheimrat Professor Dr. H. S. O. unterstellt.

Vormärz.

Von Jens Cornien.

I.

Schnerschnee in den Bergen, das bedeutet weite Meere unten in den Tälern, wo die Flüsse ihren Reichtum nicht mehr bergen können. Wirklich, bis hinten am Waldtrich ist die ganze Ebene ein weites, graues Wasserfeld geworden, in dem alle Wollen über Kopf laufen und auf den einsamen Wanderer dreinfahren, daß ihm angst und bange wird. Denn die Gefahr, den überfluteten Damm zu verlieren, verfort ihn, und in dieser Hysterie von grünen Inseln, lingeheuern und schwimmenden Häusern finde sich ein Klügerer zurecht. Langsam stößt der Rührer in hohen Stiefeln vorwärts, die Weidenschöpfe krümmen sich über ihn und sagen ihm doch kein Sterbenswort. Ritunter hebt sich auch ein Schilfbüsch aus der Lache, als lauerie darunter ein Wasserkerl auf einen Augenblick, den Hülsen umzuputzen. Ein paar halb verjunkte Fische mit wehenden Erleischöpfen als Segel treiben langsam neben ihm her und ähnen über jeden Windstoß, der übers Wasser schwarze Schauer gegen sie reißt.

Der Wanderer stapft tiefer durch die Flut, sein langer Staken glukt und schlüpft, gleitet mitunter in die Tiefe abwärts und sucht dem spärlichen Zeichen des überschwemmten Weges zu folgen. Sein Antlitz ist müde verzogen von der Anspannung, und als eine kleine Härde mit etwas Gebüsch auf ihn zukommt, hält er an, setzt sich kniefend auf die trumme Erde und träumt in den grauen Wägen. Und er wünscht sich ein breites behagliches Schiff unter den Föhnen flott der Insel, die ihn trägt. Wie er sich aber recht besinnt, ist's auch eins, er hatte es nur nicht erkannt. Er ist auch gar nicht erschrocken, hat seinen alten Staken in der Hand und steuert damit schnurstracks auf den grünen Wald zu. Hei, wie das zu gleiten beginnt. Der Wind treibt es fliegend über die spiegelnde Fläche; der Wanderer hat Mühe, auszuweichen, so rasch geht's vorwärts. Bis er mit einem Knack gegen ein anderes läuft und auf einmal halb schlafend aufköpft und sich die Stirn reißt und genau da ist, wo er vorher war. Seufzend hebt er sich und greift nach dem Staken.

II.

Wieviel geheimnisvoller ist der Wald in diesen taumornen Tagen geworden! Das Unterholz der Buchen steht noch mit altem braunen Laub, als hätte es die Jahreswende überschlossen. Aber der Wind lockt höher, fault und wirft die graue Reibekröße kopfüber in die tauben Kronen. Die Erlen, die sich noch schwarz und tot am Wege verstellen, sind auch heimlich wach, obgleich sie's nicht blühen lassen wollen. Aber man sieht die Kägelchen treiben und bräunlich schwellen, ach, man sieht alle Büsche voll Heilmischkeiten, davon einem selbst das Herz so voll ist. Braune Blätter heben sich und zeigen verrosteten grüne Schabackknospen. Mitten im saulen Grose sind einige blasse Halmspigen. So vertraut fühlte man sich mit diesen heimlichen Vorwissen, die Schritte werden geschwinde, die Hände greifen lustiger in das braune Laub und werfen es spielend in die Luft. Ruch neuem Brot duftet die Erde, der säuerliche Geruch, der aus allen Wurzel und Schwämmen zieht, spricht vom Gären und Keimen der Krume, die porrbacht, was einst die Hände der Hausfrauen für die Kinder bricht.

III.

Vor dem Abenddämmen steht ein dunkles Dorf von Birken. Mitten aus dem schnurgeraden Strich der Heide, der ledlos unter den fahrenden Wollen liegt, hebt sich eine Herde schwarzer Büsche, die von allen Seiten für die Nacht zusammengedrängt scheinen. Eine Dorfgemeinschaft, die sich um ein paar wehende hohe Klauern geschart hat und sich wärmt und dunkle Dächer gebaut hat, schwarze Schiefertürme, unter die sie sich zusammenschließt, mit Weib und Kind aneinander brigt.

Der Weg verliert sich grau durch die Heide, bis in die Ferne, die wie eine dunkle Mauer unterm Wind steht. Im Himmel aber, der den Tag über unermüdet rollen der Wollen verborgen war, hebt sich ein blaues Lid, ein fahler blauer Kreis, der aus einer unergründlichen Weite niederschaut. Nahe ihm öffnet sich ein

anderes, schlaftrunken, lautlos. Wie zwei graue Augen starren sie eine Weile in die Welt. Wie ein erstes Erwachen des Vorleses, der eine Weile erstarrt aufschaut und noch müde sich wieder zum Schlummern legt. Die Wollen fahren rasch über seine Brauen, als wollten sie den blauen Gedanken vergessen machen und in ihrer Freude erstickt. Das Dunkel fällt, aber die ganze Erde hat die beiden Blicke gesehen und träumt in die windige lärmende Nacht hinein.

Altpreußische Heldengröße.



Eine erschütternde Kunde kommt foeben aus Hinterpommern. Als das ehemalige Herrenhausmitglied Runo Freiherr Speß zu Schweinsburg, Majoratsherr auf Groß-Schweinsburg, durch die „Krenzzeitung“ erfuhr, daß in Preußen ein Kabinett aus lauter westlichen Ministern gebildet werden sollte, stürzte er sich aus Gram über den nunmehr unvermeidlichen Untergang des Vaterlandes in seine Mistgabel.

Die Sprache der Bienen.

Professor v. Frisch, der Leiter des Zoologischen Instituts in Breslau, hielt am 11. d. M. in einem wohlgefüllten Hörsaal der Universität einen überaus fesselnden Vortrag über die Sprache der Bienen. Es ist Frisch, dessen klarer Vortrag durch zahlreiche Projektionsbilder belebt war, in mühevollen, langwierigen Versuchsanstellungen gelungen, einige umstrittene Fragen aufzuhellen. Er konnte nachweisen, daß die bis vor kurzem zweifelhaft Frage, ob Bienen Farben wahrnehmen, zu bejahen ist. Sie unterscheiden nicht nur eine Anzahl Grundfarben, sondern selbst für uns nicht wahrnehmbare ultraviolette Lichtwellen. Sie unterscheiden ferner die Blumen nicht bloß nach ihren Farben und Düften, sondern auch nach ihrer Form. Sie sind übrigens „blumenstet“, indem z. B. eine Gruppe der Flugbienen (bestimmlich verklärte, nicht fortpflanzungsfähige Weibchen) nur Bergheimeinicht, andere Gruppen wieder nur bestimmte andere Blumen aufsuchen.

Näher sei auf den fesselndsten Teil des Vortrags eingegangen, der unter Vorführung eines nach dem Leben aufgenommenen Films die „Sprache der Bienen“ behandelte. Wenn eine Biene eine ergiebige Quelle nektarhaltiger Blüten (im Experiment durch Säulen mit Zuckerwasser ersetzt) auffindet, so trinkt sie sich voll, kehrt heim und kommt wieder. Bald darauf erscheinen erst eine, dann mehrere andere Bienen, und schließlich nimmt ein Gemimmel von Bienen die Zuckerhöhle im Sturm. Die erste Biene, die Entdeckerin, ist nun aber allein zurückgekehrt! Sie hat nicht als Führerin gedient. Wie

also hat sie ihre Kolleginnen den Fund mitgeteilt? Um die Hauptpersonen des Schauspiels auch im Film verfolgen zu können, wurden sie gekennzeichnet, indem ihnen während des Honigsaugens, wobei sie sich alles gefallen lassen, mittels eines Pinselchens Flecke in bestimmter Farbe und Anordnung auf den Brust gemalt wurden. Wir sehen, wie die Entdeckerin heimkehrt und den eingelagerten Honig zunächst an eine der eigens dafür im Stock angeordneten Kolleginnen zur Weiterbeförderung abgibt. (Der Vortragende sprach wiederholt vom „Ausspucken“ des Honigs; der Honig wird aber von der Biene in einen eigenen Honigmagen, der von dem Verdauungsmagen der Biene völlig getrennt ist, eingeblasen und aus diesem wieder abgegeben.) Nachdem sie sich vom Honig befreit hat, fliegt die Entdeckerin nun nicht sofort zurück, sondern sie beginnt drehende Bewegungen auszuführen, die in eine Art Rundtanz ausarten, der sofort die umgebenden Bienen anregt, die die Tänzerin unter reger Beileitung ihrer als Kaskaden dienenden Führer umgeben. Sie nehmen dabei den Duft der Nektarquelle auf, den die Tänzerin in ihrem Haarfeld und mit Hilfe eigener Duftdrüsen mitgebracht hat, und wissen nun: draußen ist eine reiche Honiquelle, und sie rücht so und so, z. B. nach Bienenrichtung. Sie fliegen nun aus, suchen und finden; und es ist überaus anziehend, diese Vorgänge an der Futterhöhle im Film zu verfolgen. Hat es sich nicht um Blütenhonig, sondern um Blütenstaub gehandelt, dann führt die Entdeckerin ebenfalls einen Tanz auf, der aber diesmal anders aussieht. Auch in diesem Falle erhalten die umgebenden Bienen eine zweckdienliche Mitteilung.

Der Vortragende hatte vorher u. a. auch das Summen der Bienen mittels einer großen Stimmgabel zu Gehör gebracht. Zu seinen Feststellungen gehört die Tatsache, daß die Bienen entweder nicht hören oder auf Töne nicht reagieren. Schon hieraus geht hervor, daß der Titel „Sprache der Bienen“ eine Konzession an die Zuhörer war, die aber nicht soweit hätte gehen sollen, daß der Vortragende nun auch von „Worten“ der Bienenrede redete. Die Bienen sprechen nicht, aber sie besitzen ein Mitteilungsgewissen, das erstaunlich ausgebildet ist. Ein vom Vortragenden nicht berührter Punkt ist die Frage, ob die Bienen mit bewusstem Willen oder nur triebhaft, instinktmäßig, bei diesem Verfahren vorgehen. Für die Annahme, daß sie wie Menschen mit bewusster Ueberlegung handeln, besteht nicht der geringste Anhalt, alles spricht (was auch die privat geäußerte Ueberzeugung des Herrn Prof. Frisch ist) lebhaft für triebhafte Tätigkeit. Sie handeln so, weil sie müssen und nicht anders können. Wenn man sich überhaupt davon zu hüten hat, anderen Organismen, noch dazu solchen, die, wie die Arbeitsbienen, nur eine Lebensdauer von etwa 6 Wochen haben, menschliche Fähigkeiten anzudichten — der leidige Fehler vieler Popularisatoren! —, so sind sie deshalb immer noch hoch organisierte Lebewesen und nichts weniger als Raschinen.

Der Vortragende fand den lebhaftesten Beifall. Der Vortrag sollte wiederholt werden!
L. Poeste.

Langlebigkeit der Frauen. Wir haben in der letzten Zeit wieder mehrfach von Personen gehört, die über hundert Jahre alt geworden sind, sowohl Männer wie Frauen. Aber im allgemeinen ist festgestellt, daß die Frauen in dieser Hinsicht glücklicher gestellt sind. Trotz ihrer Anfälligkeit und Verletzlichkeit ist die Frau zäher und langlebiger als der Mann; sie erkrankt leichter und öfter, aber ihre Krankheiten verlaufen auch seltener tödlich. Nach Operationen, zumal Bauchoperationen, tritt die Heilung der Frauen leichter ein und Todesfälle bei operativen Eingriffen sind seltener. So sterben schon bei und nach der Geburt weniger weibliche, als männliche Kinder. Zur Zeit der Pubertät überwiegt allerdings die Zahl der weiblichen Todesfälle, aber vom fünfzehnjährigen Lebensjahr werden sie von den männlichen Geschlechtern überholt, und dann steigt die Ziffer zusehend. Personen über hundert Jahre sind weit öfter Frauen als Männer. Daraus ergibt sich dann auch, wenigstens zum Teil — große Kriege steigern natürlich den Männermangel bedeutend — der Frauenüberfluß, der in allen Ländern, außer den Kolonialstaaten, eine feststehende Erscheinung ist. Da in normalen Zeiten der Frauenüberfluß mehr die höheren Altersstufen betrifft, so hat er für die Heiratsaussichten der Frauen nicht ganz die übliche Bedeutung, die man ihm meist zuschreibt. Bei der weiblichen Lebensdauer wird übrigens auch ein Gattungszweck mit: Mit der Mutter würde die junge Brut sterben, mit dem Tode des Mannes kann sich die Natur eher abfinden. Die Frauen sind auch mehr an das passive Hinnehmen des Gegebenen gewöhnt. Männer lehnen sich in Krankheitsfällen oft wie Kinder, während die Frau selbst dem Tode gelassener entgegengeht. Trotz ihrer zarteren Haut verträgt die Frau die Kälte besser; die leichte durchbrochene Kleidung, mit der sie auch im Winter auskommt, ist nicht bloß ein schwerer Tribut an die Eiszeit.

Ueber die Kriege.

Von Anatole France.*)

Herr Bergeret hat den Krieg stets verabscheut. In mehreren seiner Werke hat er diesem Abscheu durch Ironie Ausdruck gegeben, die stärker ist als Wut.

Bevor der Sturm losbrach, äußerte er bisweilen, er glaube an keinen Krieg, weil die gewaltigen Rüstungen ihn zu grauenhaft machen und die europäischen Regierungen, die alle mehr oder minder demokratisch seien, vor kriegerischen Wagnissen zurückschrecken würden. Manchmal dagegen war er wie wir alle voller Angst.

„Nur ein Tor kann annehmen“, schrieb er in seinem Vorwort zur „Jeanne d'Arc“, „daß wir einen sicheren Frieden genießen, den nichts stören kann. Der fürchterliche industrielle und wirtschaftliche Wettstreit läßt im Gegenteil bevorstehende Konflikte voraussehen, und alles spricht dafür, daß Frankreich eines Tages in einen europäischen oder gar in einen Weltkonflikt verstrickt werde.“

Eine tragische Prophezeiung, die nur zu bald in Erfüllung gehen sollte! Während der schrecklichen Jahre, in denen das geliebte Vaterland dem Untergange nahe war, litt sein Herz unter entsetzlichen Beklemmungen.

Später gab er gelegentlich in der Unterhaltung seinen Befürchtungen Ausdruck, deren Ursache der Eroberungsgeist der Alliierten war, der immer stärker wurde, je weniger der Sieg in Frage stand.

Als er nach dem Waffenstillstand einer Gedächtnisfeier für Jean Jaurès beiwohnte, tat er angesichts der begeistertsten Menge eine jener Seiten, die das Volk mühelos versteht und stets mit Beifall aufnimmt.

Er nahm die Auszeichnung eines Invaliden und steckte sie der Wüste des Mannes an, der so leidenschaftlich für Brüderlichkeit gekämpft und sein Leben dafür hingegeben hatte.

Er bezugte damit, daß das französische Volk sein Blut für den Frieden gespendet hatte und ihn nun gegen jeden kriegerischen Wahnsinn verteidigen würde.

Auch später veräumte er keine Gelegenheit, um den Krieg immer wieder zu verurteilen. Er ersahnte mit den heißesten Wün-

schen eine soziale Weltordnung, aus der der Krieg für ewig verbannt wäre.

Die Unterhaltung, die im folgenden wiedergegeben wird, fand einige Jahre vor dem unsühnbaren Schreckensereignis statt.

Die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn waren wegen Marokko sehr gespannt.

An diesem Tage sprach Herr Bergeret von unseren Nachbarn jenseits des Kanals, die uns etwas zu lärmend recht gegen die Deutschen gaben.

„England beunruhigt mich“, murmelte er, „es ist martialisch bis zum Exzeß. Es ist zweifellos tapfer. Und fürchtet auch für sich selbst den Krieg vielleicht nicht. Aber ich glaube, noch weniger fürchtet es ihn für Frankreich.“

Man lachte.

France: „O, der Wig ist nicht von mir. Er ist nur eine Variante einer lächerlichen Drohung, die ein gewisser Bermudez de Castro einst gegen Baudelaire ausstieß.“

Man bot France, diese Geschichte zu erzählen und er ließ sich auch nicht lange bitten.

— Bermudez war ein edler Spanier. In seiner Heimat war er verhaftet worden, weil er die „Geheimnisse“ von Paris übersteht hatte. Die Merkmalen da unten waren so argwöhnisch, daß der fridliche Eugène Sue ihnen gefährlich erschien.

Der Uebersetzer war also nach Frankreich in die Verbannung gegangen, wo die literarische Gesellschaft ihm einen guten Empfang bereitet hatte. Théophile Gautier, Baudelaire und Gautier nahmen ihn bei sich auf, denn seine Absonderlichkeiten befüßigten sie. Er war auf seine Eigenschaft als Hidalgo wahnsinnig stolz und außergewöhnlich schmutzig. Um die Reibensolge seiner letzten Wahlzeit zu erfahren, brauchte man nur einen Blick auf seinen langen schwarzen Bart zu werfen. Ugd dabei war er eifriger als Marsch.

Als er eines Tages mit seinen Freunden dinierte, fand er unter seiner Serviette einen köstlich parfümierten Brief. Baudelaire hatte ihn dort hingelegt.

Bermudez beschlupperte den Umschlag, lasen etwas Befriedigendes zu ahnen und steckte den Brief verstaubt in die Tasche. Sobald man sich vom Tisch erhoben hatte, sondern er sich ab, um ihn zu lesen. Seine Augen blühten und seine Nasenlöcher weiteten sich vor Hoffnung. Baudelaire und die anderen beobachteten ihn heimlich und ergötzen sich an seinem Nervenpiel.

Die Briefschreiberin, ein junges Ganschen, hatte sich etwa folgendermaßen ausgedrückt:

„Edler Spanier, Sie sind groß, und ich bin schlank. Sie sind brünett und ich bin blond, Sie sind stark, und ich bin schön. Ich liebe Sie. Erwarten Sie mich heute abend um Mitternacht an der Place Saint-Sulpice in der Nähe des Springbrunnens.“

Um Mitternacht verließen sich die Spahsoogel, die so getan hatten, als gingen sie heim, in der Nähe des betreffenden Treffpunktes. Es war Winter und hundekalt. Der Hidalgo war schon da. Stolz denn je stolzierte er mit kampfbereitem Schnurrbart und in die Hüfte gestemmter Faust um den Springbrunnen herum. Ein scharfer Wind legte über den einsamen Platz, erstarrte in den Schnauzen der steinernen Löwen und hing ihnen phantastische weiße Bärte um.

Bermudez mochte unentwegt seine Kunde.

Es schlug Viertel, dann Halb. Phlegmatisch und stolz schritt er gelassen seines Weges.

Plötzlich erkönte an der einen Seite des Platzes lautes Gelächter: „Hallo, Sennor Don Juan!“

Bermudez geriet in rasende Wut:

„D.“ heulte er, „ich kenne diese Stimme. Das ist Bodelairre.“

Er rollte das A zum Erschrecken.

„Ich werde ihn töten, und wenn ich selbst dabei zugrunde geh! Ich hänge nicht an meinem, aber noch weniger an Baudelaire's Leben!“

Ein alter Herr, der zugegen war, unterbrach diese Erörterungen, die er für leichtfertig hielt, und brummte:

„Wir sprachen von einem bevorstehenden Krieg. Wenn er kommt — desto besser!“

Der Mann, der diese peremptorische Erklärung abgab, war ein unbekannter Dichter, der inzwischen gestorben ist. Nach seinen stets von Chauvinismus triefenden Ueherungen zu schließen, hätte seine Ruhe sehr heroisch sein müssen. Aber niemand hatte seine Verse je gelesen.

Er war so giseltahm, daß er keine Stiefel mehr anziehen konnte. Er trug Schlappen über riesigen Bandagen aus Leinen. In dieser Launichung machte er seine Besuche.

Er hüstete Weinerlich und sprach überfüßt und unbedeutlich. Er kam oft zu Anatole France, den er seit langer Zeit kannte. Der Reisser sagte manchmal, wenn er nicht da war:

„Einige alte Freunde könnten mich an der Freundschaft, dieser himmlischen Wohlthat, irre machen. Sie halten sich etwas darauf zu gute, sehr anhänglich zu sein, und sie sind es auch wie Ruscheln an Schiffstiel. Und die sind bekanntlich oft sehr giftig!“

(Fortsetzung folgt)

* Im langjährigen Verkehr mit Anatole France hat Paul Gsell die „Gepiränge“ des Meisters tetragelchert, die jetzt in deutscher Uebersetzung im Verlag R. Spatzig (Berlin) erscheinen werden. Wir geben als Vorabdruck daraus die Geipiränge über den Krieg — Bergeret ist eine der France'schen Gestalten, in der er sich selbst spiegelt.

